

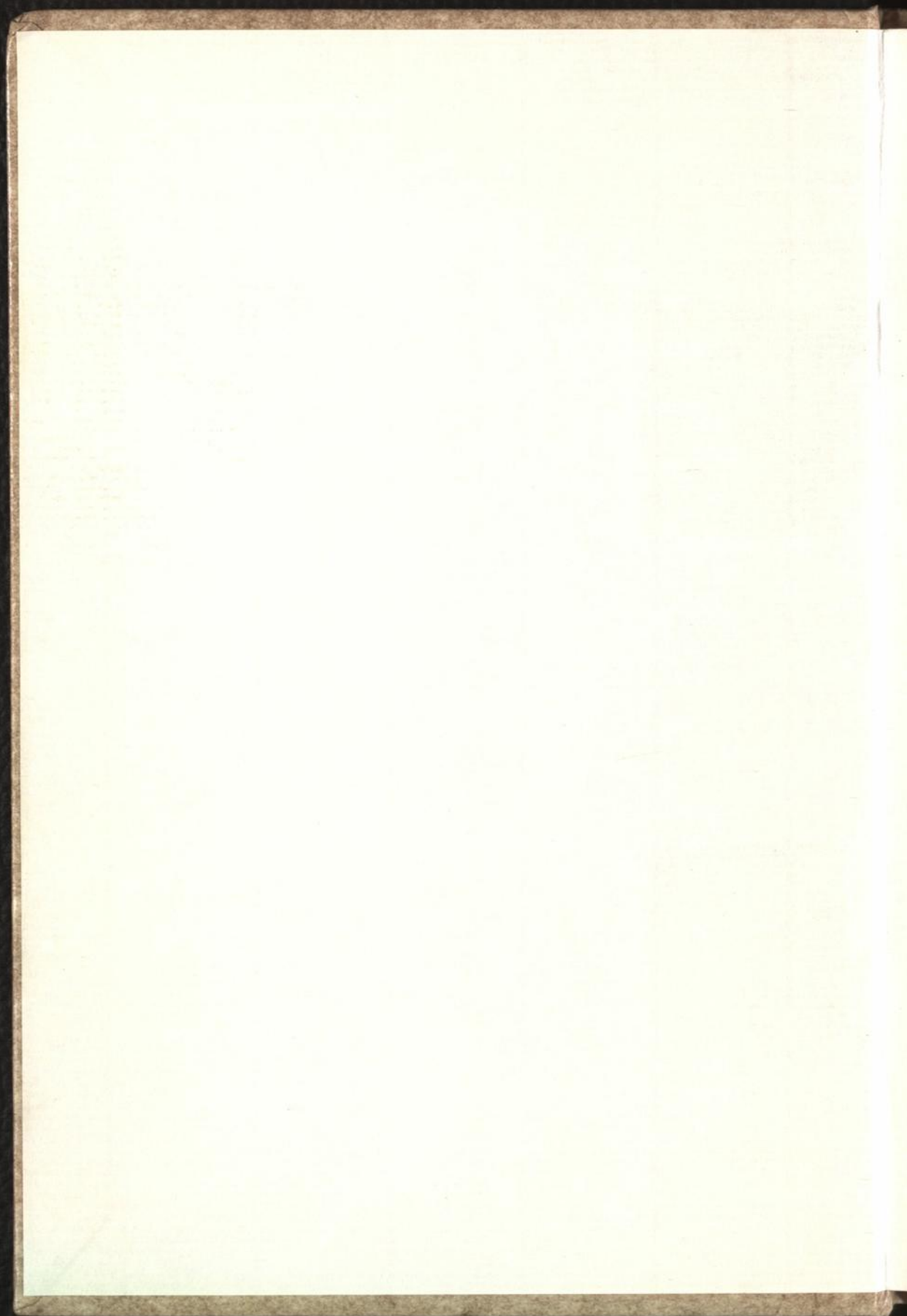
Wiener Stadtbibliothek

173493 A

**Im**  
**Roten Wien**

**Von**

**Josef Hofbauer**





# Im roten Wien

Eine Studien-Reise deutscher  
Arbeiter aus der Tschechoslowakei  
25. April bis 2. Mai 1926

Von

**Josef Hofbauer**

Mit Geleitworten von Stadt-  
rat Hugo Breitner, Stadt-  
schulratspräsident Otto Glöckel,  
Stadttrat Professor Dr. Julius  
Zandler, Stadttrat A. Weber

Prag 1926

Verlag der Deutschen sozialdemokratischen  
Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen  
Republik / Druck Gärtner & Co., Bodenbach



A  
173.498

Alle Rechte vom Verleger vorbehalten.  
Copyright 1926 by Deutsche sozialdemo-  
kratische Arbeiterpartei in der Tschecho-  
slowakischen Republik.

BIBLIOTHEK  
Josef Lampold STERN

n. 246.853





## Arbeiter-Delegationen.

Einundachtzig deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Tschechoslowakei, Angehörige der verschiedensten Berufe und aus allen deutschen Gebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens stammend, weilten in der Woche vom 25. April bis 2. Mai 1926 als Gäste der sozialdemokratischen Organisation Wiens in der österreichischen Hauptstadt, um die große, vorbildliche Organisation der Arbeiter Wiens und die Arbeit der Sozialdemokraten in der Gemeinde, in dieser einzigen von Sozialdemokraten verwalteten Großstadt der Welt, aus eigener Anschauung kennen zu lernen.

Die sudetendeutsche Arbeiterabordnung war nicht die erste Studien-gesellschaft, die zum Besuche des neuen Wien, zum Studium seiner von den Sozialdemokraten neuorganisierten Verwaltung, seiner Finanz- und Wohnungspolitik, seines Fürsorgewesens und seiner Schulreform in die Donaustadt kam, in jene Stadt, die früher der Welt nur bekannt war durch ihre alte Kultur, die Schönheit ihrer Lage, die „Gemütlichkeit“ ihrer Bewohner, die Güte ihres Essens, die Musikfreude von alt und jung und die lässige Lebensauffassung ihres Bürgertums. Nicht dieses alte Wien, das zum großen Teile schon versunken ist, weggerissen vom Strome der kapitalistischen Entwicklung, nicht dieses vielbesungene und vielgepriesene alte Wien war in den letzten Jahren immer häufiger das Reiseziel von Kommunalpolitikern, Verwaltungsfachleuten und Schulreformern aus allen Ländern des Kontinents, ja sogar von jenseits der Meere, — das neue Wien suchten sie, jenes Wien, das neugeformt wird von der Arbeiterklasse, die neben dem genußfrohen Kleinbürgertum und der ihren Klassengenossen in aller Welt an Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Ausbeutung gleichenden Großbourgeoisie heranwuchs zu einer Macht, die nach dem Zerfall des kaiserlichen Oesterreich und nach dem politischen Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien die Herrschaft der Christlichsozialen in der Gemeinde zu brechen und die Verwaltung der Stadt zu übernehmen vermochte. So groß sind die Leistungen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, so sehr zwingen sie zur Anerkennung, ja zur Bewunderung, wenn auch zu widerwillig gewährter und vom Wiener Bürgertum nie offen eingestandener Bewunderung, daß die verantwortlichen Leiter fast aller großen europäischen Städte sich immer öfter für verpflichtet hielten, die sozialen Einrichtungen Wiens, seine Fürsorgeorganisation, seinen Wohnungsbau, die Organisation seiner Verwaltung, seinen neuen Schulaufbau zu studieren. Und siehe: Vertreter der größten Städte der Welt mußten gestehen, in Wien viel Schönes und Vorbildliches gesehen zu haben, und indes die bürgerliche Presse Wiens sich krampfhaft mühte, das große Werk zu verkleinern, es totzuschweigen, wenn es nicht anders ging, — indes klerikale und deutschnationalen „Patrioten“ sich die Finger krumm schrieben, um im Auslande das neue Wien zu verleumden, über den „Steuerterror der roten Machthaber“ und die „Zerstörung der kindlichen Seele durch den Schulsozialismus der sozialdemokratischen Schulbeherrscher“ zu klagen, wuchs in der Welt draußen der Ruhm des neuen Wien, gewann es die Anerkennung aller, die als Aufgabe der Kommunalpolitik die Hebung des Wohlstandes



und Wohlbefindens der Gesamtheit und die Fürsorge für das werdende Geschlecht sehen!

Es war Zeit geworden, daß auch Arbeiterabordnungen das neue Wien, das Wien der Arbeiter, kennen lernen! Ist doch für Arbeiter Wien noch viel interessanter als für bürgerliche Kommunalpolitiker und Fachleute aller Art, da es Arbeiter-taten sind, die dort zu sehen sind! Ist doch alles, was an dem neuen, an dem wunderbar sich entfaltenden Wien der Nachkriegszeit groß und bewundernswert ist, das Werk einer Klassenbewußten, ziel-sicheren, in gewaltigen Organisationen zusammengefaßten, vom Bolschewismus unversehrten und darum einigen Arbeiterschaft! So begrüßten denn unsere sudetendeutschen sozialdemokratischen Organisationen den Gedanken, eine Abordnung ins rote Wien zu entsenden, mit jubelnder Freude.

Die Studienreise der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter aus der Tschechoslowakei zu ihren Wiener Freunden wurde von den kommunistischen Blättern mit der höhnischen Frage begleitet, warum denn die Reise just nach Wien gehe und nicht nach Paris oder Warschau oder Brüssel. Von Rußland ganz zu schweigen, denn dort würden die Arbeiter zu leicht vom Bolschewismus angesteckt. Nun, gegen eine sozialdemokratische Studienreise nach Rußland wäre gar nichts einzuwenden, wenn Rußland, so wie Oesterreich, allen Reisenden offen stünde, wenn es vor allem sozialdemokratischen Studiengesellschaften offen stünde, wenn nicht Arbeiterreisen nach Sowjetrußland nur unter kommunistischer Patronanz möglich wären, mit Beistellung sowjetamtlicher Dolmetsche, wenn den Arbeitern das Studium Sowjetrußlands genau so möglich wäre, wie es das Studium der Wiener Gemeindeverwaltung jedem daran Interessierten ist.

Und warum die Reise just nach Wien ging und nicht in eine andere europäische Stadt? Ei, es handelte sich ja nicht um eine Vergnügungsreise. Für eine solche wäre vielleicht eine Mittelmeerfahrt eher zu empfehlen. Die Reise ging nach Wien, weil dort zu sehen ist, was keine andere Stadt bietet: erfolgreiche Aufbauarbeit einer sozialdemokratischen Gemeindemehrheit. Sozialdemokratische Mehrheiten hat bekanntlich weder Paris noch Brüssel. Wenn Sozialdemokraten lernen wollen, so müssen sie selbstverständlich dorthin gehen, wo zu sehen ist, was sozialdemokratischer Wille und sozialdemokratische Kraft zu schaffen imstande sind. Die Kommunisten schleppen ja auch ihre Arbeiterdelegationen deshalb nach Rußland, weil sie ihnen zeigen wollen, was sie mit ihrer unbeschränkten Macht über einen der größten Staaten der Welt anfangen, und sie hüten sich wohlweislich, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die traurigen Erfolge der kommunistischen Politik in den anderen europäischen Ländern zu lenken, auf die Zerklüftung des Proletariates in Deutschland, auf die fascistische Diktatur in Italien und auf den christlich-nationalen Terror in Ungarn als Ergebnisse kommunistischer Experimente. Unsere sozialdemokratischen Arbeiter könnten, ob sie nach Deutschland oder Ungarn, nach Italien oder Frankreich reisen würden, überall die Spaltung der Arbeiter und ihre politische Schwäche als Werk der Kommunisten kennen lernen. Aber das zu sehen ist auch in der Heimat möglich und es ist wirklich viel nützlicher, viel lehrreicher, dorthin zu gehen, wo die kommunistische Liebesmüh' vergeblich war, wo das Proletariat von ihnen nicht gespalten werden konnte, wo es seine Einheit sich gewahrt und



deshalb ein politischer Machtfaktor geblieben ist und wo es dank dieser Einheit etwas zu leisten imstande ist. Deshalb die Reise der sudetendeutschen Arbeiter nach Wien!

Es gibt auch noch ein paar erwähnenswerte Unterschiede zwischen einer Arbeiterstudienreise nach Rußland und einer solchen nach Wien. Es ist ganz unmöglich, in einigen Wochen die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in einem Vielmillionenreich von so gewaltiger Ausdehnung, wie es Rußland ist, kennen zu lernen. Es ist ausgeschlossen, die Stimmung der russischen Arbeiter kennen zu lernen, wenn man nicht in ihrer Sprache mit ihnen reden kann, wenn man zu ihnen nur sprechen kann durch den Mund sowjetamtlicher Uebersetzer, und es wird dies auch dadurch unmöglich gemacht, daß im Lande der bolschewistischen Diktatur es selbstverständlich kein Arbeiter wagen kann, andere als günstige Urteile über das Sowjetsystem abzugeben, in Gegenwart von kommunistischen Zuhörern und auf dem Umwege über amtliche Dolmetsche! Nach Wien aber kann reisen, wer will, man braucht dazu keine besondere Erlaubnis. Und wer will, kann die Ergebnisse einiger Jahre sozialdemokratischer Gemeindeverwaltung kennen lernen, aus einer heute schon sehr ansehnlichen Literatur und aus eigener Anschauung. Niemandem ist es verwehrt, eine Rundreise von Wohnhausbau zu Wohnhausbau zu machen, niemandem ist es verwehrt, Inwohner solcher Häuser um die Erlaubnis zur Besichtigung ihrer Wohnungen zu bitten, sie zu fragen, wie sie mit ihrem neuen Heim zufrieden sind. Jedermann kann aus der Literatur die Grundsätze der Wiener Schulreform kennen lernen und es wird nicht schwer sein, mit einigen der fast zwölftausend Wiener Lehrer bekannt zu werden und sie über die Ergebnisse der Schulreform zu befragen. Nun, und über die sozialdemokratische Finanzpolitik, die ja besonders eifrig diskutiert wird, ist leicht die Meinung der Besitzenden sowohl als auch die der Arbeiter kennen zu lernen, und je nach seinem Klassenstandpunkt wird sich jeder sein Urteil über das Wiener Steuerwesen bilden können.

Aber der einzelne Arbeiter kann kaum eine Studienreise machen, der einzelne weiß auch nicht, wie er seine Zeit — ein paar zur Verfügung stehende Tage — am besten anwendet, und für den einzelnen können nicht Führungen veranstaltet werden. Deshalb die *O r g a n i s a t i o n* einer Studienfahrt! Aber nichts, was anderen verschlossen wäre, was anderen Geheimnis bleiben müßte, haben die einundachtzig deutschen Arbeiter aus der Tschechoslowakei auf ihren Fahrten und Wanderungen durch Wien gesehen.

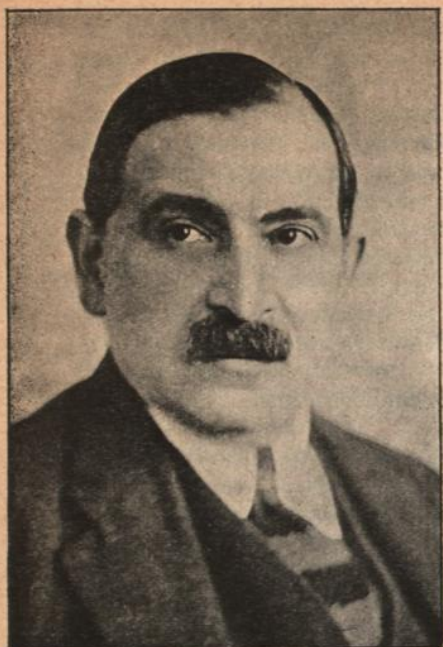
Daß sie keine Reise ins Land des Sozialismus machten, wußten sie. Vom „Paradies Otto Bauers“ haben höhrend stets nur die Kommunisten gesprochen. Die sozialdemokratischen Arbeiter wußten, daß Oesterreich heute noch von einer klerikal-deutschnationalen Mehrheit beherrscht wird und daß, wie alle bisherigen Wahlen bewiesen, diese klerikal-deutschnationale Parlamentsmehrheit noch den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen innerhalb der Bevölkerung entspricht. Wie niedrig und wie unmarristisch, für das wirtschaftliche Elend des Proletariates eines kapitalistischen Staates, eines von einer bürgerlichen Mehrheit beherrschten und verwalteten Staates die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen! Wie niedrig, etwa die Zeitungsberichte über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich mit der Ueberschrift zu versehen: „Aus dem Lande des Austromarxismus“ oder „Aus dem



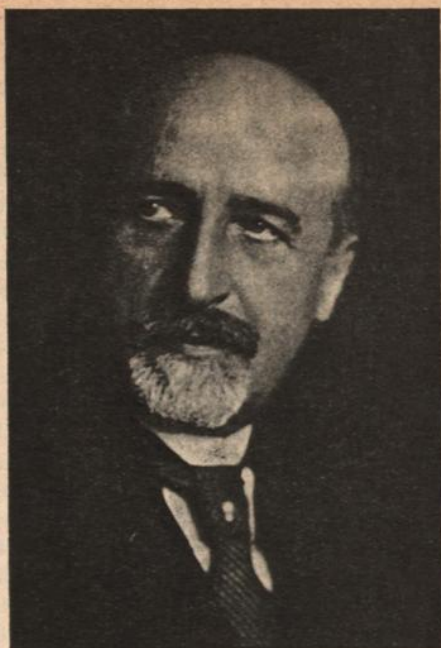
Paradies Otto Bauers und Karl Kenners"! Wie demagogisch, so zu tun, als läge es nur an den österreichischen Sozialdemokraten, die Wirtschaftskrise zu beseitigen, und nicht davon zu reden, daß das österreichische Wirtschaftselend vor allem die Folge der Friedensdiktate ist, die Oesterreich zu ungewollter Selbständigkeit zwangen, die es zu einem fast lebensunfähigen staatlichen Zwerggebilde machten! Aber in diesem Lande, das wie kaum ein zweites ein unglückliches Opfer der von kapitalistischen Interessen diktierten „Friedens“-Stümpereien von Versailles und St. Germain ist, in diesem Lande, das vom einheimischen Bürgertum mit Hilfe der ausländischen Finanz auf Kosten der Arbeiter und unter sorglicher Schonung der Besitzenden „saniert“ und dessen Wirtschaft damit neue schwere Wunden geschlagen wurden, in diesem von Kriegs- und Nachkriegskapitalismus verheerten Lande hat die Sozialdemokratie gezeigt, daß es trotz alledem möglich ist, sozialpolitische Forderungen nicht nur durchzusetzen, sondern auch zu erhalten, wenn nur die Arbeiterschaft einig und geschlossen ist, und sie hat in der Hauptstadt dieses Landes bewiesen, daß die entschlossene Anwendung sozialistischer Grundsätze es der Arbeiterschaft eines großen Gemeinwesens selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ermöglicht, große Reformwerke zu schaffen, die das Proletariat geistig und körperlich erheben, Reformwerke, die weit in die Zukunft wirken und die Revolutionierung des Bewußtseins der Arbeiterklasse gewaltig fördern . . .

Zerstrent in vielen Industriedörfern, in geringerer Zahl nur in den für die deutschen Wohngebiete in der Tschechoslowakei typischen Kleinstädten leben die sudetendeutschen Arbeiter. Aus diesen Arbeiterdörfern und Kleinstädten sind sie nach Wien gekommen, nach der großen herrlichen Stadt. Und haben dort erst verstehen gelernt, warum auf manche ihrer Klassengenossen, die in Rußland waren, die russischen Reiseindrücke so stark wirkten. Man kann in unserer Heimat nicht sehen, nicht erleben, was es in Rußland oder — in Wien zu erleben gibt: proletarische Massen und sozialistische Verwaltungsarbeit großen Stils. Denn es soll nicht bestritten werden, daß auch in Rußland Aufbauarbeit geleistet wird. — Wo kann der Arbeiter in der Tschechoslowakei es erleben, daß Arbeiter in unüberschaubaren Scharen zu politischen Kundgebungen aufmarschieren? Die Rußlandreisenden haben solche Massenkundgebungen erlebt, und wenn sie auch auf andere Art zustande kamen als der freigewollte Massenaufmarsch des Wiener Proletariates, — es waren Massenaufmärsche! Mußten die Besucher aus der Tschechoslowakei nicht der Meinung werden, der Bolschewismus, das sei Wille und Werk des gesamten russischen Proletariates? Und mußten sie, die aus einem Lande kamen, in dem die Arbeiterklasse heute so sehr geschwächt ist, Kraft und Einfluß und Machtgebrauch der Bourgeoisie so sehr gewachsen sind, in dem alles, wohin sie auch blicken, Privatbesitz ist, fast nirgends proletarischer Wille sich geltend machen kann und die Arbeiter gar nicht zu zeigen vermögen, was sie können, — mußten sie nicht ergriffen, aufgewühlt werden, wenn ihnen jede Neueröffnung einer Fabrik, jeder Neubau eines Wohnhauses, jede Errichtung eines Kindergartens oder einer Arbeitererholungsstätte als Werk des Bolschewismus angepriesen wurde? Mußten sie, die das sahen, was sie so gerne sehen wollten und nichts anders zu sehen bekamen, nicht zu glauben beginnen, solcher Aufbau sei etwas nur





Dr. Otto Bauer.



Bürgermeister Karl Seis.



durch den Bolschewismus und nur durch ihn Mögliches? Freilich, sie haben unter der Wucht dieses Erlebens alle Fähigkeit zur Kritik verloren, soweit sie überhaupt den Willen zur Kritik nach Rußland mitbrachten, — sie haben Einzelbilder gesehen und kein Bild der Gesamtwirtschaft Sowjetrußlands bekommen, das man ja auch besser durch das Studium der Literatur über Rußland, der kommunistischen und der kritischen, gewinnen kann als durch eine „Reise im Fluge durch Sowjetrußland“, — aber es sollte ja auch nicht anders sein! Sie sollten heimkehren mit der Ueberzeugung, daß wertvolle Aufbauarbeit und soziale Fürsorge nur möglich sei bei Anwendung bolschewistischer Methoden. Und um in ihren Anhängern diesen Glauben lebendig zu erhalten, ist ja auch die kommunistische Presse unausgesezt bemüht, das Werk der Wiener Sozialdemokraten — falls sie es überhaupt der Erwähnung für wert hält — zu verkleinern und zu verzerrern. Eine Fabrikseröffnung in Rußland, ein Wohnhausneubau, ein Kindergarten, ein Sommerheim für Arbeiter, — was sind doch das für Wunderwerke! Der Bau von dreißigtausend modernen, gesunden Volkswohnungen durch die sozialdemokratische Gemeinde Wien, die Schaffung vieler neuer Kindergärten, der Aufbau eines wirklich modernen Fürsorgewesens, — das ist natürlich nur kleinbürgerliche Flickerei, die kaum der Rede wert ist! Lunatscharskis Schulreformpläne, die zum großen Teil an der ökonomischen Rückständigkeit des Landes und an der kulturellen Rückständigkeit großer Volksschichten zerbrachen, — o, sie können nicht laut genug gepriesen werden! Sie sind auch wirklich sorgfältigen Studiums und genauer Beobachtung würdig und Torheit wäre es, die Bedeutung dieses Programmes und des großen hinter ihm stehenden Willens zu leugnen, — aber ist es nicht etwas still geworden in letzter Zeit, gerade im kommunistischen Lager? Ein idealistischer Wille scheiterte an der Wirklichkeit! Vieles an Lunatscharskis Programm muß der Zukunft überlassen werden. Wo aber gibt es im kommunistischen Lager Anerkennung, ja auch nur sachliche Kritik der Wiener Schulreform, die das Werk des Sozialdemokraten Glöckel ist, die keine „sozialistische Schule“ geschaffen hat, was ja im kapitalistischen Staate unmöglich ist, aber viele der wichtigsten Forderungen der modernen Pädagogik zur Wirklichkeit gemacht hat, die einen schönen Bau der Gemeinschaft von Eltern, Kindern und Lehrer aufgerichtet hat, die das Wiener Schulwesen vorbildlich für wohl fast alle anderen Länder gemacht hat? O, die Kommunisten wissen von der Wiener Schule nichts anderes zu erzählen, als daß dort auch noch Katecheten wirken, die ja die Stadt Wien, weil sie an das Reichsvolksschulgesetz gebunden ist, nicht daraus verweisen kann!

Wohl alle Teilnehmer der subetendeutschen proletarischen Studienreise nach Wien haben auch Berichte der Rußlandfahrer gehört oder gelesen, vermögen also zwischen der Wiener sozialdemokratischen und der russischen bolschewistischen Methode zu vergleichen. Und sie werden vergleichen zwischen der kommunistischen Diktatur, die die Herrschaft einer Führungsgilde über das Proletariat und über die Bauern Rußlands ist, und der Demokratie. Sie erinnern sich der Begrüßungsworte des Wiener Bürgermeister, Gen. Seitz: „Wenn Sie hier manches gut finden werden, so sagen wir Ihnen, wir konnten es nur schaffen, indem wir das ganze Klassen-



bewußte Proletariat in den Dienst der Sache gestellt haben und daß wir auf Sand gebaut hätten, wenn wir nur von einigen wenigen erleuchteten Geistern, und wären sie noch so erleuchtet, die Dinge hätten schaffen lassen, die geworden sind. Das was geschaffen wurde, konnte nur dadurch entstehen, daß die Masse des Proletariates und vor allem diejenigen, die aus seinen Reihen zur Verwaltung dieser Stadt berufen wurden, erfüllt sind von der Erkenntnis, daß das kein Werk der einzelnen ist, sondern der Gesamtheit."

Ja, es ist das Werk der Gesamtheit, dieses neue Wien! Es konnte nur geschaffen werden als Werk der Gesamtheit, durch die Demokratie. Und auch das unterscheidet es von dem, was an Neuem in Rußland zu schaffen versucht wird. Die Arbeiter selber sind die Werkleute der Erneuerung ihrer Stadt, und nicht anders als diese Umgestaltung einer Stadt kann sich der Aufbau des Sozialismus vollziehen: als Werk der Arbeitergesamtheit, als Werk ihrer Reife, ihrer Erkenntnis, ihres Willens, nicht aber als Werk einer Führerdiktatur, und wäre sie noch so wohlmeinend. Diktatur einer Schicht Auserwählter muß das Interesse der Arbeiter am Werk, und wäre es auch Werk für sie, ertöten, das Werk der Befreiung. Denn es geht ja doch nicht nur darum, allen Menschen zu essen zu geben und allen Obdach zu schaffen, sondern darum, sie zu wirklich freien, zu freischaffenden Menschen zu machen. — Die Rußlandfahrer waren nur ein paar Wochen Gäste der neuen Staatsbeherrscher, sie haben nicht in Rußland gelebt und darum nicht den lähmenden Druck der Diktatur verspürt. Aber würden sie alle wirklich unter der Diktatur leben wollen? Würden sie, die noch mitgekämpft haben um die Erweiterung der demokratischen Rechte und hierzulande aufschreien über jede der häufigen Schändungen der Demokratie — würden sie wirklich leben wollen unter dem Zwang, jedes Wort zu prüfen, ehe sie es auf die Lippen bringen, nicht reden, nicht schreiben, ja nicht einmal lesen zu dürfen, was sie wollen? Kann aus so furchtbarem Geisteszwang sozialistische Freiheit erblühen?

In Wien aber, diese Ueberzeugung haben die subetendeutschen Arbeiter bei ihrem Besuche gewonnen, in Wien, wo jede Tat der Gemeindeverwaltung nur bestehen kann, wenn sie die Billigung der Massen findet, wo zwischen den Verwaltern der Gemeinde, die ja nichts anderes sind als Vertrauensmänner, als Beauftragte der Arbeiter, und der Masse der Stadtbevölkerung ein schönes Verhältnis gegenseitigen Vertrauens und gemeinschaftlichen Arbeitens besteht, dort bildet sich in der Arbeiterschaft jenes Solidaritätsgefühl, jener Gemeinschaftsgeist, jenes Verantwortlichkeitsgefühl und jenes Wissen und Verstehen, jene Geistes- und Gefühlswelt, die Voraussetzungen des schöpferischen Sozialismus sind. Und das alles ohne den fürchterlichen Umweg durch ein „Meer von Blut und Tränen“!

Auch einige Wiener Arbeiter waren in Rußland. Aber ihre Erzählungen haben keinen sonderlichen Eindruck gemacht. Wohnhausbauten? Wien hat mehr geschaffen als irgend eine Stadt Rußlands und ist dabei, immer neue Wohnhäuser für die Arbeiter zu bauen! Kindergärten? Das sozialistische Wien hat die bestehenden reformiert und viele neue eröffnet und wird immer wieder neue errichten, bis aller Bedarf befriedigt werden kann. Neue Schule? O, Wien hat eine neue Schule, an der sich Eltern und Lehrer



und — das wichtigste! — die Kinder freuen und ist am Werk, sie auszugestalten und verteidigt das Werk Glöckels gegen alle reaktionären Anschläge, — die Arbeiter verteidigen die Schule ihrer Kinder! Sozialistische Produktion? Nun, die gibt es auch in Rußland noch nicht, denn Produktion in staatlichen Werken, auch wenn dieser Staat von kommunistischen Diktatoren verwaltet wird, — Produktion im Auftrag des Staates ohne Mitwirkung der Arbeiter, — das ist keine sozialistische Produktion. Die sudetendeutschen Arbeiter haben in Wien keine Fabriken besucht. Niemand hat ihnen vorzutauschen versucht, daß sie in einem sozialistischen Lande seien. Es hätte keinen Sinn gehabt, in kapitalistische Fabriken zu gehen, da sie doch selber aus kapitalistischen Fabriken kamen. Sie haben „nur“ gesehen, was die sozialistische Gemeindeverwaltung leistet.

Was diese Leistungen bedeuten? Otto Bauer sagte in seinem Vortrage über die politischen Parteien Oesterreichs den Genossen aus Tschechoslowakei:

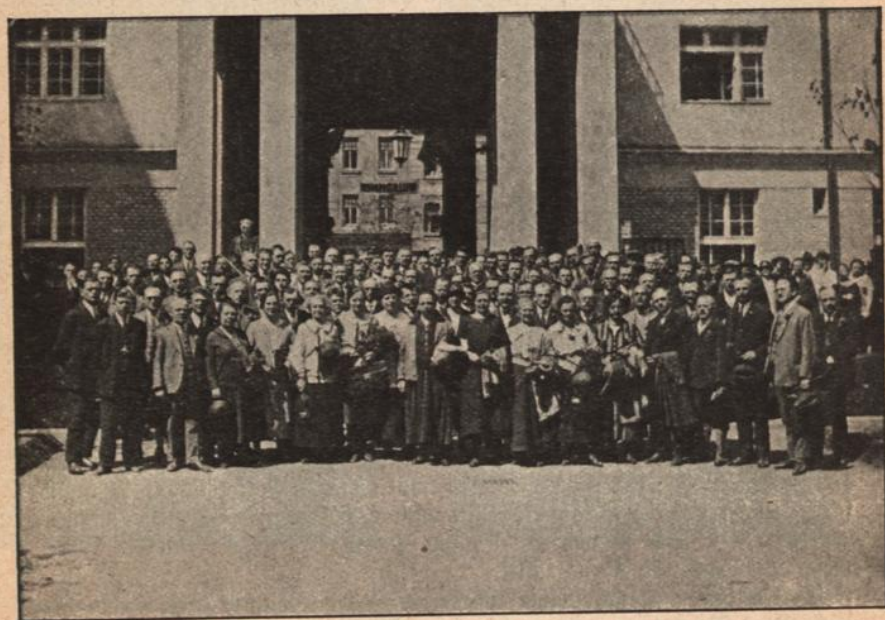
„Was wir euch hier zeigen können, ist etwas Kleines und zugleich Großes. Etwas Kleines, weil unser Land wirtschaftlich und politisch klein ist, — etwas Großes, weil die Arbeiterschaft gerade in diesen schwierigen Verhältnissen beweisen konnte, was sie kann, wofür sie dadurch stark geblieben ist, daß sie einig ist.“

Dieses Große, diese unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen vollbrachte Leistung des Neuaufbaues Wiens, dieses Werk einer durch gemeinsame Erkenntnis und gemeinsames Wollen geeinten Arbeiterschaft, dieses Werk einer sozialdemokratischen Partei, haben die Teilnehmer an dieser Studienreise kennen gelernt, in einer an Anstrengungen und Anspannung aller Kräfte überreichen Woche, und sie wurden von Bewunderung für dieses Werk erfaßt und kehrten heim in ihre Arbeitsgebiete mit dem Vorsatz, ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern nicht nur zu erzählen von der Schönheit Wiens, von der überwältigenden Größe des durch die Sozialdemokratie geschaffenen Neuen, sondern ihnen auch zu erzählen von dem jahrzehntelangen Kampf des Wiener Proletariates, der diesen Erfolgen voranging, und ihnen zu künden, daß das große Geheimnis aller dieser Siege die Einigkeit des Wiener Proletariates ist und seine Arbeits- und Kampffreudigkeit.





Begrüßung der Reisetheilnehmer durch den Wiener Parteivorstand.



Die Reisetheilnehmer.



## Gäste des Wiener Proletariates.

Freundschaft!“ Vielhundertstimmig klang den sudetendeutschen Arbeitern dieser Gruß entgegen, als ihr Zug in den Franz-Josef-Bahnhof einfuhr. Vieltausendstimmig umbrauste er sie, als sie auf dem Althanplatz vom Wiener Parteivorstand als Gäste des Wiener Proletariates willkommen geheißen wurden, — er umjubelte sie, als sie durch die Straßen des neunten Bezirkes zu ihren Hotels marschierten, er wurde ihnen zugerufen von Kindern und Erwachsenen Tag für Tag, so lange sie in Wien waren, von Proletarierfrauen in den städtischen Häusern, von Arbeitern in den Versammlungen, von Freunden und Fremden, und „Freundschaft!“ war das letzte Wort, dessen Klang in ihren Ohren haften blieb, als sie am zweiten Mai Wien verließen.

Ein Gruß wie alle andern? Erstarre Formel, ein alltagsgewohntes Wort der Wiener Arbeiter? Nein! Mag sein, daß auch dieses schöne Wort an Wärme verliert, daß es zur Selbstverständlichkeit wird und mancher nicht mehr seines Sinnes gedenkt, wenn es zum täglichen, zum immer wieder gebrauchten Grußwort wird. Aber als es den Gästen zugerufen wurde, da war es mehr, da war es Ausdruck der herzlichen Freundschaft, die das Wiener Proletariat seinen Gästen entgegenbrachte, da deckte sich das Wort mit seinem Sinn, — als Freunde kamen die deutschen Arbeiter aus der Tschechoslowakei zu Freunden!

Jubelnde Rufe empfingen uns, da der Zug hielt: „Freundschaft! Freundschaft!“ Wir drängten uns an die Fenster. Entgegen klang uns das Lied, das auch unsere Arbeiterfänger so oft singen: „Seid gegrüßt, ihr wackern Streiter!“ Die Arbeiterfänger des Kreises Wien-Nord empfingen uns mit diesem Chor. Und schon entdeckte der suchende Blick liebe alte Freunde: Eldersch, Glöckel, Karl Richter, Paul Richter, Sever, Stein und Weber, die Genossinnen Bock und Proft, sie alle, die so oft auch zu den sudetendeutschen Arbeitern gesprochen, die in so vielen gemeinsamen Kämpfen unsere Führer waren! Jedem aus dem Wagen steigenden Genossen streckten sich Hände zum Willkommengruß entgegen, jedem boten Genossinnen rote Nelken an, jeder war im Nu umringt von teilnahmenvoll sorgenden, von freudig auf ihn einredenden Genossen. Wir wurden aus dem Bahnhofe auf den Althanplatz geleitet. Die Eisenbahnerkapelle des Republikanischen Schuhbundes spielt die „Marseillaise“, während wir auf den Platz marschierten. Und nun, — —

O, wie soll man schildern, was unaussprechlich schön ist! Auf dem großen Platz war eine breite Fläche durch dichte Reihen uniformierter Ordner freigehalten, — hinter ihnen drängten sich viele Tausende jubelnder, jauchzender, winkender Genossen und Genossinnen. Hüte werden geschwungen, Tücher wehen, — und immer wieder und immer wieder tönt es: „Freundschaft!“ „Freundschaft!“ Die Schritte unserer Delegierten werden langsamer, zögernder, — noch können sie es kaum fassen, daß i h n e n dieser Jubel, dieser Ausbruch der Freude gilt!

Endlich haben sie sich in der Mitte des freien Raumes versammelt. Genosse Paul R i c h t e r entbietet ihnen den Willkommengruß des sozialistischen

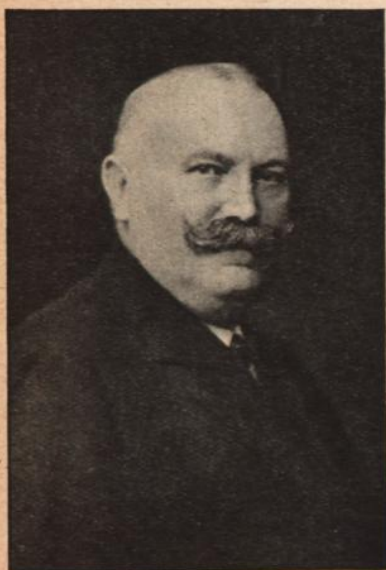




Nationalrat Paul Richter.



Nationalrat Albert Sever.



Nationalrat Johann Pölzer.



Stadtrat Anton Weber.





Adelheid Popp.



Gabriele Proft.



Marie Bod.



Leopoldine Glöckel.



Wien. Hochrufe auf die Internationale erbrausen. Nach kurzer Antwort auf die freundlichen Begrüßungsworte schließen wir uns einer mit Musik vormarschierenden Ordnerabteilung an, uns folgen wieder starke Ordnerkolonnen mit zwei Musikkapellen, und nun marschieren wir durch ein dichtes Spalier rufender und winkender Genossen durch die Gassen des einstigen „Lichtental“.

Und dann, nachdem wir bei den Hotels angelangt sind, defilieren die Ordner an uns vorbei. Musik, dann die Fahnen, mit lauten, jauchzenden Rufen begrüßt, und dann in strammem Schritt die Ordner. Gruppe auf Gruppe. Wieder Musik, wieder Fahnen, wieder starke Ordnerabteilungen. Vor uns, vor den Arbeitern, defilieren sie! Aber es ist ja auch etwas ganz anderes, dieses Vorbeimarschieren proletarischer Streiter vor ihren ausländischen Kampfgenossen, als die früheren Militärparaden, als das Vorbeitreiben in Uniformen gepreßter Arbeiter vor Monarchen und Generälen. Der Republikanische Schutzbund hat nichts mit Militarismus zu tun, er ist eine Organisation zum Schutze des Proletariates wider seine Klassenfeinde. — Daß einige Ordnerkompagnien an uns vorübermarschierten, das war gewiß die erhebenste, die würdigste Ehrung, die das Wiener Proletariat seinen Gästen bereiten konnte. Aber es ehrte zugleich sich selber, indem es sich in seiner Wehrhaftigkeit zeigte.

Daß unsere Genossen und Genossinnen erschüttert waren, aufgewühlt, daß ihre Augen sich feuchteten, daß sie auf einem Höhepunkt ihres Lebens sich fühlten, — wie wär' es anders möglich gewesen! Sie erwarteten, freundschaftlich und herzlich empfangen zu werden. Aber daß ihnen soviel Liebe entgegenbränden werde, daß ihr Besuch Zehntausenden Wiener Klassengenossen zu festlichem Ereignis werde, — darauf waren sie wahrlich nicht gefaßt!

Und hätte es der Klang der Grußworte, hätte es das Jauchzen der Stimmen den Gästen nicht gesagt, so hätten es die freudigen Gesichter der Tausende, die sie empfingen, hätten es der Wiener Arbeiter Händedrucke, hätte es ihr immer wieder sich erneuernder Jubel, hätte ihr Winken und Hüteschwenken, hätte es das Wehen der Tücher, das Schwenken der Fahnen, hätte es dieser Ausbruch der Begeisterung, der ihnen überall entgegenschlug, wohin sie auch kamen in Wien, den „Fremden“ zur Gewissheit gemacht, daß sie im Augenblicke, da sie den Boden Wiens betraten, nicht mehr Fremde waren, sondern Gäste bei Freunden, bei Brüdern und Schwestern.

Sie waren nicht Gäste einer Organisation, — sie waren Gäste der Wiener Arbeiterschaft. Sie waren es, weil sie Gäste der Wiener sozialdemokratischen Partei waren, — denn die Partei: das ist köstlicher Besitz der Wiener Arbeiter, ist Zusammenfassung ihres Willens und ihres Könnens, ist zugleich Ausdruck ihres Sehns und der Erfüllung, ist Verkörperung der Kraft der Wiener Arbeiter, ist Zeugnis und Werkzeug ihres physischen und kulturellen Aufstiegs, — sozialdemokratische Partei und Wiener Arbeiterschaft sind eins! So waren die Gäste der Wiener Partei selbstverständlich die freudig begrüßten Gäste der Wiener Arbeiterschaft.

Aber erklärt das schon ganz diesen Uberschwang des Jubels, diese jauchzende Freude, und diese warme, die Herzen ergreifende Herzlichkeit des Empfanges und der täglichen liebevollen Begrüßung, wo immer Wiener Genossen mit uns, den „Ausländern“, zusammenkamen? Man mag die Wärme

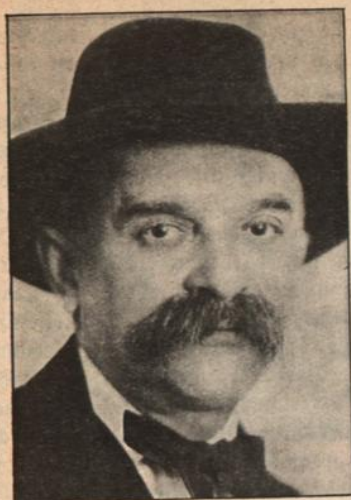


und Herzlichkeit des Empfanges zum Teile auf die Liebenswürdigkeit, auf die leichtere Erregbarkeit der Wiener zurückführen. Man mag sie auch damit erklären, daß jahrzehntelange Kampfgemeinschaft das Wiener und das sudetendeutsche Proletariat zu einer Familie zusammengeschlossen hatten, deren Glieder durch fremden Eingriff getrennt wurden, durch den Willkürfrieden, der Volksgenossen von Volksgenossen schied, durch die noch immer und hoffentlich für alle Zeiten im Wiener Proletariat fortlebende Erinnerung an diese alte Schicksalsgemeinschaft. Aber es ist doch noch Größeres, das uns den Wiener Arbeitern, das uns ihren Herzen so nahe brachte. Die Freude und der Jubel, mit denen sie uns begrüßten, sie waren wohl vor allem Ausdruck ihrer Begeisterung für den Sozialismus, der Liebe und Treue, mit der sie an ihrer Partei hängen, ihres Stolzes auf diese Partei, von der wir ein Teil waren, der wir zugehörten in dem Augenblicke, da uns die Wiener Arbeiter empfingen. Daß wir Zugehörige dieser Partei waren, daß wir Sozialdemokraten sind, Gleichdenkende, Gleichwollende, — das machte die freundschaftliche Liebe der Wiener Arbeiter zu einer so wunderschönen Selbstverständlichkeit!

Wie innig war doch früher unsere Arbeits- und Kampfgemeinschaft mit den Wiener Arbeitern, mit der Wiener Sozialdemokratie! Ist nicht fast zu gleicher Zeit in Wien und in den sudetendeutschen Gebieten die Arbeiterschaft zu sozialistischem Denken erwacht? War nicht Viktor Adler, der Unvergessliche, Einiger und Lehrer unserer Arbeiter, so wie er Einiger und Lehrer des Wiener Proletariates war? Und sind nicht viele der Führer der österreichischen Arbeiter deutschböhmischen Stamm entsprossen? Haben wir nicht hunderte Schlachten gemeinsam durchkämpft? Wurde uns nicht die Kampfgemeinschaft mit dem Wiener und alpenländischen Proletariat schon von unseren Vätern als köstliches Erbgut übergeben? Die alte Einheit der Organisation und der Aktion konnte natürlich nach der staatlichen Trennung, die uns und den Wiener Arbeitern verschiedene politische Aufgaben stellte, nicht aufrecht erhalten werden. Aber nicht zerrissen ist das Band der Freundschaft, das sudetendeutsche und Wiener Proletarier verband in früheren Zeiten und sie verbinden wird bis zu den Tagen des kommenden gemeinsamen Sieges der gemeinsamen Idee...

In allen Reden der Wiener Arbeiterführer klang das Bekenntnis zur alten Freugemeinschaft wieder, die Begrüßungen durch den Genossen Seiz und dann durch die Masse der Wiener Vertrauensmänner im Ottakringer Arbeiterheim bezeugten das Fortbestehen des alten Bündnisses, aber noch erhebender, die Herzen packender, die Seelen aufwühlender war das Willkommen, das täglich Wiener Arbeiter uns entboten. Kindergruppen grüßten uns durch Lieder und durch Blumengaben, roter Fahnen Schmuck war von allen städtischen Wohnhäusern uns zu Ehren angelegt worden, in den großen Höfen der riesigen Wohnbauten drängten sich Massen nicht nur der Mieter, sondern auch der Bewohner umliegender Häuser zu Volksversammlungen, — überall der gleiche Freudengruß, das gleiche herzliche Willkommen, die gleiche freudige Bereitschaft, uns alles, was wir kennen lernen wollten, zu zeigen und zu erklären. Wir sahen es, wir fühlten es an jedem Tag aufs neue: wir waren Gäste des Wiener Proletariates, Gäste des arbeitenden Wien!





Stadtrat Prof. Dr. J. Zandler.



Stadtrat Hugo Breitner.



Nationalrat Dr. R. Danneberg.



## Eine arbeitsreiche Woche.

Die Delegation besuchte am ersten Tage ihres Wiener Aufenthaltes, gelegentlich eines Rundganges durch den neunten und durch den ersten Bezirk, zunächst das „alte Wien“, das malerische Wien: hundert-jährige Wohnhäuser am Thurygrund. Sie hat später auch städtische Notwohnbauten aus der Zeit der Christlichsozialen kennen gelernt, hatte also die Möglichkeit zwischen früherer privater und städtischer und der jetzigen Bauweise zu vergleichen. Sie besuchte das städtische „Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum“, das vom Genossen Dr. Otto Neurath geleitet wird und vor allem lebendige, durch geschickte bildliche Darstellung auch dem für Kurven und Zahlenreihen weniger Empfänglichen anschaulich gemachte statistische Uebersichten der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Bevölkerung Wiens, der sozialen und hygienischen Leistungen der Stadt enthält, in reicher und kluger Auswahl, und so jedem, der Wien studieren will, die geeignetste Einleitung zu seiner Forscherarbeit bietet. Die „Entdeckung“ des neuen Wien wird einem nicht schwer gemacht. — Auch die vortrefflich organisierte Wiener Feuerwehr lernten die Gäste am ersten Tage ihres Besuches kennen.

Sie hörten im Verlaufe ihres Aufenthaltes in Wien Vorträge führender Genossen. Dr. Otto Bauer sprach über „Die politischen Parteien Oesterreichs“, Abg. Gen. Paul Richter hielt einen Vortrag über „Die sozialdemokratische Organisation Wiens“, der von der Genossin Bock ergänzt wurde durch eine Schilderung der Wiener sozialdemokratischen Frauenbewegung. Genosse Viktor Stein sprach über die Wiener Gewerkschaften, Stadtrat Genosse Hugo Breitner hielt einen Vortrag über „Die Finanzpolitik der Gemeinde Wien“, dann folgten Vorträge der Stadträte Genossen Anton Weber und Franz Siegel über „Wohnungspolitik“, des Genossen Vizebürgermeister Georg Emmerling über „Wiener Licht, Kraft- und Verkehrsfragen“, des Genossen Stadtrat Paul Speiser über „Personalpolitik der Gemeinde Wien“, des Genossen Otto Glöckel über die „Wiener Schulreform“, des Genossen Professor Dr. Zandler über das „Wiener Fürsorgewesen“, des Genossen Dr. Luitpold Stern über „Arbeiterbildung“ und des Genossen Dr. Deutsch über den Republikanischen „Schubund“. Genosse Dr. Kenner schilderte die Wiener Genossenschaftsbewegung, Genosse Max Winter die Kinderfreundebewegung. Erläuternde Führungsvorträge begleiteten alle Besichtigungen, mit denen die Woche vom 25. April bis 2. Mai ausgefüllt war.

Nicht alles, was wir gesehen haben, mit schaufrohen Augen, lernbereit, kann hier geschildert werden. Nicht alle Vorträge können — und sei es auch nur in knappen Auszügen — wiedergegeben werden. Nicht das Wien von 1926 soll beschrieben werden in seiner unvergleichlichen Schönheit, noch soll hier bis in alle Einzelheiten die Wiener Gemeindeverwaltung dargestellt





Nationalrat Dr. Julius Deutsch. Nationalrat Otto Glöckel.

werden. Ja, es soll nicht einmal alles, was in den wenigen Jahren seit der Uebernahme der Stadtverwaltung durch die Arbeiter an Neuem geschaffen wurde, beschrieben werden, obwohl es das Zeichen sozialistischen Willens, das bei jeder Handlung, bei jeder Tat auf das Wohl der Gesamtheit bedacht sein muß, trägt. So kann nur beiläufig erwähnt werden, daß in diesen Jahren das Netz der elektrischen Straßenbahn bedeutend erweitert wurde, daß die Gemeinde vom Staate die während des Krieges stillgelegte und arg verfallene Stadtbahn übernahm und elektrifizierte, daß sie zwei eigene Wasserkraftwerke schuf, daß sie in vielen Straßen die elektrische Beleuchtung einführte, die Straßen selbst ausbesserte, daß sie in vielen Straßen Bäume pflanzte, viele neue Parkanlagen schuf, auch eine ganze Anzahl Kinderbäder, daß sie endlich mit der Schande der Kehrichtabfuhr durch den „Mistbauer“ ein Ende machte und daran ging, das Coloniasystem einzuführen, daß sie die mechanische Straßenreinigung einführte, daß sie also auch sehr viel getan hat für die Verschönerung Wiens und dafür, die Stadt zu einer gesunden zu machen. Aber man könnte sagen, daß auch eine rein bürgerliche Stadtverwaltung diese Aufgaben, als für eine Großstadt selbstverständliche, erfüllen könnte, — wenngleich die Christlichsozialen es in den vielen Jahren, da sie Beherrscher der Stadt waren, mit diesen Pflichten nicht so genau genommen haben. Wir wollen also ausführlich nur von dem reden, was die Aufmerksamkeit des Sozialisten fesselt, was als *Leistung von Sozialisten* bezeichnet werden muß, auch wenn es selber noch nicht „Sozialismus“ ist, — was *deshalb* sozialistische Leistung ist, weil Bürgerparteien, Parteien der Besitzenden, es doch nie durchgeführt hätten. Wir wollen ausführlicher sprechen von der Wiener Finanzpolitik, von der Wohnungspolitik, vom Fürsorgewesen, von der Schulreform, und dann von der mächtvollen Wiener Arbeiterbewegung, die die Trägerin aller dieser Reformen ist.



## Das neue Wien.

Bis zum Ende des Jahres 1918 hatten die Arbeiter im Wiener Gemeinderate nur acht Vertreter unter 165, obwohl schon die Reichsratswahlen des Jahres 1911 ergeben hatten, daß 42.85 Prozent der Wiener Bevölkerung im Lager der Sozialdemokratie standen. Hinter den Wällen des Privilegienwahlrechtes hatten sich die Christlichsozialen verschanzt, die Arbeitermassen so von der Teilnahme an der Verwaltung der Arbeiterstadt fernhaltend. Die Revolution riß diese Dämme weg, das gleiche Wahlrecht brachte den Sozialdemokraten eine überwältigende Mehrheit. Von 120 Mitgliedern des Wiener Gemeinderates sind 78 Sozialdemokraten und 41 Christlichsoziale; außerdem gehört dem Gemeinderate noch ein Jüdischnationaler an. Die Kommunisten und die Deutschnationalen sind im Gemeinderate nicht vertreten, — ein überzeugender Beweis der Bedeutungslosigkeit dieser politischen Richtungen in Wien.

Die Sozialdemokraten hatten sich für die großen Aufgaben, die sie mit dem Machtantritte in Wien übernahmen, nicht vorbereiten können, weil sie ja im alten Gemeinderate nur acht Mitglieder hatten, im Stadtrate, dem eigentlichen Verwaltungsorgan der Gemeinde, überhaupt nicht vertreten waren und somit von der Verwaltung ausgeschlossen waren. Wie rasch und wie gründlich sie gelernt haben, wie treffliche Arbeit sie zu leisten vermögen, das zeigen die Ergebnisse ihrer Tätigkeit in nicht ganz acht Jahren.

Es war notwendig, die Verwaltung neu zu organisieren, sie zu zentralisieren, um allen Anforderungen, die die Sozialdemokraten in der Gemeinde an sich selber stellten, entsprechen zu können. Die Verwaltung wurde in folgende acht Gruppen geteilt, deren Aufgaben sich aus ihrer Bezeichnung ergibt: 1. Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform, 2. Finanzwesen, 3. Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen, 4. Sozialpolitik und Wohnungswesen, 5. Technische Angelegenheiten, 6. Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, 7. Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 8. Städtische Unternehmungen. — An der Spitze jeder dieser Gruppen steht ein amtsführender Stadtrat. An den Arbeiten dieser Gruppen können auch die Vertreter der Minderheiten teilnehmen, weil alle Wahlen nach dem Proporz erfolgen. Der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte, die durchwegs Sozialdemokraten sind, bilden gemeinsam die eigentliche Stadtregerung. — Die Schulverwaltung, die hier nicht genannt wurde, ist nicht unmittelbare Aufgabe der Gemeinde, — sie untersteht einem eigenen Stadtschulrate.

Von einer Stadtregerung zu sprechen ist angesichts der Größe und des Umfanges der Verwaltungs- und Fürsorgeaufgaben der Gemeinde nicht unangebracht. Führt doch die Gemeinde neben großen Unternehmungen, wie es die Straßenbahn, das Gaswerk und das Elektrizitätswerk sind, auch noch eine Reihe wichtiger Betriebe, wie: Fuhrwerksbetrieb, Wasserversorgung, Bäder, Friedhöfe, Gewinnung und Beschaffung von Baustoffen, und untersteht ihr doch ein ganzes Heer von Beamten und Arbeitern. Der gesamte aktive Personalstand beträgt 50.413 Personen! Selbstverständlich mußte die Personalpolitik der Gemeinde unter sozialdemo-



kratischer Leitung eine andere werden, als sie es unter christlichsozialer Herrschaft war. Damals galt der Grundsatz: „Sozialdemokraten werden nicht angestellt!“ Der Beamte oder Lehrer, der Sozialdemokrat war — aber wie selten war damals ein solches Wagnis! — wurde entlassen, ebenso jeder Angestellte, der Mitglied einer freien Gewerkschaft war. Die Bezüge der städtischen Angestellten konnten niedrig gehalten werden, denn die durch das Privilegienwahlrecht gesicherten christlichsozialen Stadtbeherrscher brauchten den Zorn der Angestellten der Stadt nicht zu fürchten. Für Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß sie dann, wenn sie zur Macht gelangen, nicht ihre Grundsätze vergessen. Die Wiener Sozialdemokraten haben als Opposition für eine bessere Bezahlung der städtischen Angestellten gekämpft, — sie haben sie, als sie die Gemeindeverwaltung übernommen hatten, durchgeführt. Sie waren Kämpfer für die Koalitionsfreiheit der Angestellten und Arbeiter und haben sie ihnen gewährt, als sie die Herrschaft der Christlichsozialen gebrochen hatten. Die Angestellten-Organisationen wirken durch die Personalvertretungen bei allen Aenderungen der die Rechte und Pflichten der Angestellten umschreibenden Dienstordnung mit, die Arbeitsverhältnisse der Unternehmungsbediensteten sind mit den zuständigen Gewerkschaften durch Tarifverträge bestimmt worden. Für die Lehrer wurde ein modernes Dienstrecht geschaffen, die geheime Qualifikation wurde beseitigt, jeder Lehrer kann in seine Dienstbeschreibung Einsicht nehmen, jeder hat gegen sie Beschwerderecht. — Die sozialdemokratische Gemeindemehrheit mußte bei der Bestimmung des Verhältnisses zu den Angestellten und Arbeitern der Stadt selbstverständlich nach sozialdemokratischen Grundsätzen vorgehen. Sie brachte aber auch zur Bewältigung des geplanten großen Reformwerkes eine zufriedene, arbeitsbereite Beamten- und Angestelltenschaft, und das war nicht leicht zu erzielen, denn die unter christlichsozialer Herrschaft Angestellten standen der neuen Mehrheit nicht selten feindlich gegenüber. Es gelang, ihnen jenes Gefühl der Freiheit und Sicherheit zu geben, das notwendige Voraussetzung ihrer freudigen Mitarbeit war. Und diese Mitarbeit war bei der Fülle neuer Aufgaben, die die neue Gemeindemehrheit sich selber gestellt hatte, unerläßlich.

Als Regierung darf man aber den Stadtsenat, der, außer den acht amtsführenden noch aus vier mit keiner besonderen Aufgabe betrauten, mehr eine kontrollierende Tätigkeit ausübenden Stadträten bestehend, an der Spitze der Stadtverwaltung steht, auch deshalb bezeichnen, weil dieser Stadtsenat zugleich die Landesregierung des Landes Wien bildet, dessen Landeshauptmann der Bürgermeister ist. Nach dem Umsturze wollten sich die unter christlichsozialer Führung stehenden ehemaligen Kronländer vom „roten Wien“, vom „bolschewistischen“ Wien möglichst unabhängig machen. Sie fürchteten auch, zu den Kosten der Sanierung und des Wiederaufbaues Wiens, das im Kriege furchtbar verarmt und von einer hungernden, der Verzweiflung nahen Bevölkerung erfüllt war, zu viel beitragen zu müssen. So erzwangen denn die bürgerlichen Parteien — Christlichsoziale und Großdeutsche —, gegen den Willen der Sozialdemokraten, die föderative Bundesverfassung. So vollständig wurde die Loslösung von Wien, daß Wien sogar aus dem Verbande des Landes Niederösterreich ausschied und ein eigenes Land wurde. Aber die Sozialdemokraten wußten diese ihnen auf-



gezwungene Selbständigkeit Wiens auszunützen! Dadurch, daß Wien ein Bundesland wurde, erlangte es auch das Recht der Gesetzgebung, vor allem das der Steuergesetzgebung. Und diese Möglichkeit, im Wiener Landtage die Steuern der Stadt Wien zu beschließen, schuf die Grundlage zu jener wahren Revolution auf dem Gebiete des Steuerwesens, die Voraussetzung so vieler großer, viel bewunderter Schöpfungsthaten des neuen Wien ist. Sie ist vor allem das Werk des Stadtrates Genossen Hugo Breitner, sie ist mit seinem Namen untrennbar verknüpft, und wer könnte also treffender als er selbst das Grundsätzliche dieser Steuerreform, das Sozialistische der neuen Wiener Finanzpolitik darlegen!



## Die Finanzpolitik.

Von Stadtrat Hugo Breitner.

Nach Beendigung des Weltkrieges haben die sozialen Kämpfe in ganz Europa eine vorher nie gekannte Schärfe angenommen. Das Ringen geht darum, wer die Kriegskosten bezahlen, welche Schichte in ihrer Lebenshaltung am stärksten Einbuße erleiden soll. Die russische Revolution hat den Großgrundbesitz und das reiche Bürgertum enteignet. Der Faschismus in Italien hat die Gewerkschaften zertrümmert und eine Diktatur der Bourgeoisie aufgerichtet. Die im Generalstreik gipfelnden sozialen Auseinandersetzungen in England, der Umsturz, der sich eben jetzt in Polen vollzogen hat, sie gelten schließlich immer wieder nur der Frage, welche Klasse durch die Verarmung, in die der Krieg Sieger und Besiegte gestürzt hat, zu Schaden kommen soll. In Deutschland sehen wir das groteske Schauspiel, daß man die Volkswirtschaft mit gewaltigen Entschädigungssummen für die Fürsten belasten will, damit diese sogar nach dem Verluste der politischen Macht ihre üppige Hofhaltung fortsetzen können! In Frankreich, Belgien, Spanien, Ungarn, auf dem Balkan: überall das gleiche Bild. Einmal geht der Zug mehr nach rechts. Die blutige Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen und des ganzen gewerkschaftlichen Lebens ist begleitet von Verlängerung der Arbeitszeit, Kürzung, ja gänzlicher Streichung der mühselig erungenen sozialen Schutzeinrichtungen. An anderen Stellen geht der Zug stärker nach links. Dann vermögen die Arbeiter und Angestellten den Reallohn der Vorkriegszeit halbwegs zu behaupten, da oder dort werden sogar erhebliche Verbesserungen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung erzielt.

Von diesen Kämpfen ist natürlich auch Oesterreich voll erfüllt. Das Bürgertum ist gänzlich unter die Macht des in- und ausländischen Bankkapitals geraten. Nie noch war dessen Einfluß so maßgebend wie jetzt. In der Genfer Kontrolle des Finanzkomitees prägt sich dies sinnfällig aus. Die Bürgerlichen haben die Mehrheit im Nationalrat. Sie benützen sie, um alle direkten, die Aktiengesellschaften, die Besitzenden treffenden Steuern unausgesetzt zu verringern, hingegen die indirekten Abgaben, vor allem die Warenumsatzsteuer, die Zölle, die Eisenbahntarife, die Erträgnisse der Post, des Salzmonopols immer wieder hinaufzuschrauben. In allen Landtagen bis auf Wien — Wien ist zugleich Gemeinde und Bundesland — herrschen bürgerliche Mehrheiten. Die Industriegemeinden und vor allem Wien aber sind in der Hand der Sozialdemokraten. Aus diesen Machtverhältnissen ergeben sich die Begrenzungen, die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der sozialistischen Pläne. Die unangenehme Lage wird noch unendlich durch die Tatsache verschärft, daß die Verwaltung Wiens nach den furchtbaren Leiden und Zerstörungen des Krieges übernommen werden mußte. Die Zerreißung des geschichtlich gewordenen Wirtschaftsgebietes, dessen Hauptstadt Wien einst war, hat die schwere Krise langdauernder Arbeitslosigkeit, die auch sonst in Europa zu beobachten ist, noch besonders verstärkt. Dabei muß aber jede Verlängerung der Ar-



beitslosenunterstützung der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrates unter den schwersten Zusammenstößen abgerungen werden. Die Verteidigung des Mieterschutzes, der überall sonst schon zum größten Teile verschwunden ist, vollzieht sich in erbitterten, aber bisher für die Sozialdemokratie siegreichen Kämpfen.

In Wien ist seit Jahren, seit die Sozialdemokraten die entschiedene Mehrheit erlangten, ein großes Programm des Aufbaues auf allen Gebieten der Verwaltung in voller Durchführung und steter Erweiterung. Es umfaßt die Reform des Schulwesens, weit ausgreifende Fürsorge, vor allem für die Jugend, Tuberkulosebekämpfung, Wohnbauten, Bäder, Gartenanlagen; Schulzahnkliniken, Kindergärten, Mutterberatungsstellen, Horte sind in reicher Zahl erstanden. Die städtischen Monopole — Straßenbahn und elektrifizierte Stadtbahn, Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserleitung — haben aufgehört, Instrumente der indirekten Besteuerung zu sein. Es werden nur die Selbstkosten gefordert. Die Preise für elektrisches Licht und elektrische Kraft sind nahezu halb so niedrig wie vor dem Kriege. Das Gas ist um 25 Prozent wohlfeiler geworden. Die Wiener zahlen die Hälfte dessen, was beispielsweise in Prag für einen Kubikmeter Gas entrichtet werden muß. Jeder Bewohner Wiens erhält 35 Liter Hochquellenwasser in monatlicher Durchrechnung vollkommen unentgeltlich. Eine so ausreichende Menge, daß in zwei Drittel der Wiener Häuser überhaupt keine Rechnung mehr gesendet wird. Unter den bürgerlichen Verwaltungen wurde von den nach Wien gebrachten Lebensmitteln eine Verzehrungssteuer eingehoben, die eine der großen Einnahmsquellen der Gemeinde durch Jahrzehnte gebildet hat. Sie ist von den Sozialdemokraten aufgehoben worden. Im Mietzins waren früher nicht weniger als 42 Prozent an öffentlichen Abgaben enthalten. Gleichmäßig für die dürftigste und für die glänzendste Wohnung. Jetzt gibt es eine Wohnbausteuer, die mit dem Dreihundertfachen des Friedenszinses bei den Kleinwohnungen der Arbeiterschaft beginnt und mit dem Sechstausendfachen bei den Palästen und Prunkvillen der Reichen endet. Der Ertrag muß, wie es schon der Name ausdrückt, ausschließlich für Schaffung von neuen Wohnungen verwendet werden.

Der Grundgedanke der Wiener Steuerpolitik zielt dahin ab, die Menschen bei ihren lebensnotwendigen Aufwendungen von Steuern soweit als nur möglich freizulassen. Die sinngemäße Ergänzung ist ein System von Abgaben, das den Luxus erfafßt. Bis zum Jahre 1919 ist der umgekehrte Weg gegangen worden. Es gab beispielsweise keine Automobilsteuer, aber jeder Benutzer der Straßenbahn war in Form des erzielten Reingewinnes Steuerzahler. Champagner war abgabefrei, dafür wurden aus dem Verkauf des Trinkwassers riesige Ueberschüsse geholt.

Es ist angesichts der grundlegenden Aenderung nicht weiter verwunderlich, daß der ganze wütende Haß der Besitzenden sich gegen die sozialdemokratische Wiener Gemeindeverwaltung kehrt. Im In- und Auslande wird gegen das rote Rathaus gehetzt. Die Kennzeichnung des sozialdemokratischen Regimes als bolschewistisch fehlt natürlich nicht in dem reichlichen Schimpfregister der kapitalistischen Presse. Wahr ist folgendes: Unbeirrt von all dem Geschrei der steuerscheuen besitzenden Klasse holen wir uns das zur Erfül-



lung der vielfachen Gemeindeaufgaben notwendige Geld dort, wo es sich wirklich befindet! Die Lage der Arbeiter und Angestellten und kleinen Geschäftsleute war in Oesterreich auch vor dem Kriege keine besonders rosig. Diese Schichten sind es gewesen, die im Kriege die härtesten Opfer an Leben und Gesundheit bringen mußten, die furchtbarsten Entbehrungen zu tragen hatten. Vor weiteren Opfern sollen sie bewahrt bleiben. Soweit dies eben nach einem verlorenen Weltkrieg, nach so tiefen Erschütterungen des ganzen europäischen Wirtschaftssystems und bei der so einschneidend zum Nachteil veränderten Lage Wiens überhaupt möglich ist. Wir legen diese Bürde bewußt und planmäßig den tragfähigeren Schultern auf. Darüber hinaus schaffen wir durch den Bau gesunden Wohnungen, durch eine ausgreifende soziale Fürsorge, durch ein neues, sorgfältigst reformiertes Schulwesen die Voraussetzungen zum körperlichen und geistigen Aufstiege des Proletariates. Das ist der Zweck und Sinn der von der Wiener sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung befolgten Steuerpolitik.

Wer die Ergebnisse sehen will, der besuche dieses Wien! Vor wenigen Jahren ist es das sterbende Wien genannt, als der Wasserkopf in diesem Staate bezeichnet worden. Der unvoreingenommene Betrachter wird zugeben müssen, daß dieses rote Wien keineswegs gewillt ist, auf seine Rolle im Leben der Völker zu verzichten. Diese einzige unter sozialistischer Verwaltung stehende Millionenstadt geht aller Not zu Trost neue Wege und bereitet die Bahn zum Endsieg der Arbeiterklasse.



## Steuerfjadismus?

„Steuerfjadismus!“ Das ist das Schmähwort, das die Wiener Christlichsozialen für die sozialdemokratische Steuerpolitik erfunden haben. „Steuerfjadismus!“ Der Chor der Kapitalisten und ihrer Söldlinge wird nicht müde, dieses Wort zu wiederholen, das die Finanzpolitik der neuen Rathausmehrheit charakterisieren soll und doch nur bezeichnend ist für die, die es im Munde führen. Denn es ist Ausdruck des Jammers der Besitzenden darüber, daß jetzt vor allem *s i e* zu Steuerleistungen für die Gemeinde herangezogen werden, während früher, da sie die Gemeinde beherrschten, alle Steuern auf die Armen, auf die Arbeitenden abgewälzt wurden. Wer sprach damals vom „Steuerfjadismus“, als die Massen fast alle Steuern trugen, die Besitzenden aber so wenig, daß sie diese Last überhaupt nicht fühlten? Wohl seufzten die Armen unter dieser Last, aber sie wußten meist nur von einem Druck der Teuerung, denn die meisten Gemeindesteuern der Vorkriegszeit waren *i n d i r e k t e* Steuern, kamen also dem Großteil der Bevölkerung kaum als Steuern zum Bewußtsein. Daß manches, was jetzt zur Selbstverständlichkeit geworden ist, wie Gas und elektrisches Licht, den Arbeitern als unerreichbarer Luxus erschien, berührte die christlichsozialen Rathshausherren nicht. Nicht wahr, ein gewisser Abstand zwischen der Lebenshaltung des Bürgers und der des Proletariers gehört doch zur gesellschaftlichen Ordnung? Und für die Klagen der Notleidenden waren diejenigen taub, die auch die Not, von der sie selber nie berührt wurden, als eine göttliche Einrichtung ansahen. Dafür waren sie doch Christen! Sie empfanden erst dann das Steuerzahlen als etwas Schmerzliches, als sie selber von diesem Zwang getroffen wurden. Um so quälender empfanden sie diesen Schmerz, als sie ihn früher überhaupt nicht gekannt hatten. Und da ist es kein Wunder, daß sie sich den führenden Finanzpolitiker der sozialdemokratischen Gemeindemehrheit, den Genossen Breitner, als einen Menschen mit wahrhaft teuflischen Gelüsten vorstellen, dem es unsägliche Freude bereitet, den armen Reichen so arge Steuer Schmerzen zu bereiten.

Ihre Klagen haben die Christlichsozialen auch ins Ausland getragen und dort erzählt, die Wiener Bevölkerung sei übersteuert (der Christlichsoziale Kunschak hat ausgerechnet, daß auf den Kopf des Wieners jährlich 1,309.093 Kronen Steuern entfallen) und Wien sei — wegen der Fremdenzimmerabgabe, der Steuer auf Speisen und Getränke und wegen der Vergnügungssteuern — eine teure Stadt geworden.

Nun, die Gesamtsumme der Gemeindecinnahmen ist ungefähr die gleiche wie vor dem Kriege. Sie betrug nach dem Voranschlage für 1913 insgesamt 157,815.747 Goldkronen, nach dem Voranschlage für 1925 150,616.798. Von einer *M e h r*besteuerung durch die Gemeinde kann also keine Rede sein. Aber die Lasten *v e r t e i l u n g* ist eine ganz andere geworden — und das erweckte den Zorn der Besitzenden! Es ist richtig, daß auf den Kopf soviel Steuerkronen fallen, wie Herr Kunschak ausgerechnet hat. Aber es gibt Wiener Steuerzahler, die den auf hunderte oder gleich tausende entfallenden Steueranteil tragen müssen — das sind die über den „Steuerfjadismus“ Schimpfenden — und viele tausend, die nur sehr wenig



zahlen müssen, also weit unter dem auf den „Kopf“ entfallenden Steueranteil bleiben.

Ein paar Beispiele zur Kennzeichnung des Breitnerschen Steuersystems:

Das Länderwettspiel Wien-Tschechoslowakei, das im März 1926 stattfand, brachte der Gemeinde Wien an Lustbarkeitssteuer den Betrag von 22.846 Schilling (109.000 tschechische Kronen), ungefähr soviel, wie die Betriebskosten der Wärmestuben für ein Jahr erfordern. — Die Lustbarkeitsabgabe von Zirkus- und Varietee-Vorstellungen ergibt eine Jahreseinnahme von viereinhalb Millionen tschechischen Kronen. — Die Familie Rothschild zahlt an Hauspersonal-, Kraftwagenabgabe- und Wohnbausteuer sowie an Fürsorgeabgabe vom Geschäftsbetrieb jährlich 7875 Millionen österreichische Kronen (6016mal die Kopfquote!).

Diese Beispiele kennzeichnen tatsächlich das System: besteuert werden die Reichen, besteuert wird der Luxus, wird der Ueberfluß, das nicht Lebensnotwendige!

Früher war es anders, war es genau umgekehrt. Die Wiener Gemeindesteuern waren vor dem Kriege in der Hauptsache folgende: Zuschläge zum Mietzins, die ja auch bei uns noch einen wesentlichen Bestandteil des Steuersystems bilden, dann die Verzehrungssteuer auf Fleisch, Besteuerung des Alkohols, Reingewinne der städtischen Betriebe. Also Steuern, die von den Armen getragen wurden! Sie zahlten Steuer, indem sie teureres Fleisch kauften, zahlten sie mit jeder Straßenbahnkarte, zahlten mit jeder Krone Mietzins 42 Heller Steuer! — Jetzt gibt es keine Mietsteuer mehr. Die Stadt hätte wohl das Recht, sie einzubeheben, aber sie macht keinen Gebrauch davon. Es gibt auch keine Verzehrungssteuer mehr. Und die städtischen Unternehmungen führen keine Reingewinne mehr ab, weil sie nicht als gewinnbringende Unternehmungen geführt werden, sondern eine viel schönere Aufgabe zugewiesen erhielten: der Bevölkerung billiges Gas und billigen elektrischen Strom zu liefern und ihr billiges Fahren auf der Straßenbahn zu ermöglichen. Vor dem Kriege kostete in Wien ein Kubikmeter Gas 17 Goldheller; dazu kam noch die Gasmesserrente. Heute beträgt der Gaspreis in Wien 19 Groschen oder 13.57 Goldheller. Da ist schon die Wasserkraftabgabe und die staatliche Warenumsatzsteuer mit eingerechnet! Das Gas ist also um 28.5 Prozent billiger als in der Zeit der Herrschaft der Christlichsozialen. Es ist auch billiger als in allen Großstädten Europas. In Prag ist es genau doppelt so teuer! Dafür ist aber auch die Zahl der Gasabnehmer von 211.815 im Jahre 1913 auf 355.704 im März des Jahres 1926 gestiegen. — Auch der Preis des elektrischen Stromes ist billiger als in allen anderen Großstädten. Die Hektowattstunde Licht hat im Frieden 7 Goldheller gekostet. Sie kostet jetzt einschließlich Wasserkraftabgabe und Warenumsatzsteuer 3.61 Goldheller! Der Erfolg: Die Zahl der Anlagen stieg von 92.500 im Jahre 1913 auf 462.528 im März dieses Jahres. — Der „Wasserheller“ wurde abgeschafft. Die Bevölkerung bekommt Trink- und Kochwasser umsonst. Sie erspart allein beim Wasser 131 Milliarden Kronen jährlich! — Der Durchschnittsfahrpreis auf der Straßenbahn betrug im Jahre 1913, in der Zeit der christlichsozialen Herrschaft, 17 Goldheller, er beträgt jetzt 13.88 Goldheller.



Die sozialdemokratische Gemeindemehrheit, die bei ihrem Amtsantritte völlig geleerte Kassen vorfand, und nicht gewillt war, die bisherige Ausbeutung der Konsumenten und Mieter fortzusetzen, mußte ein ganz neues Steuersystem schaffen. Es besteht nun, da es vollständig ausgebaut ist, aus folgenden Abgaben: Luxussteuern, und zwar Lustbarkeitssteuer für Vergnügungen aller Art, 10 bis 50 Prozent betragen, am härtesten die Veranstaltung von Rennen, Box- und Ringwettkämpfen treffend (Ertrag für 1926 mit 12 Millionen Schilling veranschlagt), — Abgabe von Speisen und Getränken in Luxuslokalen (mit 13 Millionen Schilling veranschlagt), Kraftwagenabgabe (Lastwagen und Motorräder sind frei, im Gegensatz zum christlichsozial verwalteten Lande Niederösterreich) (mit 4.5 Millionen Schilling veranschlagt), — Hauspersonalaabgabe, erst bei der zweiten Hausgehilfin beginnend, und männliches Dienpersonal höher besteuern als weibliches (mit 2.5 Millionen Schilling veranschlagt), — Pferdeabgabe, Hundeabgabe (die aber nur die Kosten der sanitätsbehördlich vorgeschriebenen Registrierung der Hunde einbringt), — ferner Betriebs- und Verkehrssteuern, und zwar Fürsorgeabgabe, die  $4\frac{1}{10}$  Prozent der ausgezahlten Lohnsummen beträgt, bei Banken  $8\frac{1}{2}$  Prozent, und auf den Lohnempfänger nicht überwält werden darf (mit 66 Millionen Schilling veranschlagt) — die Konzessionsabgabe, die Plakatabgabe, die Anzeigenabgabe (die die „Neue Freie Presse“ und „Neues Wiener Tagblatt“ zur Abfuhr ansehnlicher Summen aus ihren Inseratenplantagen zwingt), die Abgabe von freiwilligen Feilbietungen, die Fremdenzimmerabgabe, die Kanzlei- und Augenscheintaren, den Feuerwehrbeitrag, der von allen gegen Feuergefahr Versicherten zu tragen ist und der natürlich die Kosten des städtischen Feuerlöschwesens nicht annähernd deckt, die Wasserkraftabgabe, die beim Gasbezug  $1\frac{1}{2}$  Prozent und beim Bezug elektrischen Stromes vier Prozent beträgt, zeitlich begrenzt ist und ausschließlich zur Schaffung der großen Wasserkraftwerke diente, — und endlich die unbeträchtliche Bodensteuer, die Wertzuwachssteuer (mit 6 Millionen Schilling veranschlagt), die von großer grundsätzlicher Bedeutung ist, und die Wohnbausteuer, die ausschließlich für die Errichtung von Wohnhäusern bestimmt ist und zu der alle Inhaber von Wohnungen beitragen müssen. Sie ist aber gestaffelt und so niedrig bemessen für die Inhaber kleiner Wohnungen, daß sie, da die Wohnungsmieten keine Belastung des Mieters bilden, unschwer getragen werden können. Sie beträgt bei Kleinwohnungen, die vor dem Kriege allein jährlich 151 Goldkronen 20 Heller an Mietsteuern ergaben, jährlich 10 Schilling 80 Groschen, das sind ungefähr 50 tschechische Kronen. Der Ertrag der Wohnbausteuer ist für 1926 mit 34,115.000 Schilling veranschlagt.

Zu diesen Gemeindeabgaben kommen noch die vom Staate allen Ländern, also auch der Gemeinde Wien überwiesenen Beträge, wät denen die Stadt an dem Erträgnis einiger Bundessteuern beteiligt ist, die Verzinsung städtischer Bargeldbestände und die Gewinnanteile jener Unternehmungen, an denen die Stadt als Aktionärin beteiligt ist.

Es ist keine Uebertreibung, zu behaupten, daß das Steuersystem von Grund



auf geändert ist, daß es auf Prinzipien ruht, die denen der früheren christlich-sozialen Mehrheit schroff entgegengesetzt sind, daß die sozialdemokratische Gemeindemehrheit bemüht ist, die Besitzlosen zu schonen und die Besitzenden heranzuziehen zur Deckung der Kosten nicht nur der Stadtverwaltung, sondern auch der *sozialen Aufgaben*, welche die Gemeinde übernommen hat. Deswegen, weil sie durch ihre Bodenpolitik die Grundspekulanten geradezu enteignet hat, — deswegen, weil der einst in Wien allmächtige und das ganze kommunale Leben bestimmende Hausherr heute nichts mehr bedeutet, weil im Mittelpunkt der sozialistischen Gemeindepolitik der arme und arbeitende Mensch steht, — deswegen der Wuttschrei der Bourgeoisie über Breitners „Steuerfädismus“! Aber da es einen Steuer-„Masochismus“ der Besitzenden leider nicht gibt, also nicht mit der freudigen freiwilligen Besteuerung der ihre Stadt so überaus liebenden Reichen zu den großen Aufgaben der Gemeinde zu rechnen ist, so ist der „Steuerfädismus“ der Sozialdemokraten, ist der harte Zugriff zu den Kassen der Reichen unvermeidlich.

O, man hört darüber klagen, daß der „Fortschritt“ besteuert werde — mit dieser Klage ist die Kraftwagenabgabe gemeint — und daß das bishigen Vergnügen, das die Menschen der Nachkriegszeit noch haben, besteuert wird — ja, daß sogar die Entwicklung der Kunst und ihr Eindringen in die Masse des Volkes durch die Steuern gehindert werde! Nun, das Automobil ist gewiß nicht bloß als Luxusgegenstand anzusehen, sondern vor allem als modernes Verkehrsmittel. Aber die Anschaffung von Automobilen und ihre Erhaltung ist noch immer sehr teuer, so teuer, daß die Steuer für denjenigen, der sich einen Kraftwagen kaufen kann, keine besondere Rolle mehr spielt. Jedenfalls werden Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleingewerbetreibende durch diese Steuer nicht belastet!

Sie werden auch nicht bedrückt durch die Speisen- und Getränke-Abgabe, denn die große Mehrzahl der Wiener Gastwirtschaften und Kaffeehäuser, diejenigen, die von den arbeitenden Menschen aufgesucht werden, sind steuerfrei.

Aber die Vergnügungssteuern! Die Besteuerung der Kunst! Nun, das christlichsozial geleitete Reich verteuert das *Mehl* und das *Brot* durch eine achtprozentige Warenumsatzsteuer, — sind nicht *zehn Prozent* Steuern für Schauspiel- und Opernaufführungen erträglicher? Gewiß, wir wollen, daß die Arbeiter ins Theater gehen können, — aber wichtiger noch ist für sie die gesunde Wohnung, wichtiger ist Fürsorge für Arbeiterkinder. Die zehn Prozent Steuer verteuern den Theaterbesuch übrigens nicht so sehr, daß der Arbeiter oder Beamte, sofern er einmal ein solches Vergnügen in Erwägung ziehen kann, durch diese Erhöhung daran gehindert würde. Wer aber als Zuschauer an Pferderennen und Box- und Ringwettkämpfen teilnehmen will, — nun, der drängt sich damit nicht zu einer künstlerischen oder kulturellen Veranstaltung, der kann, wenn er schon bei einem Luxus-Vergnügen dabei sein zu müssen glaubt, auch die 50 Prozent Steuer mit tragen, die die Gemeinde auf die Eintrittspreise aufschlägt.

Aber es gibt nicht nur bürgerliche, es gibt auch kommunistische Kritiker der sozialdemokratischen Steuerpolitik. Mit jener schlichten Sachlichkeit, welche die Kommunisten auszeichnet, hat gelegentlich des Besuches unserer



Genossen in Wien das dort erscheinende „Rote Fähnchen“ behauptet, daß den Großteil der Wiener Gemeindesteuern die Arbeiter aufbringen müssen, ja, daß im Grunde genommen die Arbeiter die Träger aller Steuern, auch der sogenannten Luxussteuern, sind. Die erste Behauptung ist ganz willkürlich und wider besseres Wissen aufgestellt, um so wahrer ist aber die zweite. Denn selbstverständlich zahlt in der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeiter jede Steuer, auch die Champagnersteuer und die Hausgehilfensteuer und die Automobilsteuer seines Ausbeuters. Aber da die Wiener Arbeiter bisher in ihrer Stadt den Kapitalismus noch nicht beseitigen konnten, was ja auch den russischen Kommunisten noch nicht ganz gelungen sein soll, so ist es immer noch besser, sie zwingen dem Kapitalisten solche Steuern auf, wie es die jetzt genannten sind, und nehmen ihm damit einen Teil des den Arbeitern abgenommenen Mehrwertes wieder ab, als daß sie gestatten, daß dem Bürgertum sein Profit ungeschmälert verbleibe und alle Steuerlast dem Proletariat aufgebürdet werde, sein geringes Einkommen noch mehr verringern. Andere Möglichkeiten als diese zwei gibt es nicht. Die Wiener Sozialdemokratie hat die für die Arbeiter günstigere gewählt.

Die Wiener sozialdemokratische Steuerpolitik hat unter den Sozialisten der ganzen Welt Bewunderung erweckt. Sie ist vorbildliche sozialistische Steuerpolitik. Aber sie kann leider für unsere Gemeindepolitik nur in sehr bescheidenen Grenzen vorbildlich sein. Denn Wien ist zugleich österreichisches Bundesland und der Wiener Gemeinderat kann als Landtag eigene Steuergesetze beschließen, sofern nicht dadurch Bundesgesetze berührt werden. Wir haben nur Kleinstädte, die Steuerautonomie unserer Gemeinden ist eine sehr beschränkte. Wir können also in unseren Gemeinden nicht das Wiener Beispiel nachahmen. Aber nirgends kann man ausländische Beispiele einfach kopieren. Daß sie den westeuropäischen Arbeitern trotz ganz anderer wirtschaftlicher und politischer Machtverhältnisse zumuten, die bolschewistische Revolution zu kopieren, gerade das machen wir den Kommunisten zum Vorwurf. Wir können unter den derzeitigen Verhältnissen nur wenig von dem praktisch verwerten, was wir in Wien an sozialistischer Gemeindearbeit gesehen haben. Und doch bleibt Wien ein wunderbares Beispiel. Ein herrliches Beispiel dafür, daß die sozialdemokratischen Steuergrundsätze: Entlastung der Armen, Belastung der Besitzenden, durchführbar sind, durchführbar dort, wo die Sozialdemokratie zur Macht gelangt!



## Soziale Fürsorge.

Das organische Kapital einer Gemeinschaft ist die in dieser Gemeinschaft lebende Menschheit. Dieses Kapital ist zu verwalten genau so wie man die übrigen Werte, welche diese Gemeinschaft besitzt, gleichgültig, ob dieselben kultureller oder materieller Art sind. Getragen muß diese Verwaltung werden vom Geiste sozialer Bevölkerungspolitik. Das Instrument für diese Verwaltung ist die Wohlfahrtspflege. Ihr wichtigster Abschnitt ist die Fürsorge. Fürsorger und Befürsorgte stehen zueinander in einem Rechts- und Pflichtverhältnis. Der Fürsorger ist der Mandatar der Gesellschaft und ihr Verantwortlicher. Er übernimmt die Pflicht der Fürsorge. Der zu Befürsorgende ist Mitglied der Gesellschaft. Er hat das Recht auf Fürsorge. Der wichtigste Zweig der Fürsorge ist die Jugendfürsorge. Ihre Grundlage ist die generative Ethik. Eine Generation erfüllt ihre Aufgabe nur dann, wenn sie für die nächste sorgt. Daher ist jeder verpflichtet, Jugendfürsorge in allen Richtungen zu betreiben. Der Kampf um die Ideale, der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus wird sinnlos, wenn nicht für jene gesorgt ist, welche diesen Kampf zu übernehmen, fortzuführen und siegreich zu beenden imstande sind.

Prof. Dr. Julius Fandler.

Die sozialistische Gemeindemehrheit Wiens hat die städtische Fürsorge überhaupt erst geschaffen. Unter christlichsozialer Herrschaft gab es keine Fürsorge, sondern nur Wohltätigkeit. Weder das Kind noch der Kranke oder alte Mensch hatte ein Recht auf Fürsorge; er konnte nur Gnaden heischen.

Das entsprach ganz der christlichen Anschauung von der Rolle des Wohlthuns: Wer Besitz hat, soll den Armen spenden. Von einem Rechte jedes Menschen, daß die Gesellschaft ihm das Leben ermögliche, weiß das Christentum nichts, denn es kennt die Gesellschaft nicht. — Das entsprach aber auch ganz den Anschauungen der den alten Wiener Gemeinderat beherrschenden Hausherren, die auf alle armen Menschen wie überhaupt auf alle, die nicht Hausbesitz hatten, voll Verachtung herabsahen, sich aber doch geehrt fühlten, wenn sie als „Armenväter“ von den Bittstellern umschmeichelt und demütig umfroschen wurden. Sie „schenkten“ nicht eigenen Besitz weg, sondern gaben aus den Mitteln der Gemeinde, aber sie selber fühlten sich als „christliche Wohlthäter“.

Und natürlich lag in dieser ganzen Wohltäterei ein bestimmter Plan. Es galt, in den Armen das Gefühl der Demut und Unterwürfigkeit zu züchten. Wer Gnaden empfängt, muß sich ihrer würdig erweisen! Er mußte zuallermindest christlichsozial wählen! Der Gedanke an soziale Rechte konnte in den so Beschenkten gar nicht lebendig werden.

Die sozialdemokratisch verwaltete Gemeinde Wien schenkt niemandem etwas und teilt keine Gnaden aus. Sie befürsorgt die der Fürsorge Bedürftigen. Sie hat keine „Armenväter“ mehr, sondern Fürsorger. Der Fürsorger teilt keine Gnaden aus, er ist kein „Gnäd' Herr“ mehr, sondern ein ehrenamtlicher Funktionär der Gemeinde, zu dem der Fürsorgeheischende in einem Rechtsverhältnisse steht. Selbstverständ-



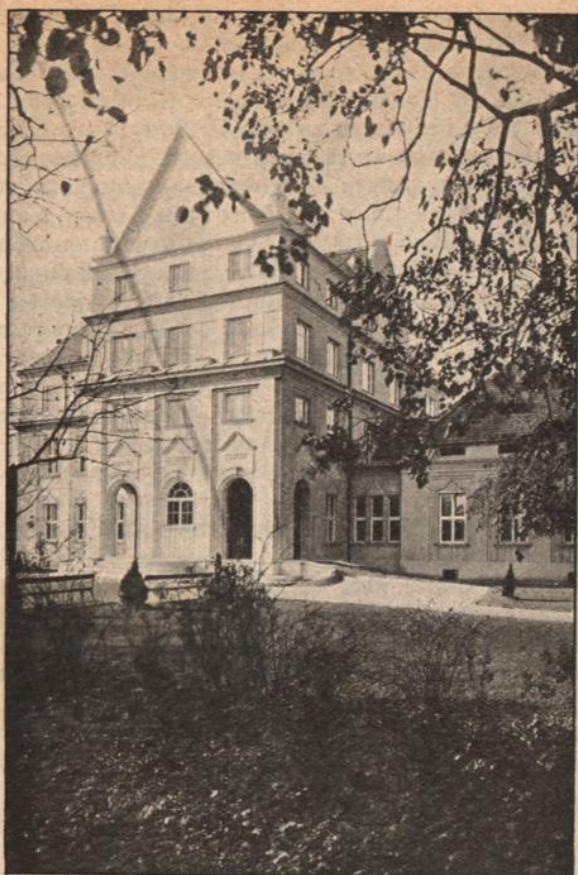
lich erfolgt die Fürsorge nicht wahllos und bedenkenlos, sondern nach dem Grade der anulich festgestellten Bedürftigkeit. Anders verfahren, hiesse das Gemeindegeld, das Geld der Gesamtheit, vergeuden. In Wien sind ungefähr 5000 ehrenamtlich bestellte Fürsorgeräte tätig, die in eigenen Kursen für ihre Aufgaben geschult werden.

Die Fürsorge beginnt beim Kinde, ja sie beginnt eigentlich schon beim Embryo. Und käme es auf den Willen der Gemeinde an, so begänne sie schon bei den Eltern. Hier ist nun freilich nichts anderes möglich als gesundheitliche Beratung jener Menschen, welche soziales Verantwortungsbewusstsein genug haben, sich vor der Eheschließung in der Eheberatungsstelle der Gemeinde untersuchen und belehren zu lassen, ob sie zur Zeugung gesunder Kinder tauglich sind. Die Zahl der Menschen, welche die Eheberatungsstelle aufsuchen, ist in stetem Steigen begriffen.

Aber beim Embryo kann nun wirkliche Fürsorge einsetzen. Die Gemeinde hat eine umfassende Mutterhilfe organisiert. Fünfzehn Mutterberatungsstellen hat sie eingerichtet, deren Besuch mittellosen Frauen durch die Ausgabe von Freifahrtscheinen der Straßenbahn erleichtert wird. Jede Frau, welche sich dort in den ersten vier Monaten der Schwangerschaft untersuchen läßt, erhält, falls sie gesund ist, eine Bescheinigung darüber, falls sie krank ist, eine Behandlungsanweisung. Durch diese Maßnahme soll vor allem die Erbsyphilis bekämpft werden. Die Mutter, die nach der Geburt mit dem Behandlungsschein oder mit dem Gesundheitsschein vor spricht, erhält von der Gemeinde eine Geldaushilfe. Das Kind aber wird weiter befürsorgt.

Jedes in Wien geborene Kind! In der Tschechoslowakei, wo ja die soziale Fürsorge für Kinder überhaupt noch kaum als Aufgabe der Gesamtheit erkannt ist und gerne der privaten Wohltätigkeit überlassen wird, ist man nicht so weitherzig. Hier müssen schon hilfsbedürftige Kinder darunter leiden, daß sie nicht Staatsbürger sind! — In Wien werden alle Geburten dem Zentraljugendamt gemeldet und dieses veranlaßt auf dem Wege über die Bezirksjugendämter die Distriktsfürsorgerinnen, deren es 180 hauptberuflich angestellte gibt, zur Nachfrage und Nachforschung bei den Müttern. Ist die Mutter in solchen Verhältnissen, daß man keine Sorge um das Kind zu haben braucht, dann ist mit dieser Feststellung die Aufgabe der Fürsorgerin erledigt. In allen anderen Fällen hat sie mit Rat und Tat beizustehen. Das gilt auch für die Geburten in Entbindungsanstalten und Kliniken. Die Fürsorge für die Neugeborenen ist natürlich sehr mannigfaltig. Womöglich wird selbstverständlich das Kind bei der Mutter belassen und die Mutter bekommt, sofern sich das als notwendig erweist, Wäsche, Nahrungsmittel oder auch Geld als Erziehungsbeitrag. Kann das Kind aus irgendeinem Grunde nicht bei der Mutter verbleiben, so wird es in die Kinderübernahmestelle gebracht, wo alle Kinder vor Uebergabe in eine Anstalt oder in Privatpflege abgegeben werden müssen und wo nach gründlicher Untersuchung und Beobachtung über die weitere Art der Fürsorge entschieden wird. Das Jugendamt hat auch die Generalvormundschaft über alle unehelich geborenen Kinder und hat als solche die Pflicht, für die Eintreibung der Alimente zu sorgen. Es hat ungefähr 15.000 Mündeln.





Bezirksjugendamt in Floridsdorf.

An die Stelle des einstigen Findelhauses, das nur die unehelich geborenen Kinder übernahm, ist das Zentralkindenheim getreten, zu welchem jede Mutter ihre Zuflucht nehmen kann, um für sich und das Kind oder nur für das Kind allein Hilfe zu suchen.

Alle Kinder, welche von der Gemeinde in Privatpflege oder in eine Anstalt abgegeben werden, alle Kinder, welche entweder der elterlichen Erziehung entzogen werden müssen, Kinder, die verwahrlost sind, vielleicht auf der Straße aufgegriffen werden, — sie alle kommen in die Kinderübernahmestelle, welche in einem eigens für diesen besonderen Zweck mit einem Aufwande von 32 Milliarden österreichischen Kronen erbauten Gebäude untergebracht ist. Sie beobachtet die Kinder und entscheidet über ihre Unterbringung bei Pflegeeltern, in Waisenhäusern oder in besonderen Anstalten. Die Kinderübernahmestelle, äußerst zweckmäßig und mit Berück-



sichtigung aller Gebote der Hygiene gebaut, ist eine Lebenswürdigkeit, die allein schon eine Reise nach Wien lohnen würde.

Mit der Uebergabe in Privatpflege, die erst nach genauester Prüfung der Pflegeeltern erfolgt, ist die Fürsorgepflicht der Gemeinde nicht erschöpft. Der Fürsorgerat des Distriktes, in welchem die Pflegeeltern leben, hat nun die Pflicht, sich um das Kind zu kümmern und die Pflegeeltern müssen das Kind allmonatlich bei der nächsten Mutterberatungsstelle untersuchen lassen.

Von der gesundheitlichen Ueberwachung der Schulkinder und von den Schulzahnkliniken wird an anderer Stelle erzählt werden. Auch die Schulkinder stehen unter Beobachtung der Fürsorgerinnen. — Bleibt noch zu erwähnen die Fürsorge für die Kleinkinder. Die Gemeinde hat die Mehrzahl der Kindergärten, die aus früherer Zeit stammten, in sogenannte Volkskindergärten umgewandelt, welche die Kinder von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends beherbergen, so daß also arbeitende Mütter ihre Kleinen während der ganzen Zeit, da sie ihrem Beruf nachgehen, versorgt wissen. Die Zahl der Kindergärten wird ständig vermehrt. Im heurigen Jahre allein werden 37 neue Kindergärten mit hundert Abteilungen eröffnet werden! Die Kinder werden von Kindergärtnerinnen betreut, die in einer eigenen zwei Jahrgänge umfassenden Schule herangebildet werden. Die Kinder werden nicht nur betreut und erzogen, sondern auch verköstigt. Arme erhalten das Essen unentgeltlich. — Für die Schulkinder erhält die Gemeinde 20 Horte und 30 Tagesheimstätten. Ihre Zahl wird vermehrt werden. Die Gemeinde schafft auch immer mehr



Kindergarten auf dem Waldmüllerplatz.



Spielplätze, Kinderbäder und Kindereislaufplätze. In den letzten Jahren wurden jährlich rund 25.000 Schulkinder während der Ferien aufs Land geschickt. Auch dieser Zweig der Fürsorge wird ausgebaut werden, bis jedes Kind im Sommer entweder Landaufenthalt oder doch wenigstens Aufenthalt in einer der im Freien liegenden Tagesheimstätten genießen kann.

Für schwer erziehbare Kinder gibt es besondere Anstalten, eine für Knaben in Eggenburg, eine für Mädchen in Weinzierl. Das sind nicht jene „Besserungsanstalten“, mit denen früher so oft die Kinder geschreckt wurden, die von ihnen gehaßt und gefürchtet wurden, — das sind moderne pädagogische Anstalten, in denen es keine Uniformen mehr gibt, keine Aufseher, sondern psychologisch geschulte Erzieher und Erzieherinnen. Das Ziel ist: die Kinder so zu leiten, daß sie mit erreichtem achtzehnten Lebensjahre der Gesellschaft als vollwertige Mitglieder zugeführt werden können.

Die Gemeinde befürsorgt also die Kinder vom Tage der Geburt an bis zum Eintritt in das Erwachsenenalter. Freilich kann auch diese umfassende Fürsorge noch nicht alles Kinderleid bannen, nicht alle Kindertränen trocknen, nicht alle Sorgenlast von den Eltern nehmen, — das wird erst in einer neuorganisierten Gesellschaft möglich sein. Aber es geschieht, was derzeit möglich ist, — die Grundlagen für dereinstige volle gesellschaftliche Fürsorge für alle Kinder sind geschaffen.

Und nun zur Erwachsenenfürsorge! Die Gemeinde leistet vor allem beste, weil produktive Arbeitslosenfürsorge durch ihre gewaltigen Wohnbauten, ferner durch die Straßen- und Brückenbauten. Sie trägt vier Prozent der Kosten der Arbeitslosenversicherung, sie muß aber natürlich auch in unzähligen Fällen Menschen, die in Not geraten sind, vor dem Untergang bewahren. Sie gibt Erhaltungsbeiträge (an mehr als 30.000 Personen), Mietzinsaushilfen, Geldaushilfen, Sachaushilfen, Krankenbeihilfe. — Die geschlossene Fürsorge umfaßt in zwölf Heimen 11.000 Menschen. Der Altersversorgung wird nun nicht mehr bloß die privilegierte Schicht der verarmten „Bürger“ teilhaftig, sondern auch der gewöhnliche Sterbliche. Die Gemeinde ist auch bemüht, den Alten das Leben in den Heimen schön zu gestalten. Die Sterblichkeit konnte unter das in der Vorkriegszeit beobachtete Maß herabgedrückt werden.

Neben den staatlichen Krankenhäusern gibt es in Wien ein großes muster-gültiges städtisches Krankenhaus mit 1000 Betten. Die Gemeinde übernahm auch bereits eine Anzahl Kinderspitäler, die bisher von Stiftungen und Vereinen erhalten wurden. — Sie hat auch die Wärmestuben, eine private Gründung, in ihre Verwaltung übernommen.

Besondere Sorgfalt wendet die Gemeinde der Tuberkulosebekämpfung zu. Tuberkulosebekämpfung ist ja auch schon die Jugendfürsorge, Tuberkulosebekämpfung ist auch der Massenbau gesunder Wohnungen. Das Geld, das für diese Bauten ausgegeben wird, wird später an Kosten der Krankenbehandlung erspart werden. Aber mit dieser Vorbeugung, die ja auch erst einen Bruchteil der Wiener Arbeiter erfaßt, wäre natürlich zu wenig getan. Die Gemeinde gibt denn auch jährlich rund 40 Milliarden Kronen für die Tuberkulosebekämpfung aus.



Es gab im „Christlichen“ Wien 450 Betten für Tuberkulose. Jetzt gibt es 2400. In diesem Jahre wird neuerlich für 100 Betten gesorgt. Tuberkulosebekämpfung darf nicht erst bei ernstlich Erkrankten einsetzen. Nicht minder wichtig ist die Beratung. In jedem Bezirke gibt es eine jedermann zugängliche Fürsorgestelle, wo Kranke oder sich Krankwählende untersucht werden. Fürsorgerinnen stellen in den Wohnungen Erhebungen an. Der Arzt entscheidet, ob Spitalaufenthalt oder häusliche Pflege angebracht ist. Die Kranken und ihre Umgebung werden durch die Fürsorgeschwester über das richtige Verhalten des Kranken und der Umgebung dem Kranken gegenüber aufgeklärt. Die ärztliche Anweisung führt den Kranken zur Bettzentrale, dort wird nach neuerlicher Untersuchung endgültig über die Unterbringung des Kranken entschieden. Der Aufenthalt in den Heilanstalten — es ist auch Unterbringung Kranker in Italien möglich — wird natürlich durch den Grad der Erkrankung, durch die Behandlungsnotwendigkeiten bestimmt. Die Gemeinde hat jährlich mindestens 10.000 Patienten zu versorgen. Die Heilerfolge sind befriedigend. Freilich machen die wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja die eigentliche Ursache der in Wien so überaus häufigen Tuberkulose sind, manchen Heilerfolg wieder zu nichte. Aber das wirtschaftliche Elend der Arbeiter kann nicht durch die sozialistische Gemeindeverwaltung beseitigt werden.

Als Werke der sozialen Fürsorge, weil der Erhaltung der Volksgesundheit dienend, können auch die von der Gemeinde geschaffenen Bäder bezeichnet werden, vor allem das im Sommer 1926 vollendete Amalien-Bad im zehnten Bezirke, einem Arbeiterwohnbezirk. Es ist das größte Bad Europas, das zugleich von 1250 Personen benützt werden kann. Die Schwimmhalle ist 33.33 Meter lang und 12.5 Meter breit.

Die sozialdemokratische Gemeindegewalt hat schon Segensreiches auf dem Gebiete des Fürsorgewesens geleistet, sie wird noch mehr tun, sie wird ihr Fürsorgewesen noch nach allen Richtungen hin ausbauen. Wie großzügig sie diese Arbeit aufgebaut hat, zeigt die Organisation des Fürsorgewesens, die Zusammenfassung aller seiner Zweige in einem eigenen städtischen Wohlfahrtsamte, an dessen Spitze ein amtsführender Stadtrat steht, der bekannte Genosse Professor Dr. Tandler. Er ist der Schöpfer vieler der hier geschilderten Einrichtungen und seine Vertrauensstellung mit der Leitung dieser wichtigen Funktion gibt die Gewähr, daß dieses stolze Gebäude sozialer Fürsorge immer weiter ausgebaut werden wird.





Der Viktor-Adler-Hof.

## Das Wiener Wohnungsproblem.

Vom amtsführenden Stadtrat Anton Weber.

Das Wiener Wohnungsproblem war schon vor dem Kriege sprichwörtlich. Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat durch Jahrzehnte die Grund- und Baupekulanten hemmungslos wirtschaften lassen. Die Folge war eine furchtbare Verteuerung der Wohnungen, die naturgemäß vor allem die arbeitenden Schichten hart traf. Der Arbeiter und Angestellte mußte einen vollen Wochenlohn für die Monatsmiete ausgeben. Die maßlos in die Höhe getriebenen Grundpreise bedingten eine Ausnützung des Baugrundes, die aller Hygiene und Wohnkultur Hohn sprach. Wien hatte teure und schlechte Wohnungen. Die weitere Folge dieser kapitalistischen Wohnungspolitik war das Halten von Untermietern und Bettgebern. Die Wohnungen des Proletariates wurden zu Massenquartieren.

Der Mieterschutz hat nun in Wien vollständig neue Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt geschaffen. Heute ist dank der sozialdemokratischen Stadtverwaltung an die Stelle der kapitalistischen die öffentliche Wohnbautätigkeit getreten. Die Gemeinde Wien hat das bekannte fünfundsiebenzigtausend Wohnungen umfassende Bauprogramm im Jahre 1923 beschlossen, das im Jahre 1927 durchgeführt sein wird. Aber schon jetzt wurde der Bau von weiteren fünftausend Wohnungen beschlossen. Es sind andere Wohnungen,



die von der Gemeinde Wien erbaut werden. Sie unterscheiden sich vorteilhaft von den Mietkasernen der kapitalistischen Bauweise. Alle Wohnungen sind licht, modern eingerichtet, die Wohnbauten mit zahlreichen Gemeinschaftseinrichtungen ausgestattet.

Die gewaltigen Mittel zur Errichtung dieser umfangreichen Wohnhausanlagen fließen der Gemeindeverwaltung aus der Wohnbausteuer zu. Auch diese Abgabe ist, wie alle Steuern der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung, stark progressiv. Der größte Teil der Wiener Mieter bezahlt gegenwärtig als Wohnbausteuer monatlich fünf bis acht Tschechen-Kronen. Die Bewohner von großen Wohnungen, von Villen und Palästen, werden aber sehr stark besteuert.

Selbstverständlich gibt es auch in Wien, trotz der ungeheuren Wohnbautätigkeit der Gemeinde, eine Wohnungsnot, die in erster Linie auf den völligen Stillstand der privaten Wohnbautätigkeit zurückzuführen ist. Da infolge des Mieterschutzes und der wirtschaftlichen Situation eine auch nur annähernde Valorisierung der Mieten ausgeschlossen ist, fehlt dem Kapital jeder Anreiz zum Bau von Wohnungen. Heute baut in Wien einzig und allein nur die Gemeinde. Wenn also auch in Wien die Zahl der Wohnungssuchenden noch sehr groß ist, so kann doch festgestellt werden, daß infolge der billigen Miete die Wohndichte stark abgenommen hat. Die in der Vorkriegszeit so berücksichtigten Erscheinungen des Bettgeherunwesens sind zum größten Teil verschwunden.

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung wird auch in Zukunft die größten Anstrengungen machen, um die Wohnkultur der breiten Massen zu heben. Sie hat um ihr Wohnhausbauprogramm durchführen zu können, ununterbrochen Grundflächen angekauft und ist heute die größte Grundbesitzerin Oesterreichs. Mehr als ein Viertel der gesamten Bodenfläche Wiens ist heute bereits im Besitz der Gemeinde. Wenn auch das gesteckte Ziel in absehbarer Zeit nicht erreicht werden kann, so wird es doch in zielbewusster Arbeit gelingen, auch auf dem schwierigen Gebiet des Wohnungswesens vorbildlich und bahnbrechend zu wirken. Die bisher erzielten Resultate berechtigen zu den schönsten Hoffnungen.



## Von der Zinskaserne zum Haus der Gemeinschaft.

„Es sollen nicht mehr Kinder da sein, die ihre Tage nicht erreichen, oder Alte, die ihre Tage nicht erfüllen. — Sie werden Häuser bauen und sie bewohnen; sie werden Weinberge pflanzen und derselben Früchte essen. — Sie sollen nicht bauen, daß ein anderer bewohne, und nicht pflanzen, daß ein anderer esse.“

Diese Worte des Propheten Jesaias stehen in großer, klarer Schrift im Festsaale der Siedlung „Rosenhügel“ in Wien über den drei Türen, die in diesen von sozialistischen Künstlern monumental geschmückten Raum führen. Die Künstler haben, als sie diesen Spruch wählten, nicht nur dem Wollen der sozialistischen Siedler Ausdruck gegeben, — sie haben den Inhalt der Arbeit der neuen Rathausmehrheit, sie haben die sozialdemokratische Wiener Gemeindepolitik gekennzeichnet: Die Arbeiter sollen, soweit die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zur Verwirklichung dieses Ideals beitragen kann, nicht mehr für andere bauen, sondern für sich selber, sie sollen schaffen für die Gemeinschaft.

Ein großes Gemeinschaftswerk ist die soziale Fürsorge, ist die Schulreform, ein nicht minder großes ist die Schaffung der vielen modernen Wohnungen durch die Gemeinde Wien. Um es gleich im voraus zu sagen: im Jahre 1927 werden es, nach Fertigstellung des großen Wohnbauprogrammes vom Jahre 1923, das den etappenweisen Bau von 25.000 Wohnungen vorsah, mit den schon früher geschaffenen insgesamt 32.324 Wohnungen sein, was der Erbauung einer großen Stadt mit 120.000 Einwohnern gleichkommt. Die übergroße Mehrzahl dieser Wohnungen, alle in den letzten Jahren gebauten, sind sehr modern gestaltet und ihre Schaffung ist tatsächlich nichts geringeres als eine Revolution auf dem Gebiete des Kleinwohnungswesens.

Denn wenn auch die Masse der Arbeiter in allen Großstädten, in allen Industriegebieten schlecht wohnt, wenn auch die kapitalistische Boden- und Bauspekulation überall Wohnungselend schuf, — in Wien war es so groß und so kraß, daß es sprichwörtlich geworden war. Schon in der Vorkriegszeit war in Wien die Wohnungsnot so schlimm wie in kaum einer zweiten Stadt der Welt. Von 1000 Wohnungen waren etwa sechs frei; es gab also keinen Wohnungsüberschuß. Von den im Jahre 1917 als benützt gezählten 546.296 Wohnungen waren 29.483 einfenstrige Räume (Kabinette), 10.294 mehr als einfenstrige Räume (Zimmer) ohne sonstigen Zubehör, bestanden 36.775 Wohnungen aus Kabinett und Küche, 9031 aus Küche, Zimmer und Vorraum, 184.999 aus Zimmer und Küche, 108.273 aus Zimmer, Kabinett und Küche, 20.628 aus Zimmer, Kabinett, Vorraum und Küche. Von 546.296 benützten Wohnungen waren nicht weniger als 399.483 Kleinwohnungen, — wobei eine Dreizimmerwohnung schon als große Wohnung angesehen wird. Viele dieser Wohnungen waren Kellerwohnungen, viele hatten keine anderes Licht als das durch fälschlich den





Der Fuchsenfeldhof.

Namen „Lichthof“ führende Schächte zu ihnen gelangende. Die Wasserleitung liegt bei mehr als 92 Prozent aller Kleinwohnungen außerhalb der Wohnung. In den typischen Wiener Zinskasernen hatten die Küchen nur indirekte Belichtung von einem das ganze Stockwerk durchlaufenden Gange aus. Und diese kleinen, unzulänglichen Wohnungen waren sehr teuer. Gut ein Viertel seines Lohnes mußte der Arbeiter, der Lehrer und kleine Beamte für die Bezahlung dieser Wohnung aufwenden. Eine solche luft- und lichtlose Proletarierwohnung, aus Zimmer und Küche bestehend, kostete durchschnittlich 30 Goldkronen monatlich. Und da viele Proletarier diesen Zins nicht erschwingen konnten, gaben sie einen Teil dieser ohnehin zu kleinen Wohnung an Untermieter ab, und andere, die noch elender lebten, mieteten sich als Bettgeher oder Bewohner des Kabinetts ein. — Den Proletariern der Städte sagen solche Schilderungen nichts Neues, die Arbeiter kennen solches Wohnungselend vielfach aus eigener Erfahrung. Sie sind leider schon so daran gewöhnt, in drückender Enge zu wohnen, daß ihnen oft gar nicht als Wohnungselend erscheint, was eine Wohnungsschmach ist. — Aber wer solches Wohnungselend kennt, der vermag sich wenigstens vorzustellen, welche Formen es annahm, als nach dem Kriege zehntausende neuer Ehen geschlossen wurden, zehntausende neugegründeter Familien nach eigenem Haushalte sich sehnten und keine Möglichkeiten dazu fanden, da viele Jahre hindurch nicht gebaut worden war.

Wirtschaftselend der Nachkriegszeit und das Mieterschutzgesetz hinderten das Aufleben der privaten Bautätigkeit. Das Mieterschutzgesetz mußte auf-



recht erhalten werden, weil die Löhne der Arbeiter, die Bezüge der Angestellten ihm angepasst waren, jede Erhöhung der Mieten — und die Mieten wären in der Zeit der krassesten Wohnungsnot zu Wahnsinns Höhen emporgetrieben worden — zu wilden Wirtschaftskämpfen geführt hätte. Andererseits legte aber der Bestand des Mieterschutzes der Gemeinde die Pflicht zum Wohnbau auf und schuf zugleich die Voraussetzungen dazu. Das noch heute unveränderte Mietengesetz vom Jahre 1922 setzt den Mietzins zusammen aus dem Grundmietzins (der mit dem halben Jahresmietzins für 1924, natürlich in Papierkronen, festgesetzt ist), aus dem Instandhaltungszins, der das 150fache des Jahresmietzinses für 1914 (in Papierkronen) beträgt, und aus den Betriebskosten (Wasser-, Kanalräumungs-, Rauchfangkehrer-, Beleuchtungs- und Versicherungsgebühren), die monatlich verrechnet und prozentuell auf die Mieter des Hauses aufgeteilt werden. — Für eine aus Zimmer und Küche bestehende Arbeiterwohnung, für die im Frieden durchschnittlich 30 K gezahlt werden mußten, werden jetzt nach den Bestimmungen des Mietengesetzes, 10.515 öst. Kronen bezahlt, das sind ungefähr fünf tschechische Kronen. Weil die Mieten also tatsächlich sehr niedrig sind, so niedrig, daß sie auch für sehr schlecht entlohnte Arbeiter erschwingbar sind, konnte die Gemeinde, ohne die proletarischen Mieter schwer zu belasten, allen Mietern eine Wohnbausteuer auferlegen, deren Erträgnis ausschließlich zum Bau neuer Wohnungen verwendet wird. Die Wohnbausteuer ist gestaffelt, je nach der Höhe des Vorkriegsmietzinses; sie steigt progressiv in 18 Stufen vom 300fachen bis zum 600fachen Friedenszins und beträgt bei einem Vorkriegszins von 30 Kronen nur 10 Schilling und 80 Groschen, also rund 50 tschechische Kronen. Mietzins und Wohnbausteuer zusammen erfordern also einen Jahresaufwand von 110 tschechischen Kronen jährlich! Der Grundsatz, daß jeder Wohnungsinhaber einen Beitrag zur Schaffung neuer Wohnungen für die noch Wohnungslosen leisten muß, — der Inhaber einer kleinen Wohnung einen geringeren, der Besitzer einer großen Wohnung einen höheren, hat sich widerspruchslos durchgesetzt. Die Wohnbausteuer ist eine Steuer, die nicht unpopulär ist.

Man vergleiche mit der sozial gerechten Wiener Wohnbausteuer die Art, wie in der Tschechoslowakei die Wohnungsnot beseitigt werden soll! Das geplante tschechoslowakische Wohnungsgesetz will innerhalb weniger Jahre die Mieten schablonenhaft auf das fünf- bis sechsfache steigern und dann den Mieterschutz vollständig aufheben. Wohl soll aus den Mehrerträgnissen an Mieten ein staatlicher Baufonds gespeist werden, — aber hier will man keineswegs den Hausbesitz besteuern, sondern nur eine verzinsliche Zwangsanleihe einführen! Den Hausbesitzern soll die Möglichkeit zu freier Ausbeutung der Mieter gegeben, der Baufonds, der zur Kreditgewährung an Private bestimmt ist, soll von den Mietern aufgebracht werden! Also nicht die Gesamtheit soll die Mittel für das Bauen von Wohnungen für die Gesamtheit aufbringen, was natürlich nur Sinn hätte bei stärkerer Heranziehung des Besitzes, — sondern den privaten Vaulustigen, den Spekulanten, soll das Bauen ertragreicher Wohnhäuser auf Kosten der Masse der armen Mieter ermöglicht und auf jeden Fall den großen Hausbesitzern wieder zu einem genussfrohen Parasitendasein verholfen werden. Kein Fünkchen eines sozialen Gedankens lebt in diesem geplanten Wohnungsgesetz!



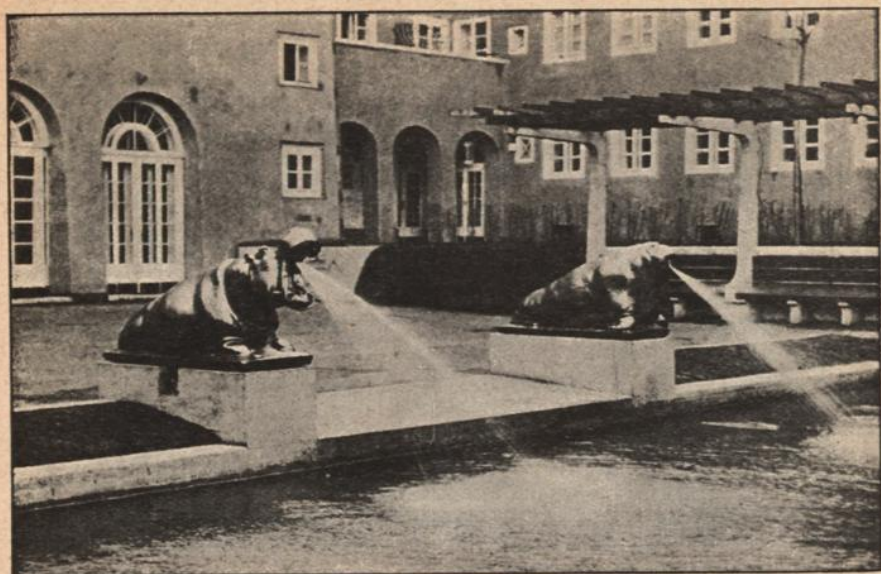
Die Gemeinden, für welche schon unser Zetschener Parteitag das Recht zur Einführung einer progressiven Wohnbausteuer gefordert hat, werden überhaupt ausgeschaltet. — Daß, wenn das geplante Gesetz Wirklichkeit wird, an ein Bauen von Wohnungen nach dem Wiener Vorbild nicht zu denken ist, ist selbstverständlich.

Die Wohnungspolitik der Wiener Sozialdemokratie ist in vieler Beziehung etwas Großes, etwas unerhört Neues. Die Grundrente ist beseitigt, — denn da kein Privater bauen kann, kauft niemand Baugrund, ist die Spekulation mit dem Boden unmöglich geworden, und jeder Verkauf wird zudem durch die Wertzuwachssteuer zu einem schlechten Geschäft, und so konnte die Gemeinde die wertvollsten Baugründe im Stadtgebiete erwerben zu Preisen, die nur einen Bruchteil des Friedenswertes ausmachen. Vom Umsturz bis Ende 1924 waren es nicht weniger als 7,333.000 Quadratmeter Boden, — und seither wurden die Grundkäufe ununterbrochen fortgesetzt. Ein Viertel des Wiener Bodens gehört jetzt der Gemeinde! — Und die Hausherrenrente ist beseitigt, denn der Hausbesitzer hat nun tatsächlich nichts von seinem Hause, als etwa die Freude des Besitzes, die aber gerade durch den Wegfall jeglichen Ertrages sehr beeinträchtigt wird. Daß es keine Hausherrenrente mehr gibt, daß das Haus seinem Eigentümer nichts mehr trägt, wird natürlich von den Hausbesitzern sehr hart empfunden. Früher konnten sie sorglos leben vom Hausbesitz! Denn es handelt sich ja in der überwiegenden Mehrzahl um große Zinskasernen, um Bauten, die ausschließlich zum Zwecke möglichst großen Zinsertrages gebaut worden sind, ohne jede Rücksicht auf die Kulturbedürfnisse ihrer Bewohner. Solcher Spekulationsbau wird aber, wenn es der Kraft der österreichischen Sozialdemokratie gelingt, den Sturz des Mieterschutzes, das ersehnteste Ziel der Christlichsozialen, zu verhindern, und wenn damit der Gemeinde die Möglichkeit zur Fortsetzung ihrer Wohnungspolitik gegeben wird, für alle Zukunft unmöglich. Ist einmal die Wohnungsnot überwunden, und der ununterbrochene Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde wird sie überwinden, dann kann nicht mehr so gebaut werden, wie in der Vorkriegszeit. Niemand wird mehr in solchen Elendswohnungen hausen wollen. Und so wie die Gemeinde kann der Private nicht bauen, weil sich solche Bauten für ihn nicht rentieren.

Denn die Gemeinde Wien verbaut nur ungefähr fünfzig Prozent des Baugrundes. Fünfzig Prozent werden für Innenhöfe freigelassen, für Höfe, die gärtnerisch ausgestaltet sind und den Kindern prächtige Spielplätze bieten. Diese Höfe in den städtischen Bauten allein schon sind Sehenswürdigkeiten! Und auch der verbaute Raum wird nicht durchwegs für Wohnungen ausgenützt. In vielen der gewaltigen Baukomplexe, die oft Tausenden Obdach geben, sind Bäder, Tagesheime für die Kinder, Bibliotheken, Turnsäle, Versammlungsräume untergebracht. Wird je ein Privatraum auf solchen „Lurus“ bedacht sein?

Spielhöfe für die Kinder! Nur wer großstädtisches Kinderelend kennt, weiß sie wirklich zu schätzen. Der Spielplatz der Proletarierkinder der großen Städte ist die Straße. Die Höfe? O, wie klein, wie armselig, wie dumpf und lichtlos sind sie! Und die Kinder sollen und dürfen ja gar nicht in diesen





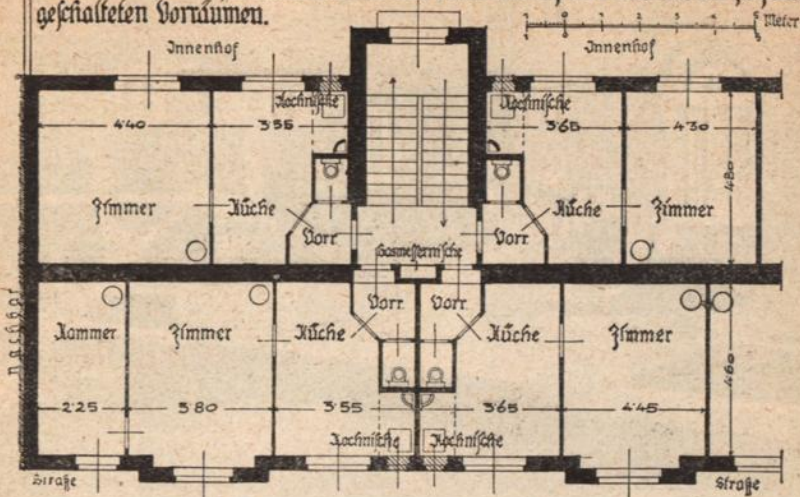
Plantschbeden im Fuchsenfeldhof.

Höfen spielen, dürfen es nicht auf den Stiegen und Gängen. Spielende Kinder lärmten ja! Kinderlärm aber verträgt der Großstädter nicht so leicht wie den Lärm der Straßenbahnen und der Autos, — besonders dann nicht, wenn er mehrfacher Hausbesitzer ist. Darum nahmen die Herren Hausbesitzer am liebsten nur kinderlose Parteien oder Parteien mit wenig Kindern gnädig in ihre Häuser auf. Und daß sich die Kinder im Hofe herumtrieben, duldeten sie natürlich erst recht nicht. Die Kinder mußten entweder in den engen Stuben hocken oder auf die Straßen gehen, wenn sie spielen wollten. Denn die Zahl der Kinderspielfläche war gering, die Plätze waren auch oft zu weit entfernt von den Wohnungen. Die Straße aber ist ein gefährlicher Spielplatz. Nicht nur wegen des starken Wagen- und Autoverkehrs. Auch die sittlichen Gefahren der Straße sind ungeheuer. Aber freilich: für die Menschen, deren Moral die Wohnungsenge und die schlimme Geselligkeit der Straße zerbrochen hatte, gab es dann Polizei, Gerichte und Gefängnisse. Die bürgerliche Gesellschaft wußte sich schon vor ihren Dpsfern zu schützen!

Und nun ist für viele tausend Kinder, für die glücklichen, die in den neuen städtischen Häusern heranwachsen, diese Gefahr beseitigt. Sie können in den großen, weiten Höfen spielen. Hat die Gemeinde Wien, indem sie die Wohnungsnot bekämpfte, durch die Art, wie sie baute, nicht auch den Kampf gegen die Not des Großstadtkindes aufgenommen? Ist hier nicht auch der Weg vorgezeichnet, den alle Großgemeinden beschreiten müßten? Das Kind ist nicht mehr in die Stube gebannt und doch nicht auf die Straße angewiesen. Es ist auch nicht ohne Aufsicht, da in vielen dieser Großhäuser



Wohnhaustype der Gemeinde Wien mit direkt belichteten u. belüfteten Wohnräumen, Küchen mit Kochinseln, überlichteten und direkt überlüfteten Aborten und zwischen-gefallenen Vorräumen.



Kindergärten eingerichtet wurden. — Und die Kinder sind in den städtischen Häusern nicht selten, da ja wohnungsbedürftige kinderreiche Familien vor den kinderarmen und kinderlosen bevorzugt werden.

Dass den Kindern diese schönen Spielhöfe gegeben wurden, dass ihnen damit Luft und Sonne gegeben wurde — und dass die Wohnungen, in denen sie heranwachsen, gesundheitlich einwandfrei sind, das ist auch ein Stück sozialer Fürsorge, ist wertvollste, weil vorbeugende Krankheitsbekämpfung, ist ein Grundpfeiler des Aufbaues der Volksgesundheit.

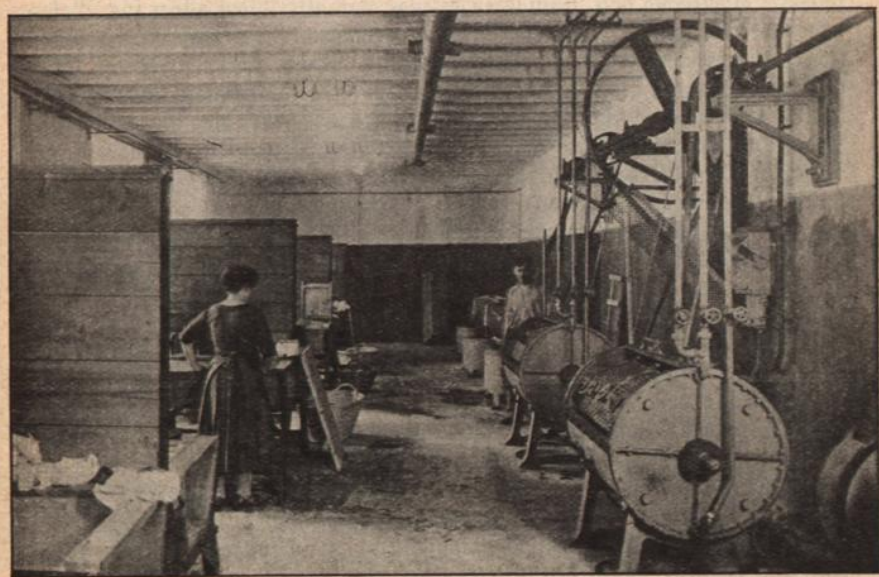
Die neuen Wohnungen sind tatsächlich ganz andere als alle Kleinwohnungen, die je von Privaten in Wien gebaut wurden. Abort und Wasserleitung sind ausnahmslos in der Wohnung. Jeder Wohnraum, also auch jede Küche, empfängt direktes Tageslicht. Jede Wohnung hat harten Fußboden, jede elektrisches Licht und einen Gasföherd. Jede einen kleinen Vorräum. Die Küchen sind Wohnküchen. In allen größeren Wohnbauten sind maschinelle Dampfwaschereien mit Trocknungsanlagen, Einspritzungsvorrichtungen und elektrisch betriebener Wäschemangel geschaffen worden. In vier bis fünf Stunden ist die Wäsche einer fünfköpfigen Familie gewaschen und getrocknet und gemangelt.

Wer mäkelstüchtig ist, kann natürlich auch an diesen Wohnungen noch allerlei aussetzen. Man kann zum Beispiel jeder Arbeiterfamilie mindestens zwei Wohnräume außer der Küche wünschen, man kann für jede Wohnung ein Bad verlangen. Einzuwenden ist natürlich gegen solche Forderungen gar nichts. Aber die Gemeinde Wien stand vor der Aufgabe, in möglichst rascher Zeit möglichst viele Wohnungen zu schaffen, und zwar möglichst viele Kleinwohnungen, die sie gegen Mieten abgeben kann, die nicht allzu hoch sind gegenüber den Mieten in den





Wohnküche.



Waschküche im Zuchsenfeldhof.

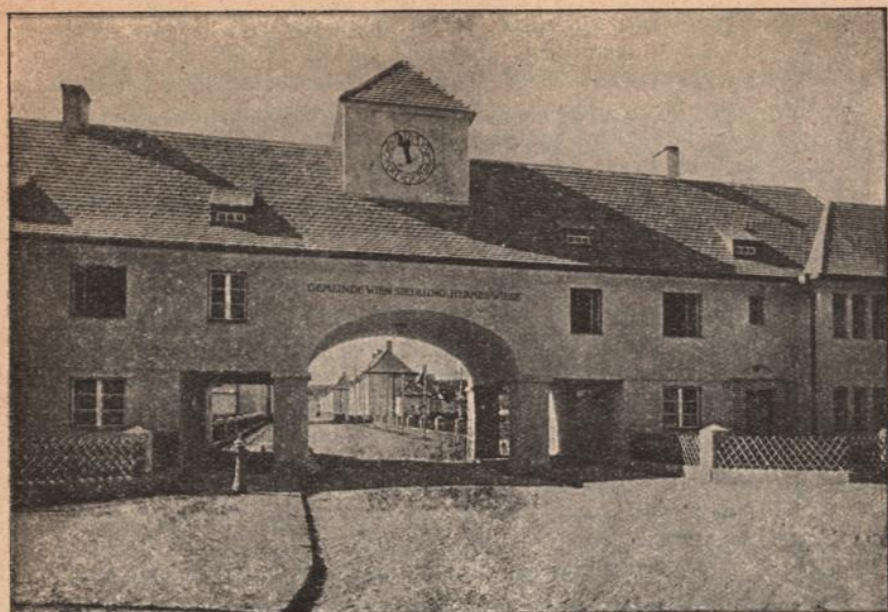


anderen Häusern, die durch das Mieterschutzgesetz bestimmt sind. Und diese Aufgabe hat sie zum großen Teile schon gelöst. Die Mieten sind niedrig. Unsere Arbeiterabordnung, die viele dieser Häuser besichtigte, hat sich, ohne daß ihr der wohlmeinende Rat der kommunistischen Blätter bekannt gewesen wäre, in die Zinsbücher Einsicht zu nehmen, überall nach der Höhe der Miete erkundigt. Bei den Mietern natürlich. Und sie kann sagen, daß unsere Arbeiter glücklich wären, wenn sie ähnlich schöne Wohnungen für ähnlichen Preis bekommen könnten. Je nach Größe und Lage der Wohnung beträgt der Mietzins 11 bis 26 Groschen monatlich für den Quadratmeter. Eine Wohnung, die aus Zimmer, Küche, Vorraum und Abort besteht, umfaßt 35 Quadratmeter. Für eine solche Wohnung sind, wenn man den Preis des Quadratmeters mit 20 Groschen annimmt, monatlich sieben Schilling zu zahlen, das sind nicht ganz 35 tschechische Kronen. Die Betriebs- und Instandhaltungskosten sind in diesem Mietpreise enthalten. Andere Zahlungen sind nicht zu leisten.

Für diese Wohnbauten hat die Gemeinde ungeheurere Summen ausgegeben. Im Jahre 1923 waren es 53 Millionen Schilling (265 Millionen tschechische Kronen), 1924 schon 130 Millionen Schilling (650 Millionen tschechische Kronen), 1925 waren es 173 Millionen Schilling (865 Millionen tschechische Kronen) und für 1926 sind vorgesehen 192 Millionen Schilling (960 Millionen tschechische Kronen). Was können unsere armen Gemeinden für solche Zwecke aufwenden? Was tut der Staat? Fast eine Milliarde tschech. Kronen gibt die Gemeinde Wien im Jahre 1926 für Wohnhausbauten aus! Man vergegenwärtige sich die Größe dieser Summe, indem man sich vor Augen halte, daß der gesamte Staatsaufwand der Tschechoslowakei annähernd drei Milliarden beträgt, daß also Wien allein für Wohnhausbauten in einem Jahre einen Betrag verwendet, der einem Drittel des tschechoslowakischen Budgets gleichkommt! — Rund tausend der im Bauprogramm des Jahres 1923 vorgesehenen 25.000 Wohnungen sind Siedlungsbauten. Für diese Siedlungsbauten stellt die Gemeinde den Baugrund kostenlos gegen mäßigen Baurechtszins zur Verfügung, sie gewährt 85 Prozent der Baukosten zinsfrei.

Es wäre ungemein verlockend, hier auch einiges über die Architektur der städtischen Wohnhäuser zu sagen, an denen ja die besten und bekanntesten Architekten ihr Können zeigten, so daß diese Bauten einen ganz neuen Ton in das Stadtbild brachten, — doch ist es wichtiger, über die Möglichkeiten dieser Wohnungspolitik und über ihre Wirkungen zu sprechen. Sie war nur möglich dank der Klugheit und Weitsicht des Wiener Proletariates. Haß und Verleumdung der bürgerlichen und der kommunistischen Gegner haben von allem Anfang an das große Werk verfolgt. Als „sozialdemokratischer Wahlschlager“ wurde das Programm von 1923 bezeichnet und die Ungebuld der Wohnungsuchenden wurde zu wecken versucht. Aber die Wiener Arbeiter vertrauten ihrer Partei. Es entstand keine Panik der Ungebuld, weil nicht sofort alle Wohnungsuchenden Wohnungen bekommen konnten. Die Arbeiter gaben den Vertrauensleuten, die sie mit der Verwaltung der Stadt betraut hatten, Zeit zur Arbeit, und so konnte ungehindert an dem herrlichen Werk geschaffen werden.





Eingang zur Siedlung Hermeswiese.



Siedlung Hermeswiese.



Am 29. Juni 1926 wurde der Grundstein zu jenem Häuserblock gelegt, der die fünfundsiebenzigtausendste Wohnung enthält. Damit wird das am 21. September 1923 beschlossene Bauprogramm vollendet. Wie haben die Christlichsozialen diesen gewaltigen Plan, dieses Programm, dem keine andere Großstadt ein ähnliches an die Seite stellen kann, verhöhnt, wie haben sie es zu verkleinern, wie haben sie es verächtlich zu machen versucht! Und nun ragen in fast allen Bezirken Wiens die stolzen, schönen Wohnbauten, Wahrzeichen sozialistischer Willens und Könnens, heraus aus dem öden Meer kapitalistischer Zinskafernen, Keimzellen der Gemeinschaft das Neue Willender und Schaffender inmitten der alten Umwelt!

Die Gemeinde Wien schafft nicht nur Wohnungen. Sie schafft durch ihre reiche Bautätigkeit auch Arbeit. Hunderttausenden hat sie in diesen Jahren ununterbrochenen Bauens Arbeit gegeben. Um wieviel größer wäre das Elend des Wiener Proletariates ohne diese doppelt produktive Arbeitslosenfürsorge!

Und die Wirkungen der sozialistischen Wohnungspolitik? Das Wohnungselend ist selbstverständlich noch lange nicht beseitigt, aber es ist doch schon wesentlich gemildert. Die Zahl der Obdachlosen ist nur noch ganz gering. Früher hat die Gemeinde nicht ausgereicht mit ihren Möglichkeiten zur Unterbringung Obdachloser. Jetzt kommt sie mit einem Obdachlosenheim aus, in dem zur Zeit unseres Besuches 19 Familien untergebracht waren. — Die Zahl der Untermieter geht zurück, das gesundheits- und moralschädigende Bettgerwesen nimmt ab. Die Wohnung ist billiger geworden als eine Bettstelle und in Tausenden, die früher widerspruchslos und vielfach gedankenlos sich mit dem Schicksal, Untermieter zu sein, abgefunden hatten, ist die Sehnsucht nach einer eigenen Wohnung wachgeworden.

Von ungeheurer, heute kaum geahnter Zukunftswirkung muß die Wohnungspolitik der roten Gemeindeverwaltung sein. In Zehntausenden weckt sie Versehen für Wohnkultur. Sie macht das gesamte Wiener Proletariat in schönster Art unzufrieden, erweckt edle Begierde nach menschenwürdigem Leben und Wohnen in den Herzen aller. Und sie sorgt für die Revolutionierung gewaltiger Massen. Ein neues Geschlecht wächst heran in diesen neuen Wohnungen, ein Geschlecht, das von Jugend auf an Licht und Luft und Sonne gewöhnt ist und, da es in Wohngemeinschaften heranwächst und weiß, daß seine lichtdurchfluteten Wohnungen Werk der Gemeinschaft sind, nicht müde werden wird, dafür zu kämpfen, daß Licht und Luft und Sonne allen Menschen zuteil werden.



# Die vorbildliche Schulreformstadt.

Von Otto Glöckel, Präsident des Stadtschulrates für Wien.

Innerhalb der großzügigen Aufbauarbeit, die die Sozialdemokraten in Wien vollführen, nimmt die Neugestaltung des Schulwesens einen breiten Raum ein. Sowohl in organisatorischer als auch in fachlicher Hinsicht werden vielfach neue Wege beschritten, die zum Ziele haben, möglichst vielen Kindern die ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu sichern. Der Kampf gegen das Bildungsprivileg wird hier praktisch mit aller Energie geführt. Die Schule hat innerhalb einer demokratischen Verfassung eine ungleich wichtigere Aufgabe, als etwa in einem mehr oder weniger absolutistisch regierten Staatswesen. Die Heranbildung aufrechter, stolzer, arbeitsfreudiger, selbständig denkender, klar urteilender Tatmenschen ist unerlässlich, soll die Demokratie sich segensreich auswirken. Das Schulwesen Wiens ist heute auf einer unvergleichlich höheren Stufe als in den Friedenszeiten, die Leistungen sind ganz außerordentliche, obwohl Krieg und Kriegsfolgen gerade unseren Kindern besonders schaden. Die Schulerneuerung ist in Wien auch gegenüber den anderen Bundesländern weit vorausgeeilt. Diese praktische Pionierarbeit bewirkte aber, daß nunmehr vom neuen Schuljahre an die Volksschulen aller Bundesländer einen neuen Lehrplan erhalten haben, in dem die Grundsätze der modernen Pädagogik praktische Anwendung finden.

Wodurch unterscheidet sich nun die österreichische Schule von heute von der Schule vor dem Kriege?

Der Großteil des Unterrichtes ist auf das Erleben durch das Kind eingestellt. Die natürliche Beobachtungsgabe, der Drang im Kinde, immer wieder die Ursache der Wirkung festzustellen, das Bestreben, selbst handelnd tätig zu sein, wird methodisch in den Dienst des Unterrichtes gestellt. An Stelle der Lernschule von einst, ist Arbeitsschule getreten. Die Lernschule wandte sich fast ausschließlich an das Gedächtnis des Kindes, der Lehrer gab, der Schüler nahm auf. In der Arbeitsschule muß sich das Kind auf Grund seiner eigenen Beobachtungen und Erfahrungen den Wissensstoff in anregender Gruppenarbeit selbst erarbeiten. Das bedeutet nicht nur Erziehung zur Selbständigkeit, sondern das große Ergebnis, daß das Kind der herrlichen Freude, etwas selbst entdeckt, erforscht zu haben, teilhaftig wird. Nur eine Schule, die neben wertvollen geistigen Grundlagen auch die Lernfreudigkeit zu bieten vermag, kann ihrer Aufgabe gerecht werden.

In den ersten vier Jahresstufen ist der Stundenplan abgefaßt, die Kinder lernen an Lebensauschnitten die einzelnen Unterrichtsgegenstände, das bedeutet, daß der Unterrichtsstoff nicht zerrissen und mechanisch gefächert wird, sondern als eine einheitliche Sache dem Kinde gegenübertritt. Der natürliche Beobachtungsschatz des Kindes wird durch systematische Lehrausgänge wesentlich erweitert. Es ist heute für Wien bereits charakteristisch, daß man während des Schuljahres in den Straßen, auf den Plätzen, in freier Natur, in verschiedenen Unternehmungen immer wieder auf Schülergruppen stößt, die von ihrem Lehrer geführt werden. Nicht



eine eigens konstruierte Schulwelt, sondern das wirkliche Leben, so wie es ist, wie es den Menschen in seinen Bann zwingt, soll Gegenstand des Schulunterrichtes sein. In vielen Schulklassen ist das Podium bereits beseitigt. Die Schulbänke sind im Halbkreis angeordnet, der Lehrer steht mitten unter den Schülern, die Kinder sprechen zueinander, oft entwickelt sich ein freies Schülergespräch, in das nur dann und wann der Lehrer regelnd eingreift. Es ist überraschend, wie dabei eine natürliche Disziplin Platz greift, wie die Kinder ganz bei der Sache sind!

Wie soll das Mittelschulwesen umgestaltet werden? An Stelle der vielerlei Schulgattungen soll eine einheitliche Untermittelschule geschaffen werden, die dann den Aufstieg in die verschiedenen Oberschulen ermöglicht. Zu diesem Zwecke wurde eine neue Mittelschulart, die „Deutsche Mittelschule“, geschaffen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die Fremdsprache erst im 13. Lebensjahre beginnt, daß die körperliche Ertüchtigung besonders betont wird und daß endlich der Handfertigungsunterricht als verbindlicher Gegenstand eingeführt wurde. Es soll in Zukunft keinen einzigen Menschen, der einen sogenannten intellektuellen Beruf ausübt, geben, der nicht in seiner Jugend an einer Drehbank, oder an einer Hobelbank gestanden ist. Achtung vor jeder Arbeit sollen wir in die jugendlichen Herzen pflanzen! Bisher bestanden neun solcher Deutscher Mittelschulen, vom nächsten Schuljahre an wird in allen ersten Mittelschulklassen Wiens der Lehrplan der Deutschen Mittelschule eingeführt sein. Auf diesem Wege kommen wir zur Vereinheitlichung der Mittelschulen bis zum 14. Lebensjahr. Das Ziel unserer Bestrebungen ist aber, auch den bisherigen Besuchern der Bürgerschule den Aufstieg in die Obermittelschule zu sichern. Die Gemeinde Wien hat daher bisher an 92 Klassen einen großzügigen Versuch mit der Einführung der „Allgemeinen Mittelschule“ durchgeführt. Vom nächsten Schuljahre an wird die Zahl der Allgemeinen Mittelschulen verdreifacht. Diese Schulen sind so wie die Volks- und Bürgerschulen Pflichtschulen. In vier Jahren wird es in Wien 10.000 Knaben und Mädchen geben, die auf Kosten der Gemeinde Wien die Untermittelschule besuchen. Den besonders befähigten proletarischen Absolventen der Allgemeinen Mittelschule ermöglicht die Gemeinde Wien durch Schülerstipendien das Weiterstudium. Aber auch die große Zahl derjenigen, die mit der Absolvierung der Allgemeinen Mittelschule das Studium unmittelbar abschließt, hat eine wesentlich intensivere Ausbildung genossen. Ist einmal die Allgemeine Mittelschule überall durchgeführt, dann wird sich die Vereinigung mit der Deutschen Mittelschule vollziehen und das große Ziel für alle Kinder, ob reich, ob arm: die Einheitschule bis zum 14. Lebensjahr ist erreicht!

Auch auf dem Gebiete des gewerblichen Fortbildungswesens geht es rasch vorwärts. Neben dem großen gewerblichen Fortbildungsschulgebäude in der Mollardgasse, in dem es eine große Zahl von Musterwerkstätten gibt, erstand im Frühjahr 1926 eine eigene Schule für Kunstgewerbe, die mustergültig ausgestattet ist. Im Oktober 1926 wird der erste Neubau einer Schule in Wien eröffnet werden. Es ist das Fortbildungsschulgebäude für die Holzverarbeitenden Gewerbe. Ein ebenso prak-



tisch als gefällig aufgeführter Bau. Mit dieser Schule wird ein großes Lehrlingsinternat verbunden sein. Die Gemeinde Wien, wie auch der Fortbildungsschulrat, haben bereits einige solcher Lehrlingsheime errichtet und so die Lehrlinge von den Schäden der Meisterlehren zum großen Teil befreit.

Was das rote Wien materiell für das Schulwesen leistet!

Im Jahre 1926 wurden ausgegeben für

|   |                             |
|---|-----------------------------|
| den Stadtschulrat . . . . .                             | 343.060 Schilling           |
| die allgem. Volks-, Bürger- und Mittelschulen . . . . . | 57,575.490 Schilling        |
| die gewerblichen Fortbildungsschulen . . . . .          | 2,865.110 Schilling         |
| die Lehrerfortbildung . . . . .                         | 258.280 Schilling           |
| allgemeine Unkosten . . . . .                           | 222.230 Schilling           |
| Gesamtsumme . . . . .                                   | <u>61,264.230 Schilling</u> |

das sind also über 300 Millionen Tschechokronen.

Das alte langweilige Lesebuch ist verschwunden und durch einzelne Bücher ersetzt worden, die inhaltlich und äußerlich gleich ausgezeichnet geraten sind. Die Klassenlektüre besteht gegenwärtig aus 102 Bändchen. Jedes Kind erhält im Laufe eines Jahres eine kleine Handbücherei von 10 bis 12 Bänden von der Gemeinde Wien zur Verfügung. Das kostet der Gemeinde jährlich über 6,000.000 Tschechokronen. Da in Wien nur vormittags Unterricht gehalten wird, muß für die Nachmittagsstunden vorgeesehen werden. So gibt es im Laufe des Nachmittags unentgeltliche Begabtenkurse für Handfertigkeit, Physik, Chemie, Zeichnen. Für Kinder, die wegen Krankheit längere Zeit dem normalen Unterrichte fernbleiben mußten, erteilt der Lehrer in den Nachmittagsstunden unentgeltlichen Nachholunterricht. Es gibt besondere Schule für taubstumme, schwerhörige, blinde, schwachsichtige, schwachbefähigte und sprachgestörte Kinder.

Wien ist die einzige Großstadt, die sich rühmen kann, daß sich in ihren Mauern kein hungerndes Schulkind befindet. Die Schülerspeisung ist musterträchtig durchgeführt.

Ein großes Gebäude wurde zu einer Schülerherberge umgestaltet. Herrliche Schlafräume, heimliche Speisensäle, Badegelegenheit stehen jenen Schülern zu Gebote, die mit ihren Lehrern die Stadt Wien besichtigen wollen. Es genügt eine Anmeldung an den Stadtschulrat und dieser stellt nun die passenden Tagesprogramme zusammen, sorgt für die Verköstigung und die fachgemäße Führung der Kinder, verschafft die Eintrittskarten und so weiter. Aus den weitesten Gegenden, natürlich auch aus dem Auslande, kommen alljährlich hunderte von Kindern und freuen sich über die großzügige Gastfreundschaft der Gemeinde Wien.

Die Gemeinde Wien war sich dessen von allem Anfange an bewußt, daß eine tiefgehende Umgestaltung des Schulwesens nur unter Mitwirkung einer begeisterten, besonders durchgebildeten Lehrerschaft möglich ist. Daher bezahlt die Gemeinde Wien die Lehrer wesentlich höher als die anderen Bundesländer. Kein einziger Lehrer wurde abgebaut! Um den Lehrern



ihre Um bildung zu erleichtern wurde das Pädagogische Institut der Stadt Wien neu umgestaltet. In diese Schule gingen im abgelaufenen Schuljahr 3200 Lehrpersonen. 72 Dozenten unterrichteten dort. Außerdem wurde eine Pädagogische Zentralbücherei neu geschaffen.

Es war eine Notwendigkeit auch die Eltern mit der Schulreform bekanntzumachen. In Wien besteht an jeder Schule ein offizieller Elternverein. 8863 Elternräte leiten diese große Organisation. Die Elternvereine, in denen jede Politik ausgeschaltet ist, wurden, wie sich insbesondere in der letzten Zeit zeigte, zum Schutzbund der Schulreform.

Die Schulverwaltung Wiens erfolgt durch den Stadtschulrat für Wien, an dessen Spitze der freigewählte geschäftsführende zweite Präsident (der erste Präsident ist formell der Bürgermeister) steht. Dem Stadtschulrate unterstehen 377 Volksschulen, 172 Bürgerschulen, 93 Mittelschulen, 149 gewerbliche Fortbildungsschulen, 11.300 Lehrpersonen. Die Sozialdemokraten verfügen im Stadtschulrat über eine Dreiviertelmehrheit.

So ist es gelungen durch das Zusammenwirken von Gemeinde, Eltern und Lehrern das Schulwesen Wiens mit neuem Geist zu erfüllen und die völlige Umgestaltung des gesamten Schulwesens erfolgverheißend in Angriff zu nehmen. Auf allen Teilen der Welt kommen amtliche Kommissionen, Fachleute, um das Wiener Schulwesen an Ort und Stelle zu studieren. Reiches Lob wurde der Wiener Gemeindeverwaltung auch für dieses Tätigkeitsgebiet zuteil. Noch vieles ist zu schaffen, vieles haben wir noch zu lernen, viel müssen wir noch unserer Jugend geben, damit sie einst befähigt ist, eine neue Welt aufzubauen.



## Die neue Schule.

Unsere Abordnung hat, in mehrere Gruppen geteilt, einige Schulen besucht und dort dem Unterrichte beigewohnt. Welch ein Unterschied gegenüber dem Unterricht in den Volksschulen, die wir besuchten! In einer ersten Volksschulklasse war es: der Lehrer stand vor den Kindern und plauderte mit ihnen. Ja, er unterhielt sich mit ihnen! Die Kinder mußten nicht „sittsam“ auf die Fragen des Lehrers warten, um sie dann brav zu beantworten, sondern sie konnten unaufgefordert reden und taten es sehr eifrig. Denn diese Unterhaltung zwischen Schülern und Lehrern war gemeinsames Lernen. Die Klasse hatte einen Ausflug ins Krapfenwaldl gemacht und war nun dabei, den Ausflug zu beschreiben. Alle arbeiteten gemeinsam an dieser Beschreibung. Alle arbeiteten eifrig mit. Sie hatten ja gar nicht etwas ihnen Anbefohlenen zu tun, sie freuten sich ihrer Beschäftigung. Jeder konnte etwas beitragen zu dieser Beschreibung des Ausfluges, der in ihrer Erinnerung als schönes Ereignis lebendig war. Selber kamen sie bei dieser gemeinsamen Arbeit auf tatsächliche Irrtümer, auf sprachliche Fehler. — So lernen nicht nur ein paar besonders Begabte, — so lernen alle das, was sie sagen wollen, mündlich und schriftlich darzustellen.

Rechenstunde in einer anderen Klasse. Sie ist scheinbar eine Spielstunde. Die Kinder „spielen“ Chauffeur, der Benzin kauft. Wie freut sie dieses Spiel! Wie eifrig rechnen alle mit! Da ist keiner, der teilnahmslos bleibt!

Wir haben die Kinder beim Zeichnen und Modellieren gesehen. Wir haben hunderte von Schülerzeichnungen gesehen, und wir glaubten dann der Versicherung der Lehrer, daß bei der jetzt gebrauchten Methode des Zeichnens-Unterrichtes alle Kinder eine gewisse Fertigkeit im Zeichnen erlangen, nicht bloß die besonders Begabten. — Es gibt keine Vorlage und kein Gipsmodell. Das Kind lernt sehen und darf seine Phantasie gebrauchen. Die Ergebnisse sind wahrhaft überraschend: die Gesamtleistung der Klasse ist außerordentlich hoch, viele Schüler schaffen wahre Kunstwerke.

Wir waren im „Pädagogischen Institut“, das der Lehrerfortbildung und pädagogischen Forschung dient, wir haben Kinder und Lehrer bei der Arbeit gesehen und mit vielen Lehrern, auch nichtsozialistischen, über die Schulreform gesprochen. Alle Lehrer waren, obwohl die neuen Unterrichtsmethoden viel größere Anforderungen an sie stellen, begeistert: sie können wirklich schöpferisch arbeiten, sie können Menschenbildner sein, Gestalter und Künstler, sind nicht mehr Abrichter und Dressoure. Denn die neue Schule, die Glöckel geschaffen hat, ist nicht mehr Drillschule, sie ist Arbeitsschule.

Heimatschule ist sie — denn sie geht vom Grundsatz der Bodenständigkeit aus, die Heimat ist die Grundlage, auf der alles Lernen, alles Erarbeiten von Kenntnissen — sich aufbaut. Sie ist Arbeitsschule, weil der Lehrer den Kleinen nicht fertiges Wissen vorsetzt, sondern die Kinder durch eigenes Beobachten und Prüfen, durch eigenes Grübeln und Denken und Versuchen ihre Erkenntnisse gewinnen müssen. Bei solchem Unterrichtssystem lernen die Kinder denken, und das ist das wichtigste Lernziel der Schule. Sie gewinnen Selbstvertrauen, sie werden sichere, mutige Menschen, — und das ist das wichtigste Erziehungsziel der Schule.



Um solche Ziele zu erreichen, ist notwendig die freudige Mitarbeit der Lehrer, — sie wurde gewonnen; — ist notwendig eine so geringe Schülerzahl, daß der Lehrer sich mit jedem einzelnen Kinde beschäftigen kann, — sie wurde dadurch erzielt, daß trotz dem Sinken der Schülerzahl Wiens von 239.457 im Jahre 1915 auf 134.795 im Jahre 1923, trotz einem Schülerverlust von 104.662 Kindern doch keine einzige Schulklasse gesperrt wurde! Im Jahre 1914 betrug die Durchschnittschülerzahl 47,3, — eine Durchschnittszahl, die gar nichts besagte, weil den schwach besetzten Klassen in den Bezirken mit überwiegend bürgerlicher Bevölkerung solche mit 80 Kindern in den Arbeiterbezirken gegenüberstanden. Jetzt ist die Durchschnittszahl 29. — Die tschechischen Schulpolitiker, die in Wien das Reformwerk Glöckels studierten, scheinen gerade die geringe Schülerzahl in den Klassen gar nicht beachtet zu haben! Empfinden sie es nicht selber als Schmach, daß das von ihnen so misachtete Wien sich eine neue Schule geschaffen hat, während die „moderne“ Tschechoslowakei über ein paar armselige, oberflächliche Reformchen nicht hinauskam?

Nur von Wien wurde bisher gesprochen, nicht aber von Oesterreich. Ist nicht Glöckels Schulreform ein das Schulwesen des ganzen Reiches umgestaltendes Werk? Ja, als das war sie gedacht, und für das ganze Reich war sie in Angriff genommen. Glöckel konnte infolge des Regierungswechsels seine Arbeit nicht zu Ende führen. Daß unter den nachfolgenden christlich-sozialen Leitern des Unterrichtsministeriums nichts geschah, um die Schulreform zu vollenden, daß im Gegenteil die Schulreform sabotiert wurde, ist selbstverständlich! Aber Glöckel konnte doch Grundlagen schaffen, die auch seine klerikalen Nachfolger nicht mehr zu zerstören wagten, Grundlagen, auf denen er dann als geschäftsführender Präsident des Wiener Stadtschulrates weiterbauen konnte. Er holte ins Schulministerium, das bisher ausschließlich von Juristen bevölkert war, die besten Schulfachmänner, er hob die soziale Stellung der Lehrer, regelte und verbesserte ihre dienstliche Stellung, — er gab den Anstoß zur Umwandlung der Lern- in die Arbeitsschule, schuf den neuen Lehrplan für die Grundschule (1. bis 4., bzw. 5. Schuljahr), der dem Lehrer das im Verlaufe des Jahres zu erreichende Ziel vorschreibt, ihm aber den Weg zur Erreichung dieses Zieles freigibt. Er schuf die „Bundeserziehungsanstalten“ — vier für Knaben und zwei für Mädchen — in denen die durch sorgfältige Auslese ermittelten Begabten — dreiviertel davon gehören proletarischen Schichten an — sorgfältigste Ausbildung genießen. Er legte vor allem grundsätzlich den neuen Schulaufbau fest: 6. bis 10. Lebensjahr: Grundschule (bisher Volksschule); 11. bis 14. Lebensjahr: allgemeine Mittelschule (bisher Bürgerschule und Untermittelschule); 14. bis 18. Lebensjahr: Fachschulen und allgemeinbildende Oberschulen. — Damit wird die Entscheidung, welchen weiteren Weg das Kind gehen soll, die Entscheidung auch darüber, ob es zu weiterem Studium befähigt ist oder nicht, vom 11. bis zum 14. Lebensjahre hinausgeschoben, und es wird nicht im vorhinein dem Arbeiterkind der Weg zu höherer Bildung versperrt. Freilich, nicht für das ganze Reich und nicht sofort wurde diese Reform durchgeführt. Die Widerstände und Bedenken waren zu groß. In Wien wurden zunächst 6 Schulen mit 92 Klassen in solche allgemeine Mittelschulen umgewandelt. Nun, nach vier Jahren glänzend bewährter Pro-



bezeit, sollte ihre Zahl auf 288 Klassen erweitert werden, es konnte aber dank einem mißglückten Angriff des klerikalen Unterrichtsministers Dr. Schneider, der nicht nur abgewiesen wurde, sondern den Vertretern des sozialistischen Wien zu einem taktischen und moralischen Erfolg verhalf, die Umwandlung vieler Realschulen und Realgymnasien in „Deutsche Mittelschulen“ in Angriff genommen werden, wenn dabei auch zunächst der Name „Deutsche Mittelschule“ fallen gelassen werden mußte. — Bemerkenswert ist, daß in diesen Mittelschulen auch auf die Ausbildung der Handfertigkeit Bedacht genommen wird. Jeder Schüler muß einmal an der Hobelbank gestanden haben. Jeder muß den Wert der körperlichen Arbeit kennen lernen und Achtung vor der Arbeit bekommen.

Gegen den Glöckelschen Lehrplan und gegen die Neuorganisation der Schule, gegen den neuen Schulaufbau, wandte sich der Zorn des gesamten Bürgertums, nicht nur der Christlichsozialen. Denn diese Neuorganisation bricht wenigstens teilweise das Bildungsprivileg der Besitzenden. Die Mittelschulen wurden fast nur von den Kindern der Besitzenden besucht. Auf 10.000 Bewohner kamen im ersten Bezirk 370, im Proletarierbezirk Favoriten nur 31 Mittelschüler! Die Auswahl der Mittelschüler war also eine sozial bedingte, die Mittelschule eine Klassenschule. Die Kinder der Armen mußten sich mit der Bürgerschule begnügen. Die Wiener Schulreform wird, sobald sämtliche Unterklassen der Realschulen und der Realgymnasien in allgemeine Mittelschulen umgewandelt sein werden, das Bildungsprivileg, soweit es durch eine Neuorganisation zu brechen ist, beseitigt haben. Alle Kinder werden dann die „Deutsche Mittelschule“ besuchen (die Bürgerschulen werden allmählich gleichfalls in allgemeine Mittelschulen umgebaut werden). Die Allgemeinbildung der Arbeiterkinder wird dadurch eine bessere werden, sie wird für Kinder der Armen und Reichen bis zum vierzehnten Jahre gleich sein, die Entscheidung über die Berufswahl, bisher die Qual aller Kinder, die sich im ersten Lebensjahre für eine bestimmte Mittelschultype und damit über ihren ganzen zukünftigen Lebensweg entscheiden mußten, Pein auch für die Eltern dieser Kinder, — diese große Entscheidung wird bis zum vierzehnten Jahre, also bis in eine Zeit größerer Reife der Kinder, hinausgeschoben.

Freilich gibt es auch dann noch ein Bildungsprivileg: das durch die Klassenzugehörigkeit gegebene. Es wird natürlich dem Besitzenden viel leichter möglich sein, seine Kinder studieren zu lassen als dem Arbeiter, der auf das Mitverdienen seiner heranwachsenden Kinder angewiesen ist. Aber jenes Bildungsprivileg, das in der Schulorganisation lag, wird verschwinden.

Haß und Hohn und Verleumdung umbrandeten das Werk Otto Glöckels. Was der neuen Schule an Schlechtem nachgesagt wurde, was da an Böswilligkeiten erdacht wurde, — das würde, wollte man es erzählen, viele, viele Seiten füllen. Aber je mehr die bürgerlichen Politiker tobten, die Bischöfe gegen die teuflische Glöckel-Schule wetterten, um so mehr befreundeten sich Eltern und Lehrer mit der neuen Schule, um so treuer standen sie zu ihr. Die Eltern, weil sie sahen, wie gern die Kinder zur Schule gingen, wie freudig sie lernten, — und die Lehrer, weil sie endlich wirklich Lehrer sein



konnten. Mit ganz wenigen Ausnahmen steht die Lehrerschaft, auch die nicht der Sozialdemokratie angehörige, im Lager der Anhänger der neuen Schule.

Der Ansturm der Klerikalen unter der Führung des „christlichen“ Unterrichtsministers Dr. Schneider wurde abgewehrt. Ein Kompromiß, das für Wien und die großen Industrieorte den reaktionären „neuen“ Lehrplan Schneiders ablehnte und die weitere und raschere Umgestaltung der Wiener Mittelschulen ermöglichte, sollte den Kampf beenden. In der christlich-sozialen Partei brach eine Revolte aus. Dr. Schneider wurde zum Rücktritt gezwungen, die mit ihm abgeschlossene Vereinbarung für ungültig erklärt (aber der Wiener Stadtschulrat ist bereits an die Umformung aller Realschulen und Realgymnasien in Allgemeine Mittelschulen geschritten, auf Grund der noch von Dr. Schneider erteilten Ermächtigung). Der Kampf um die Schulreform ist aufs neue entbrannt. Der Kampf um die Schule wird — in Oesterreich und anderswo — so lange währen, solange es den Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen gibt. Denn nie werden die Besitzenden vergessen, daß die Schule eines ihrer politischen Herrschaftsinstrumente ist, solange sie die Schule beherrschen, solange sie ihre Organisation und ihren Lehrplan zu bestimmen vermögen. — Wehe dem Proletariat, wenn ihm die Schule gleichgültig ist, wenn es nicht versteht, daß auch der Kampf um die Schulreform ein Klassenkampf ist!

Seit Wien eine sozialdemokratische Mehrheit hat, ist es das Zentrum der österreichischen Schulreform geworden. Nur im sozialistischen Wien sind alle Vorbedingungen für die Schulreform geschaffen worden. Der christlich-soziale Sanierungspräsident Seipel forderte einen 25prozentigen Abbau des Schulwesens und jene Länder, die von den Klerikalen beherrscht werden, folgten seinem Ruf. Der Tiroler Landtag beschloß, für die Schuljahre 1923 bis 1926 „die Durchschnittsschülerzahl auf 70, bezw. 140 Kinder zu erhöhen und nach diesem Verhältnis die Zahl der Lehrer zu bestimmen“ (also abzubauen!). Wien hat die Schülerzahl nicht erhöht, die Lehrerzahl nicht vermindert, obwohl das Reich, das früher 50 Prozent des Personalaufwandes trug, diese Zuwendungen völlig einstellte. — Wien schafft völlig gleiche Voraussetzungen für das Lernen aller Kinder, indem es allen sämtliche Lernmittel zur Verfügung stellt. Es gibt kein hungerndes Schulkind mehr. Arme Kinder bekommen für einen ganz geringen Betrag, viele ganz unentgeltlich, ein ausgiebiges Mittagessen. 150 Schulfürsorgerinnen und 58 Schulärzte (41 davon hauptberuflich als solche tätig!) prüfen regelmäßig den Gesundheitszustand und die sozialen Verhältnisse der Kinder. Wo die Gefahr schlechter häuslicher Erziehung, sittlicher Gefährdung festgestellt wird, greift das städtische Jugendamt ein und sorgt für geeignete Unterbringung der Kinder. — Schulzahnkliniken sorgen für Untersuchung und Pflege der Zähne aller Kinder. — Lueger lehnte seinerzeit den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des schulärztlichen Dienstes mit der Begründung ab, er lasse die Wiener Schulmädels nicht von jüdischen Ärzten untersuchen! Und gegen die sozialdemokratische Forderung nach Schaffung von Schülerhorten wandte er sich, weil — dadurch die Faulheit der Mütter unterstützt würde! Welch ein Unterschied zwischen diesem „christlichen Idealismus“ und dem sozialdemokratischen „Materialismus“!



Für schwach befähigte, für schlecht sehende, für blinde und taube Kinder ist durch Hilfsschulen besonders vorgesorgt. Für besonders begabte Kinder werden eigene Begabtenkurse geschaffen. 3200 Kinder erhalten auf Kosten der Gemeinde Violinunterricht. Kindern, die durch längere Zeit der Schule fernblieben, müssen die Lehrer an den Nachmittagen besonderen Nachunterricht erteilen. Dadurch ist es gelungen, die Zahl der Repetenten gewaltig zu vermindern, von 13,3 Prozent im Jahre 1917 auf 4,3 Prozent im Jahre 1924!

Der gefürchtete Katalog spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Wichtiger ist der die körperliche, geistige und Charakterentwicklung des Kindes festhaltende Schulbeschreibungsbogen, der das Kind durch acht Jahre begleitet bis zum Austritt aus der Schule. Der Schulaustritt ist nur mit dem Ende des Schuljahres möglich. Dann tritt das Berufsberatungsausschussamt, dem alle freien Lehrstellen angemeldet werden müssen, in Tätigkeit. — Soweit es also überhaupt möglich ist, für das Kind zu sorgen, geschieht es...

Noch etwas für die Lehrmethode Charakteristisches: es gibt kein „Lesebuch“ mehr! Nur noch Klassenlektüre. Kleine, schön gedruckte, mit reichem Bilderschmuck versehene, durch bunten Umschlag erfreuende Bändchen werden den Kindern in die Hand gegeben. Inhalt: Sagen, Märchen, Gedichte, Geschichten — aber nur Werke wirklicher Dichter und großer Schilderer — Reisebeschreibungen. 97 solcher Bändchen hat die Gemeinde Wien schon herausgegeben. Einzig in seiner Art, heute schon im Ausland vielfach nachgeahmt, ist das illustrierte Liederbuch „Kinga Kinga Keia“. — Davon erzählen unsere Bürgerlichen freilich weniger gern, als daß sie betrübliche Klagen darüber anstimmen, daß Glöckel 120.000 Bände „bewährter Jugendbücher“, nämlich die faden, frömmelnden Geschichten von Christoph v. Schmidt und die blutrünstigen Indianergeschichten Karls Mays aus den Schülerbibliotheken entfernen und einstampfen ließ.

Von dem gemeinsamen Bemühen einer Volksschulklassen, einen Ausflug ins Krapfenwaldl zu beschreiben, wurde schon erzählt. Nun, diese „Lehrausgänge“ gehören zum Unterricht! Die Gemeinde zahlt den Kindern die Straßenbahnfahrten. — Die Gemeinde hilft auswärtigen Kindern, Wien zu besuchen und kennen zu lernen. Im Vorjahre waren es 3690 Kinder. Am 6. Mai wurde ein für die Unterbringung solcher Kinder bestimmtes Haus, die Zentralkinderherberge, feierlich eröffnet.

Selbst die knappste Darstellung der Wiener sozialistischen Schulpolitik wäre unvollständig, würde nicht auch erzählt, was Wien schon für die Lehrerbildung getan hat und noch tut. Denn die neue Schule stellt viel größere Anforderungen an die Lehrer, als die alte Drillschule, und diese können ihre Pflichten nur erfüllen, wenn sie, sich an ihre neuen Aufgaben anpassend, mit ihnen wachsen. Die Gemeinde hat sich viel Mühe gegeben, ihnen dabei zu helfen. Sie hat vom Lande Niederösterreich die ehemalige Lehrera Akademie, zur Zeit der christlichsozialen Herrschaft ein Hort des Klerikalismus, übernommen und in das Pädagogische Institut der Stadt Wien umgestaltet, an dem jetzt mehr als 50 Dozenten lehren. Die Lehrera Akademie war von ein paar hundert Lehrern besucht — das Pädagogische Institut im Winter 1925/26 von 3361 Lehrern! Sobald die Ge-



meinde die Mittel aufbringt, wird für das Pädagogische Institut ein eigenes Gebäude errichtet werden. Im Jahre 1925 wurden auch Hochschulkurse für die Lehrer eingerichtet. Ganz neu ist das Psychologisch-experimentelle Institut, das der Erforschung der Seele des Schulkindes und dem Studium der Lehrmethoden dient. Gleichfalls eine Neuschöpfung ist die Pädagogische Zentralbücherei, die bereits 65.000 Bände zählt und über 350 Fachzeitschriften verfügt. Es gibt nur eine größere pädagogische Bücherei: die Comenius-Bücherei in Leipzig. Die Gemeinde unterstützt auch die Herausgabe der im „Deutschen Verlag für Jugend und Volk“ erscheinenden „Lehrerbücherei“, die der Einführung der Lehrer in die Probleme der Schulreform dient. Das Ergebnis dieser Bemühungen: Die Lehrerschaft hat gerne Mühe und Mehrarbeit auf sich genommen, sie arbeitet freudig mit, sie dient der Schulreform und fördert sie und macht sie damit erst wirklich lebendig.

Feste Stütze der Schulreformbewegung sind auch die Elternvereinigungen geworden, die Eltern und Schule zu einer engen Gemeinschaft verbinden, schöne Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern ermöglichen und Aufklärung über moderne Erziehung in immer weitere Kreise tragen.

Nur eine skizzenhafte Zeichnung der Wiener Schulreform war hier möglich, aber sie läßt doch die Größe des Werkes erkennen, eines Werkes, das bewundernde Anerkennung der ersten Schulfachleute der ganzen Welt gefunden hat.

Es ist kein rein sozialistischer Gedanke, der hier verwirklicht wurde — denn eine solche Schulreform war und ist das Ziel aller modernen Pädagogen. Aber nur Sozialdemokraten konnten das Werk schaffen, denn das Bürgertum kann sein Bildungsprivileg nicht preisgeben, ohne selbst seine Klassenherrschaft zu erschüttern. So ist es dann kein Zufall, daß die modernste Schule Europas in jener Großstadt zu finden ist, in der die Sozialdemokratie die unbestrittene Mehrheit hat: in Wien.





Maifeier vor dem Rathause.



## Die Wiener Arbeiterbewegung.

Die Macht der Sozialdemokraten in der Gemeinde Wien ruht auf dem Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung, auf der unerschütterlichen Parteitreuheit gewaltiger Arbeitermassen, die der Partei zur Machteroberung verhalfen und ihr die Machtbehauptung sichern. Jahrzehntelange eifrige und planmäßige Werbe- und Aufklärungsarbeit war notwendig, um die Partei so groß und stark zu machen, daß sie bei den Wahlen die große Mehrheit der Bevölkerung für ihr Programm gewinnen konnte, nun aber wirkt natürlich die sozialistische Arbeit im Rathaus, wirkt jedes Reformwerk werbend für die Partei und stärkt so wieder ihre Macht in der Gemeinde. Seit dem Jahre 1919 ist die sozialdemokratische Parteiorganisation in einem ununterbrochenen Wachstum begriffen.

Die Wiener sozialdemokratische Partei war und ist eine Kampfpartei, die groß und stark geworden ist im Kampfe und durch den Kampf. Sie ist zur stärksten politischen Partei Wiens geworden in jahrzehntelangem Kampfe gegen einen Feind, dessen Macht unzerbrechlich, dessen Burgen uneinnehmbar schienen, im Kampfe gegen die christlichsoziale Partei. Die Christlichsozialen herrschten durch die Lücke des Privilegienwahlrechtes und vermehrten die Vorteile, die ihnen das Privilegienwahlrecht gab, noch durch einen mit größtem Raffinement aufgebauten Wahlschwindel, der die Sozialdemokraten noch um tausende Arbeiterstimmen im vierten Wahlkörper brachte. Längst Verstorbene blieben noch jahrelang lebendig in den Wählerlisten, mit ihren unbestellbaren Legitimationen gingen christlichsoziale Vertrauensleute wählen. Tausende Arbeiter verloren das Wahlrecht, weil sie — eine Armenunterstützung bekommen hatten! Aber was für Armenunterstützungen: eine kleine einmalige Geldaushilfe, eine Kohlenanweisung, die Schulbücher für ihre Kinder. Um den Wahlschwindel und Wahlterror der Christlichsozialen zu bekämpfen, mußten die Sozialdemokraten ihren Organisationsapparat sorgfältig ausbauen, mußten sie in jedem Hause einen Vertrauensmann haben, um ihn wettzumachen, war vervielfachte Werbearbeit notwendig. Dank dieser Arbeit stand der Partei, als die Revolution die Privilegienburgen zerbrach, nicht nur ein gewaltiger Organisationsapparat zur Verfügung, stand hinter ihr auch die große Mehrheit der Arbeitenden Wiens.

Im Jahre 1919 hatte die sozialdemokratische Partei in Wien 81.530 Mitglieder, am Ende des Jahres 1925 zählte sie 301.744, davon 93.932 Frauen. Aber in den ersten drei Monaten des Jahres 1926 stieg der Mitgliederstand wieder um viele tausend, so daß zur Zeit unseres Besuches in Wien die Partei weit über 300.000 Mitglieder hatte! Bei den Nationalratswahlen im Jahre 1923 bekam die sozialdemokratische Partei in Wien 275.543 Männer- und 295.921 Frauenstimmen, zusammen also 571.464 Stimmen. Ende 1925 waren 75.42 Prozent der männlichen und 31.74 Prozent der weiblichen sozialdemokratischen Wählerschaft politisch organisiert. Bemerkenswert ist, daß, obwohl die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Frauen bedeutend geringer ist als die der Männer, die der Partei angehören, doch die Zahl der Frauenstimmen, die für die Partei abgegeben wurden, um rund zwanzigtausend größer ist als die der sozialdemokratischen Männer-



stimmen. Von je fünf über zwanzig Jahre alten Wienern gehören zwei der sozialdemokratischen Partei an! Die sozialdemokratische Partei ist also eine Massenpartei, eine Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Partei gibt an die männlichen Parteimitglieder kostenlos die illustrierte Monatschrift „Der Sozialdemokrat“, an die weiblichen Mitglieder die Monatschrift „Die Frau“ ab. Jährlich werden vier Broschüren kostenlos an die Parteimitglieder ausgegeben. Außerdem erscheint noch eine illustrierte vierzehntagszeitung für die Frauen, „Die Unzufriedene“, die eine Auflage von 140.000 hat, wovon 70.000 auf Wien entfallen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat eine Tagesauflage von rund 100.000, für eine sozialdemokratische Zeitung sehr viel, im Vergleich mit der Zahl der Parteimitglieder und der Zahl der sozialdemokratischen Wähler natürlich noch lange nicht genug. Die Parteiarbeiten werden von 13.000 Vertrauensleuten besorgt, von denen ungefähr 2000 Frauen sind.

Natürlich ist die Partei noch lange nicht zufrieden. Ihr Ziel muß die organisatorische Erfassung aller sozialdemokratischen Wähler und die Eingliederung aller Arbeiter in die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation sein. Was da noch zu tun ist, zeigen die Differenzen zwischen der Zahl der Parteimitglieder und der Wähler, andererseits die Unterschiede zwischen der Zahl der politisch organisierten Arbeiter und der Zahl der in den Gewerkschaften und in den Genossenschaften organisierten Arbeiter. Den freien Gewerkschaften gehören in Wien 318.000 Männer und 125.000 Frauen an, in den Genossenschaften sind 167.000 Familien zusammengefaßt. Es sind also noch lange nicht alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch Mitglieder der Partei, es sind noch bei weitem nicht alle Parteimitglieder auch Mitglieder der Genossenschaften. Nun ist das völlige Zusammenfallen der Mitgliedschaft in allen drei Zweigen der proletarischen Organisationen, ist die völlige Durchorganisation des gesamten Proletariates freilich ein nie ganz erreichbares Ideal, aber doch eines, dem man nahekommen will und kann, und der Erreichung dieses Zieles dienen alle organisatorischen Kräfte.

Als eine für Wien besonders charakteristische Erscheinung muß angeführt werden, daß es eine eigene Organisation der sozialdemokratischen Kaufleute und Gewerbetreibenden gibt, die 17.000 Mitglieder hat und damit beinahe die Stärke des christlichsozialgroßdeutschen „Gewerbebundes“ erreicht hat. Nach vielen Tausenden zählen also in Wien bereits jene Kleinhandwerker und Kleinkaufleute, die erkannt haben, daß sie ihre Interessen am besten wahren in Gemeinsamkeit mit den Arbeitern, daß ihr Wohlergehen und ihr Verelenden bedingt sind durch Aufstieg oder Niedergang der Arbeiterklasse. Man vergleiche mit diesen Wiener Gewerbetreibenden, die in der sozialdemokratischen Partei organisiert sind und Schulter an Schulter mit den Arbeitern gegen das Großkapital kämpfen, jene deutschen Gewerbetreibenden in der Tschechoslowakei, die es ihren politischen Wortführern, ihren parlamentarischen Vertretern, den Herren von der Gewerbepartei und den Christlichsozialen, gestatteten, für die Lebensmittelzölle zu stimmen, also für die Verteuerung der Lebenshaltung der Gewerbetreibenden selbst und der ihrer wichtigsten Kunden, der Arbeiter,



deren Kaufkraft dadurch geschwächt wird. Unsere Gewerbetreibenden haben, als sie sich während des Zollkampfes auf die Seite der Agrarier und gegen die Arbeiter stellten, gegen sich selbst gekämpft! Größere politische „Selbstlosigkeit“ kann von deutschen Kleinbürgern nicht verlangt werden. Aber sie ist nicht gar so erstaunlich angesichts der viel erschütternderen Tatsache, daß zehntausende Arbeiter für die Parteien der Wucherzölle gestimmt haben! Auch große Massen des sudetendeutschen Proletariates haben noch lange nicht jene politische Reife erlangt wie die Wiener Arbeiterschaft.

Die Wiener Partei ist längst hinausgewachsen über eine Partei der Handarbeiter. Zehntausende Beamte, Lehrer, Angestellte, Ingenieure, geistige Arbeiter aller Art stehen in ihren Reihen. Ist es nicht bezeichnend, daß die Aufzählung der Berufe der Parteimitglieder im Jahresberichte der Bezirksorganisation Ottakring beginnt mit Ärzten, akademischen Malern, Architekten? Daß dieser Bericht allein 138 Bankbeamte aufweist? Immer mehr wird es auch für den Geistesarbeiter zur Selbstverständlichkeit, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen oder doch zumindest für sie zu stimmen, und je mehr die christlichsoziale Partei, durch die Entwicklung dazu gedrängt, zur schamlosen Vertreterin aller Ausbeuterinteressen wird, um so mehr wird die sozialdemokratische Partei zu der alle Arbeitenden, alle Hand- und alle Kopfarbeiter umfassenden politischen Kampfgemeinschaft.

Rückschläge blieben und bleiben natürlich auch der Wiener sozialdemokratischen Partei so wenig erspart wie irgendeiner anderen politischen Partei. Jedes Anwachsen des Arbeitslosenheeres infolge einer Verschärfung der Wirtschaftskrise macht wieder Arbeitern das Zahlen der Parteibeiträge unmöglich, es macht auch wieder manche Arbeiter politisch unsicher, scheidet sie vorübergehend von der Partei. Noch leichter gehen Intellektuelle, die ja politisch meist ungeschulter sind als die Arbeiter, der Partei, der sie sich in einem Aufwallen der Begeisterung anschlossen, wieder verloren. Aber so zielbewußt arbeitet die Wiener Partei und so gewaltig ist die Anziehungskraft ihrer Leistungen in der Gemeinde, daß sie alle Rückschläge immer wieder zu überwinden vermochte und daß solche Rückschläge immer seltener werden und immer schwächer.

Die Zahl der Versammlungen und der sonstigen Veranstaltungen der Wiener Partei wächst ins Gigantische. Im Kampfe um die Erhaltung des Mieterschutzes hatte die Partei für einen Tag 300 Versammlungen angekündigt, 500 sind daraus geworden! So stark war der Andrang der Massen, die dem Rufe der Partei gefolgt waren.

Selbstverständlich muß die Partei auch auf die politische Schulung ihrer Mitglieder und auf die Fortbildung ihrer Vertrauensleute bedacht sein. Dem ersterwähnten Zwecke dienen die zahllosen Sektions- und sonstigen kleineren Versammlungen, in denen regelmäßig Vorträge gehalten werden, der Ausbildung der Vertrauensleute die besonderen Kurse, von denen im letzten Jahresberichte der Zentralstelle für das Bildungswesen 20 mit 354 Abenden angeführt werden. Der Ausbildung der Funktionärinnen dienten 24 Frauenschulen mit 304 Abenden. Daneben leisten natürlich auch die Gewerkschaften viel Bildungsarbeit und nach vielen Tausenden zählen die Arbeiter, die von den allgemeinen Volksbildungsmöglichkeiten, die in





Genossin Stefan überreicht das Fahnenband.



Genosse Sever übernimmt das Fahnenband.



Wien sehr zahlreich sind, Gebrauch machen, die Kurse in den Volksheimen besuchen und die vollstündlichen Universitätskurse füllen. Die Krönung der Bildungsarbeit der Partei ist die Arbeiterhochschule, die in einem ehemaligen Schloßchen untergebracht ist, 32 Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 20 bis 30 Jahren zusammenführt in ein sechs Monate währendes Internat, die besten Theoretiker und Praktiker der österreichischen Partei zu ihren Lehrern zählt und als wichtigste Lehrgegenstände Geschichte, Nationalökonomie und Sozialpolitik pflegt.

Mit der Aufzählung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen und ihrer Tätigkeit wäre die Schilderung der Wiener Arbeiterbewegung nur unvollständig. Sie muß ergänzt werden durch einen Hinweis zumindest auf die große Zahl proletarischer Kulturorganisationen und auf ihr reiches, buntes, vielgestaltiges Leben. Das ganze Leben des Arbeiters wird beherrscht, wird gestaltet durch die Organisation! Er turnt, er pflegt moderne Gymnastik in den Turnvereinen und in sonstigen Sportorganisationen, er wird durch „Die Naturfreunde“ zum Wandern und zum Wintersport angeregt, durch den Arbeiterschwimmverein zum Wassersport, es gibt keinen modernen Sportzweig, der nicht auch von Arbeitern gepflegt würde, zu dessen Pflege sich nicht Arbeiter in besonderen Organisationen zusammengeschlossen hätten! Auch die Radiofreunde, die Freunde des Schachspieles, die Anhänger sonstiger Liebhaberrien sind in Arbeitervereinen zusammengefaßt. Man darf wohl ohne Uebertreibung und ohne Schönmalerei sagen, daß sich innerhalb des Proletariates ein reiches eigenes Kulturleben entwickelt hat, und daß dieses in so vielen Formen sich regende, so vielfach sich äussernde Kulturleben der Wiener Arbeiter Ausdruck eines Aufstieges des Proletariates aus den Tiefen der materiellen und geistigen Verelendung, in die der Kapitalismus es gestoßen, zu früher kaum für erreichbar gehaltenen Höhen ist, und daß dieser wundervolle Aufstieg das Werk und das Verdienst der Sozialdemokratie ist.

Ein Proletariat, das durch seine Vertrauensleute eine so sorgfältig durchdachte, so planvoll durchgeführte Schulreform zu schaffen imstande war, ein solches Proletariat weiß das Kapital zu schätzen, das es in seinen Kindern hat, es weiß, daß alle politische Arbeit, aller politische Kampf sinnlos werden, wenn es nicht gelingt, die sozialistischen Ideen, die den Eltern Lebensinhalt und Lebensfreude sind, und den sozialistischen Idealismus, der so Gewaltiges geschaffen in dieser sozialistischsten Stadt der Welt, als wertvollstes Erbe weiterzugeben an die Kinder, an die kommende Generation des Proletariats, es weiß, daß es, je näher es dem Entscheidungskampfe mit seinem Klassengegner kommt, es um so mehr auch darauf bedacht sein muß, dem Klassenfeind die Kinder zu entreißen, daß es auch sorgen muß für die Erziehung des Proletariaterkindes für den Sozialismus. Es hat sich im sozialdemokratischen Schul- und Erziehungsverein „Freie Schule-Kinderfreunde“ eine große, leistungsfähige Erziehungsorganisation gebaut, die in 369 Ortsgruppen 85.000 Mitglieder zählt, etwa 3500 freiwillige Mitarbeiter zählt und durch Ausflüge, Wanderungen, Veranstaltung von Spieltagen, durch Pflege von Sport, Turnen, Gesang, Musik, Handarbeit, durch Errichtung von Kinderbüchereien, durch Veranstaltung von Kinderfesten die Arbeiterkinder zusammenführt, sie in Gemeinschaften zusammenfaßt, in ihnen Ge-



meinschaftsfühlen und Gemeinschaftsdenken zu erwecken versucht, und damit die Vorbedingungen zu künftiger sozialistischer Lebensgestaltung zu schaffen bemüht ist. Selbstverständlich ist dem Verein ebenso wichtig wie die unausgesetzte Beschäftigung mit den Kindern, und wie die Fürsorge für sie, welche die öffentliche Jugendfürsorge wertvoll ergänzt, die Erziehung der Eltern zu Verständnis für das Kind und die Beschäftigung mit sozialistischen Erziehungsproblemen.

Ergänzung der öffentlichen Fürsorge will auch der Verein „Societas“ bieten, ein unter der Leitung sozialdemokratischer Frauen stehender Verein, der tausender Armer sich annimmt, bei denen noch größere, weiter reichendere Hilfe nötig ist, als die Gemeinde sie zu bieten vermag, der ein Jungmädchenheim für 50 Lehrlingmädchen unterhält, vielen hundert Kindern Erholungsaufenthalt schafft, ebenso Erwachsenen, eigene Kinderheime unterhält, in zahlreichen Sprechstunden Rat erteilt und Hilfe vermittelt. Auch dieser Verein „Societas“ ist ein Glied der großen Wiener Arbeiterbewegung.

Rasch, unaufhaltsam, sehen wir, wenn wir auf die letzten Jahre zurückschauen, diese Bewegung sich aufwärts entwickeln. Wie aber, wenn die Besitzenden, von Angst gepackt vor dem Augenblick, da die Sturmflut dieser Bewegung ihre Machtpositionen hinwegschwemmen wird, versuchen wollen, mit Gewalt diese Bewegung niederzuschlagen, wenn sie der Demokratie, die der Entwicklung der Arbeiterbewegung so günstig ist, überdrüssig werden und es einmal mit der Diktatur, mit der Diktatur des Bürgertums versuchen wollen? O, sie können einen solchen Versuch gar nicht wagen, die Parteien des Bürgertums! Denn sie können sich nicht auf die kleine österreichische Armee verlassen. Die übergroße Mehrzahl der Soldaten ist freigewerkschaftlich organisiert, ist zum Kampfe gegen die Arbeiter nicht zu gebrauchen! Auch der Großteil der Gendarmerie und der Polizei ist sozialdemokratisch organisiert, also gleichfalls nicht für bürgerliche Putschpläne verwendbar. Und außerdem hat das österreichische Proletariat sich im Republikanischen Schutzbund eine sehr starke Abwehrorganisation geschaffen, die so zahlreich, so straff organisiert ist, so gut diszipliniert, daß ihr Bestand allein schon genügt, allen Gegenrevolutionären Furcht einzujagen. Das österreichische Proletariat ist also wehrhaft, es war so klug, dem Faschismus zuvorzukommen und ihn damit unmöglich zu machen. Wo immer es eine fascistische Gefahr gibt, schickt das Proletariat sich an, dem österreichischen Beispiele zu folgen und es muß dieses Beispiel befolgen, soll es nicht das Los des italienischen Proletariates teilen.

Mit der Schaffung des Republikanischen Schutzbundes hat die österreichische Sozialdemokratie den Arbeitern aller Länder ein ungemein wertvolles Beispiel gegeben. Denn da sich das Bürgertum überall dort, wo es seine Herrschaft durch den Aufstieg des Proletariates bedroht sieht, zur Bekämpfung und schließlichen Niederringung der Arbeiterklasse fascistischer Methoden bedient, so ist die Arbeiterschaft zur Schaffung von Abwehrorganisationen gezwungen. Das Bürgertum ist, seit die Sozialdemokraten solche Ordnerwehren organisieren, sehr besorgt um unsere demokratischen Grundsätze geworden und fragt erstaunt, wie denn die Bildung militärischer Formationen mit ihnen vereinbar sei. Aber das Bürgertum übersieht dabei ge-



flissentlich, daß ja die Arbeiter mit Hilfe ihrer Ordnertruppen die Demokratie nicht beseitigen, sondern sie verteidigen und schützen wollen. Das Bürgertum ist in seiner Mehrheit nur solange Freund der Demokratie, solange es auch in der Demokratie seine Klassenherrschaft aufrecht erhalten kann, solange ihm nicht das Proletariat gefährlich zu werden beginnt. Wie rasch und wie gerne das Bürgertum bereit ist, mit seinen demokratischen Traditionen und Grundsätzen zu brechen, das zeigen nicht nur der mühelose Sieg des Faschismus in Italien, der weiße Terror in Ungarn, die Begünstigung der völkischen militärischen Verbände in Deutschland durch die Industriellen, das sahen wir auch nach dem Zusammenbruche der allnationalen Koalition in der Tschechoslowakei. War nicht auch hier ein großer Teil des tschechischen Bürgertums in dem Augenblick, da die „Demokratie“ in diesem Staate ihren tschechisch-nationalen Charakter zu verlieren drohte, bereit, „es ohne Demokratie zu versuchen“? Begann nicht damals die tschechische faschistische Bewegung eine ernstere zu wertende Gefahr zu werden? Ist das nicht Mahnung genug für die tschechischen und deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei, endlich dem Beispiele der Arbeiter Oesterreichs zu folgen?

Die Ordnerorganisationen, die jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter in einer ganzen Reihe von Staaten nach dem Vorbilde des „Republikanischen Schutzbundes“ aufbauen — die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei haben sich die „Rote Wehr“ geschaffen — haben nichts mit Militarismus zu tun, wenngleich natürlich solche Organisationen die militärischen Formen nicht entbehren können. Auch Abteilungen von Arbeiterordnern können nicht anders als im Gleichschritt und nach Kommando marschieren und müssen, um als festgefügte Körperschaft zu erscheinen, uniformiert sein. Auch sie müssen streng diszipliniert sein. Aber ihre Disziplin ist eine freiwillige, so wie der Beitritt zu den proletarischen Ordnerformationen ein freiwilliger ist. Sie haben nicht ernannten Offizieren zu gehorchen, sondern ordnen sich freigewählten Führern unter. Und was von entscheidendster Bedeutung ist: sie haben das Bewußtsein, nicht fremden, ihnen gleichgültigen oder gar feindlichen Zwecken zu dienen, sondern ihrer eigenen, der proletarischen Sache! Sie sind Verteidiger der politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiter, sind Schützer der Demokratie, sind Ausdruck und Verkörperung der Wehrhaftigkeit des Proletariates!

Wehrhaft werden aber muß das Proletariat, sonst erliegt es dem Ansturm seiner Klassenfeinde. Weil das österreichische Proletariat wehrhaft ist, weil es sich im „Republikanischen Schutzbund“ eine so starke Abwehrorganisation geschaffen hat, braucht es nicht zu befürchten, daß die Republik Oesterreich das Opfer eines Rechtsputsches werden könnte. Unter dem Schutze des „Republikanischen Schutzbundes“ entwickelt sich die österreichische Arbeiterbewegung.

Die Ordnerorganisation der deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei kann nicht in derselben Form geschaffen werden, wie die unserer österreichischen Genossen, sie hat auch nicht genau die gleichen Aufgaben zu erfüllen. Aber Schutz unserer Versammlungen und sonstigen Kundgebungen, Aufrechterhaltung der Ordnung bei unseren Veranstaltungen brauchen auch wir. Schon deshalb müssen auch wir uns unsere Ordnerorganisation schaffen.



Welche größeren Aufgaben ihr die Entwicklung der Arbeiterbewegung stellen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Aber Schützer dieser Entwicklung wird sie sein!

Vierundachtzig deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Tschechoslowakei haben die Arbeit der Wiener sozialdemokratischen Gemeindemehrheit kennen gelernt, aber auch die herrliche, in so breitem Strom dahinflutende Wiener Arbeiterbewegung, ohne die alles das, was in Wien in den letzten Jahren an Neuem geworden ist, nicht möglich wäre, nicht denkbar ist. Und nichts hat sie so mit Freude und Staunen, mit Glück und Begeisterung erfüllt wie die Wucht, der Schwung, die Größe dieser Bewegung. In den Arbeiterwohnungen und in den Versammlungen, bei festlichen Kundgebungen und in Besprechungen, aus Berichten und Statistiken und Vorträgen haben sie die Wiener Arbeiterbewegung kennen gelernt. Aber was sie ist, was das Wiener Proletariat ist, was die Wiener Sozialdemokratie ist, das sahen, das erlebten sie doch erst so recht am 1. Mai, bei der großen Kundgebung der Wiener Arbeiterschaft für den Sozialismus und den Völkerfrieden, die Demonstration und Feier, die Fest und Schwur der Gesamtheit der Arbeitenden dieser Stadt war!



Am 1. Mai: Abmarsch der Delegation unter Führung der Ehrenkompagnie des Republikanischen Schußbundes.



## Die rote Ringstraße.

Am frühen Vormittag des ersten Mai waren wir, freundlich begrüßt von Arbeitergruppen, die zu den Bezirksammelpätzen zogen, zum Rathaus marschirt. Auf der Loggia des Rathauses war für uns Platz freigehalten worden. Wir sollten von der Wiener Maifeier so viel sehen, als von einem Punkte aus überhaupt zu sehen ist. Daß sie nirgends ganz zu überschauen sein werde, war uns vorausgesagt worden. Wir waren also auf Großes gefaßt, waren darauf vorbereitet, gewaltige Massen aufmarschieren zu sehen. Und waren doch überwältigt vom Anblick des unübersehbaren Meeres, das eine Stunde später den Rathausplatz, die Ringstraße, alle die großen Zufahrtsstraßen erfüllte!

Noch war der schöne, weite Rathausplatz fast menschenleer, als wir an die Brüstung der Loggia traten. Nur Ordnerzeilen bildeten eine Gasse, die freigehalten werden sollte. Aus unserem Versunkensein in freudigen Genuß des wundervollen Rundblicks, der sich von diesem bevorzugten Platze aus bietet, riß uns Musik. Die Züge aus den Bezirken kommen! Radfahrerkolonnen voran. Ordnerbataillone. Und dann Massen, die nicht zu zählen, die kaum zu schätzen sind. Tausendstimmiger Zuruf klingt zu uns empor: „Freundschaft! Freundschaft!“ Fächer wehen, Fahnen werden geschwungen. Und wieder und wieder grüßt uns das herzliche „Freundschaft!“, das unsere Genossen jubelnd zurückrufen zu den immer dichter gegen das Rathaus flutenden Massen. Der weite, weite Platz ist bald so besetzt, so menschenfüllt die Ringstraße, daß man nur noch das Grün des Rathausparkes inselhaft aus der Masse ragen sieht. Wie weit diese Masse reicht, können wir nicht sehen. Wir wissen nur, daß auch beim Parlament und bei der Universität gesprochen wird und daß diese drei Versammlungen zusammengelassen sind zu einer einzigen großen Versammlung des arbeitenden Volkes Wiens. Nicht nur der Aufmarsch so ungeheurer Massen erzwingt rückhaltslose Bewunderung. Nicht minder weckt Staunen die Disziplin dieser Massen. In schönster Ordnung vollzieht sich der Aufmarsch, ohne Störung, ohne Verwirrung, ohne Stotkung. Ebenso reibungslos lösen sich nach Schluß der Feier aus diesem Meer die Ströme, die zurückfluten in die Bezirke. Das ist wahrhaftig keine formlose, ungestaltete Masse, das demonstrierende Proletariat Wiens! Das ist ein wohldiszipliniertes, bis zum letzten einzelnen vom Bewußtsein der Gemeinschaftspflichten erfülltes, von der Größe seiner Mission getragenes und ihr freudig dienendes Volk!

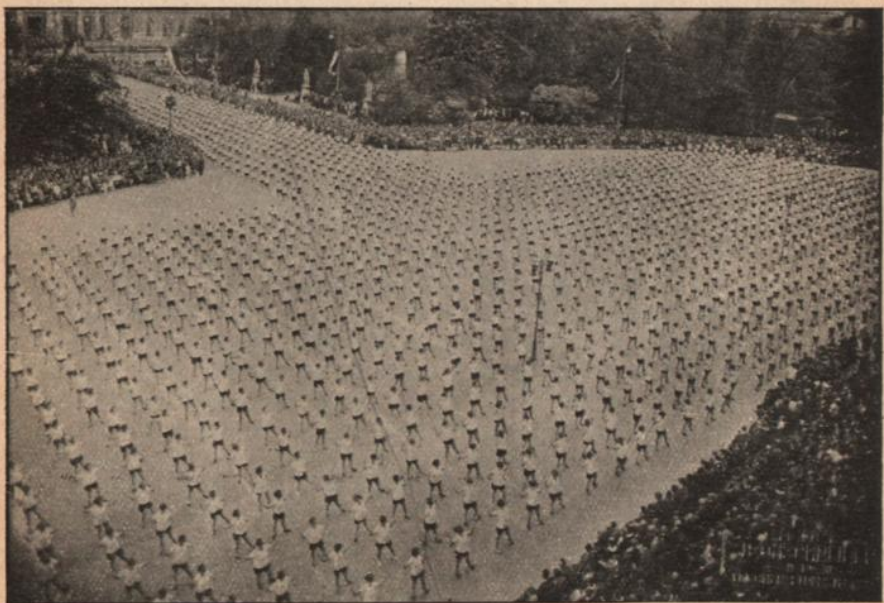
Nur ein ganz großer Schilderer, eine dichterischer Gestalter großer Geschehnisse, könnte ein plastisches Bild dieser Massenfeier zeichnen. Nur schwacher, unzulänglicher Ausdruck unseres Ergriffenseins, unseres Staunens, unserer Begeisterung können alle unsere Schilderungen sein. Stellt euch die Wiener Maifeier so groß, so gewaltig, so ungeheuer vor, wie eure Phantasie es vermag und eure Vorstellung wird doch nicht an die Wirklichkeit heranreichen. Und keiner der Delegierten wird euch zu sagen vermögen, was er innerlich erlebte, wird sagen können, was er empfand beim Anblick dieses zur Feier des ersten Mai vereinten Arbeitsvolkes Wiens.

Vorüber sollte man mehr staunen: über die großen, starken Gruppen der





Am 1. Mai: Ansprache des Genossen Seig beim Arbeiterturnfest.



Am 1. Mai: Vorführungen der Arbeiterturner auf dem Rathausplatz.



Jugendlichen, über die Ordnerbataillone, über die Scharen uniformierter Eisenbahner und Straßenbahner, über die starke Beteiligung der Frauen und Mädchen? Oder über das Stadtbild: Alle städtischen Gebäude geschmückt mit Fahnen in den Stadtfarben, die Lichtmasten rot und in den Stadtfarben beflaggt?

Den Mittelpunkt der Feier bildete die Ueberreichung eines Bandes für die Fahne der Internationale durch Genossin *S t e f a n*, Mitglied unserer Delegation, die von den Hunderttausenden mit stürmischem Jubel begrüßt wurde. Vorher hatten die Genossen *S e i k*, *D r. F r i k A d l e r*, Genossin *P o p p* und, im Auftrage der Delegation, Genosse *H o f b a u e r* gesprochen. Nach Ueberreichung des Fahnenbandes sang die Masse das „Lied der Arbeit“ und dann marschiert unsere Abordnung durch ein Spalier, das rasch gebildet war, an den ihnen jubelnden Wiener Freunden vorbei, vorbei an den Scharen, die die Ringstraße füllten — und dann, gemeinsam mit den Genossen des neunten Bezirkes, vorbei an dem Häuflein derer, die sich abgesondert haben von ihrer Klassenorganisation, vorbei an dem Häuflein der Wiener Kommunisten, die vor der Votivkirche ihre Maifeier abhielten. Und der jedem sich aufdrängende Vergleich zwischen beiden Feiern sagte ihnen, wo die Zukunft des Proletariates ist, wer Anwalt und Wortführer des Proletariates ist und sein Befreier sein wird.



## Was können wir von den Wiener Arbeitern lernen?

Es waren recht zwiespältige Gefühle, die unsere Arbeiter erfüllten, als sie nach der an großen Erlebnissen so überreichen Woche ihres Aufenthaltes in Wien wieder heimfuhren, — aus der Großstadt in ihre Wohndörfer und Kleinstädte, aus der Stadt der Massenbewegung zurück zu ihren kleinen Organisationen, aus dem Lande der in der Sozialdemokratie geeinten, durch ihre Einheit mächtigen Arbeiterklasse ins Land der so vielfach gespaltenen, durch ihre Zersplitterung so sehr geschwächten Arbeiterbewegung. Und in manchem wurde der Wunsch rege, und mancher gab ihm auch Worte: „D, könnt' ich doch in Wien bleiben!“

Aber einer unserer Genossen hat gelegentlich in einer Ansprache in Wien gesagt: „Ja, uns alle hat der Wunsch gepackt, in Wien bleiben zu können. Aber wenn wir auch in Wien bleiben könnten, wir dürften es nicht! Gerade weil wir soviel Großes und Schönes gesehen haben, das von den Wiener Arbeitern geschaffen wurde, gerade weil wir die vorbildliche Organisation der sozialdemokratischen Partei Wiens kennen gelernt haben, — gerade deshalb müssen wir in unsere Heimat zurückkehren, um den Arbeitern in der Tschechoslowakei zu erzählen von Kampf und Arbeit und Erfolgen der Wiener Genossen. Und wir müssen unseren Arbeitern sagen, daß dem Machtantritte der Sozialdemokraten in der Gemeinde Wien vorangegangen ist jahrzehntelanger schwerer und harter Kampf und daß auch wir, wenn wir Erfolge haben wollen, zuerst arbeiten müssen, daß auch wir, wenn wir siegen wollen, zuerst das Proletariat für den Sozialismus gewinnen und es organisieren müssen. Um diese Pflicht zu erfüllen, müssen wir heimkehren. Denn gerade vorbildliche Pflichterfüllung können wir von den Wiener Genossen lernen, haben wir von ihnen gelernt.“

Ja, das ist wohl das wichtigste, was die sudetendeutschen Arbeiter in Wien gelernt haben: ihre Pflicht zu erfüllen, mehr noch zu tun als das, was ihnen bisher als Pflichterfüllung galt. Und die wichtigste Lehre für die Gesamtarbeiterschaft ist wohl die, daß das Proletariat nur zur Macht gelangen kann, daß es nur siegen kann, wenn es einig ist. Die Arbeiter Oesterreichs sind einig geblieben, sie haben alle bolschewistischen Lockungen abgelehnt, sie haben ihre Organisationen nicht spalten, ihre Bewegung nicht zerschlagen lassen, darum sind sie heute eine Macht, werden sie morgen eine noch stärkere Macht sein, darum können sie jetzt in Wien regieren, werden sie in einer Zeit, die gar nicht in unmeßbaren Fernen liegt, auch den Staat beherrschen.

Auch wir können eine Macht werden, auch wir können unsere Hände nach der Staatsgewalt ausstrecken, — sobald wir die Einheit der Arbeiterklasse wieder hergestellt haben. Aber sie kann nicht hergestellt werden durch Befolgung der kommunistischen Einheitsfront-Parolen. Denn da diese Parole für die Kommunisten nur eines ihrer wechselnden „taktischen Manöver“ ist und nicht der tatsächlichen Schaffung der proletarischen Einheit dienen soll, sondern der Verwirrung der Arbeiter, um womöglich wieder einige Splitter



von den sozialdemokratischen Parteien loszulösen, und da Sinowjew erst im März dieses Jahres erklärt hat, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Leninismus, auf dem Boden der kommunistischen Internationale sei gegenwärtig die kommunistische Hauptaufgabe, so ist es vollständig klar, daß wir auf einem Wege der Verständigung mit den Kommunisten in absehbarer Zeit nicht zur Schaffung der proletarischen Einheit gelangen können. Es bleibt uns nur ein Weg offen: immer wieder den Arbeitern zu zeigen, welche furchtbare Schuld die Kommunisten auf sich geladen, wie schwer sie sich an der Arbeiterklasse vergangen haben, als sie die Einheit ihrer Organisation und die Einheitslichkeit ihrer Aktion zerstörten. Und es gilt, den Arbeitern immer wieder zu zeigen, daß das einzige Ergebnis des Bolschewismus in allen europäischen Ländern die Schwächung der Arbeiterklasse ist und daß überall dort, wo sie vorübergehend größeren Einfluß auf die Arbeiterbewegung erlangten, das Proletariat dies mit furchtbaren Niederlagen bezahlen mußte. Und immer wieder müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Arbeiterschaft Wiens nur deshalb stark ist und nur deshalb das Wiener Rathaus zu einer roten Burg machen konnten und nur deshalb ein neues Wien zu schaffen vermochten, weil sie in der sozialdemokratischen Partei geeint blieben. Die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie, das ist unser Ziel, das wir in Wien in aller Schärfe erkannt haben, ein nicht rasch und nicht leicht zu erreichendes Ziel, aber ein Ziel, dessen Erreichung erste Voraussetzung aller größeren Errungenschaften im Klassenkampf des Proletariates dieses Staates ist...

Wir wissen schon, daß wir nicht die Finanzpolitik der Wiener Sozialdemokraten bei uns anwenden können, in unseren kleinen, armen, der Autonomie fast vollständig beraubten Gemeinden. Wir wissen, daß wir nicht solche Wohnpaläste bauen können wie die Gemeinde Wien, unser Fürsorgewesen nicht so organisieren können, die Schule nicht so gestalten können, wie sie die Genosse Glöckel in wahrhaft vorbildlicher Art in Wien neu aufgebaut hat. Heute noch nicht! Denn wenn wir auch wissen, daß unsere kleinen Gemeinden nicht in Betracht kommen als Nachahmer Wiens, so wissen wir doch, daß dieselben Grundsätze, welche die Wiener Genossen zur Grundlage ihrer Gemeindepolitik gemacht haben, Grundsätze sozialistischer Steuer-, Fürsorge-, Wohnungs- und Schulpolitik überhaupt sind, und daß wir, um sie anwenden zu können, die Machteroberung im Staate anstreben müssen. Freilich, dieses Problem ist im Augenblick nicht aktuell, wir sind heute dem Endkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie um die politische Macht nicht so nahe, daß wir uns schon prüfen müßten, in welcher Form, mit welchen Abänderungen und Anpassungen wir das Wiener Beispiel anwenden könnten. Um so notwendiger ist es, die Vorbereitungen für diesen Kampf zu schaffen, die Vorbedingungen für den Sieg in diesem Kampfe!

Noch können wir uns nicht die Wiener sozialdemokratische Gemeindepolitik zum Vorbilde für die Arbeit unseres Alltags nehmen, — aber vor uns steht als leuchtendes Beispiel die Wiener Arbeiterbewegung! Auch wir können arbeiten, gleich den dreizehntausend Wiener Vertrauensmännern, gleich den Zehntausenden, die vor ihnen Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei Wiens waren, wir können so treu, so eifrig, so fleißig, so



hingebungsvoll arbeiten wie sie, um die Arbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen, um sie einzugliedern in unsere Organisation. Auch wir können unsere Gewerkschaften und unsere Genossenschaften ausbauen, in den Kinderfreunde-Organisationen die Erziehung unserer Kinder für den Sozialismus vorbereiten, in den proletarischen Sport- und Kulturorganisationen für die körperliche und geistige Gesunderhaltung der Arbeiter sorgen, und auch wir können durch Vorträge und Büchereien, in Kursen und Schulen Bildungsarbeit leisten, so wie die Wiener Arbeiter.

Das mag manchem, der das sozialistische Wien kennen gelernt hat, manchem, der sich an den Schilderungen sozialistischer Aufbau- und Reformarbeit in der österreichischen Hauptstadt berauscht hat, als klein und gering erscheinen. Aber mit so Kleinem und Geringem hat auch das Große, das in Wien vor unseren staunenden Augen sich entfaltet, begonnen. Auch die Wiener Arbeiter mußten jahrzehntelang Kleinarbeit leisten, mühevoll und harte Kleinarbeit, und sahen keine Erfolgsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe. Denn unbezwingbar schienen die Privilegiensfestungen der Christlichsozialen. Tausende sanken ins Grab, ohne den Erfolg ihres Mühens zu ernten. Und haben gearbeitet, obwohl sie wußten, den Tag des Lohnes ihrer Arbeit nicht zu sehen. Wußten nur eines: Einmal kommt der Tag des Sieges und wir müssen diesen Sieg vorbereiten!

O, auch in Wien waren diese vorbereitenden Kämpfe und Arbeiten nicht leicht! Die alten Genossen erinnern sich noch, wie jeder Straßenbahner, der es wagte, mit der Sozialdemokratie auch nur zu sympathisieren, aufs Pflaster flog. Wie die wenigen Lehrer, die sich zur Sozialdemokratie bekannten, gemafregelt wurden: Seiß und Glöckel, Täubler und Riese. Wie die Wiener Arbeiter gegen Polizei und Militär zu kämpfen hatten, wie ihr Blut das Pflaster färbte! Wie sie bei allen Wahlen vergeblich gegen die christlich-soziale Macht anstürmten! Und sie gaben doch nicht nach! Sie warben und organisierten, kämpften und stritten weiter und wurden im Proletariat, innerhalb der Arbeiterklasse eine Macht und hatten sich damit die Voraussetzungen geschaffen, auch in der Politik eine Macht zu werden.

Lehren uns nicht Kampf und Sieg der Wiener Arbeiter, lehrt uns nicht die große und glorreiche Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung, deren Blätter erst jetzt mit Bildern großer kommunaler Leistungen für die Arbeiter geschmückt werden können, was wir zu tun haben?

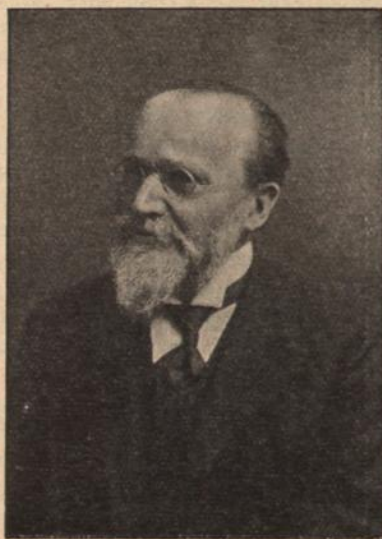
Wien war schon einmal in der Geschichte des Befreiungskampfes herrliches Vorbild, war schon einmal Hoffnung der Revolution. Das war im Jahre Achtzehnhundertachtundvierzig, als das Wiener Proletariat, indem es die Barrikaden betrat, eintrat in die Geschichte der proletarischen Weltbewegung. Das war damals, als Ferdinand Freiligrath sang: „Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien, — wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien!“

Jene Revolution mußte erliegen, wenn auch erst nach heldenmütigem Widerstande, weil das Bürgertum zu feige und zu zwieschlächtig, weil es halb revolutionär und halb reaktionär war, und weil das Proletariat noch zu schwach und noch nicht mit dem Bewußtsein seiner Aufgabe erfüllt war. Die Hoffnung, die die deutsche Revolution an Wien knüpfte, mußte zerschellen.



Heute ist Wien mehr als eine Hoffnung! Es ist Bürgschaft der Kraft und des Könnens, des Wollens und hohen Reife des Proletariates, ist es eine herrliche Verheißung schönerer, menschlicher Zustände, die das Proletariat schaffen wird, ist es glänzender Beweis der Richtigkeit der sozialdemokratischen Methoden.

Daß es dieses Wien gibt, diese sozialistische Stadt, diese herrliche Arbeiterbewegung, diesen stürmischen Aufstieg eines Proletariates, diese unbezwingbare sozialdemokratische Feste, — das ist für uns alle Trost und Verheißung, das ist Quell der Kraft und des Mutes auch für uns deutsche Arbeiter in der Tschechoslowakei, die wir auf altösterreichischem Boden zu arbeiten und zu kämpfen gezwungen sind und denen der werdende Sozialismus im neuen Oesterreich auch die eigene Zukunft verheißungsvoll ahnen läßt.



Genosse Josef Hannich,  
einer der Begründer der sudetendeutschen  
Arbeiterbewegung, der, unvergessen von  
den deutschen Arbeiter in der Tschecho-  
slowakei, hochbetagt in Wien lebt.



## Das Programm der Studienreise.

Die Reisegesellschaft besichtigte das Rathaus mit dem historischen Museum der Stadt Wien, das Parlamentsgebäude, die Wohnbauten auf der Schmelz, in Hernals, den gewaltigen Häuserblock „Sandleiten“, den „Fuchsenfeldhof“, den Maskeinsthalerhof und den Jakob-Neumann-Hof, die Wohnhausbauten im achtzehnten Bezirk (Kreuzgasse—Antoniegasse—Paulinengasse), die Wohnhausbauten im dritten und im zwanzigsten Bezirk (Winarsky-Hof), den Viktor-Adler-Hof, die Wohnhausbauten im elften Bezirk, und den „Lassalle-Hof“ im zweiten Bezirk, und die Siedlungen „Hermeswiese“ und „Rosenhügel“, gewann also ein recht anschauliches Bild der Bautätigkeit der Gemeinde. Sie besuchte ferner das Zentralgebäude der Konsumgenossenschaft Wien im zwölften Bezirk und das genossenschaftliche Warenhaus „Stafa“ im siebenten Bezirk, die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien, die Tuberkulosenheilstätte Kreuzwiese, das Neue Entbindungsheim der Krankenkasse der kaufmännischen Angestellten, wir besuchten das pädagogische Institut, eine Knaben- und Mädchenbürgerschule, eine Volksschule und eine allgemeine Mittelschule, ein Lehrlingsheim im neunten Bezirk, den Kindergarten im Walsmüllerpark, die Viktor-Adler-Erholungsstätte des Vereines „Freie Schule Kinderfreunde“ nächst dem Lusthause im Prater, das Schloß Schönbrunn, in dem jetzt dieser Verein seinen Sitz hat, sie besichtigte das zur Zeit ihres Besuches noch nicht ganz fertiggestellte Amalienbad, das Parteihaus und die Arbeiterheime in Favoriten und Ottakring, das städtische Elektrizitätswerk in Simmering, die Arbeiterhochschule im neunzehnten Bezirk, das Czartoryski-Schlößel, das durch freiwillige Arbeit vieler Genossen in einen herrlichen Kinderhort umgestaltet wurde, nachdem es fast völlig verfallen war, und das Heim für Jugendliche der „Societas“. — Die Vorträge, die von führenden Wiener Genossen vor den Reiseteilnehmern gehalten wurden, sind bereits an anderer Stelle erwähnt worden.



## Die Reisetheilnehmer.

- |  |   |
|--|---|
| Baumert Franz, Landwirt (Neustadt a. T.),                                  | Hauschild Wilhelm, Arbeiter (Eulau),                                |
| Beer Adolf, Eisenbahnarbeiter (Schluckenau),                               | Heller Johann, Krankenkassenbeamter (Wagstadt),                     |
| Beranek Anton, Bergarbeiter (Unterreichenstein bei Falkenau),              | Herrmann Anton, Perlmutterdrechslers (Tachau),                      |
| Brichta Silvester, Vorarbeiter (Nesselsdorf bei Neutitschein),             | Hinterreiter Franz, Textilarbeiter (Adamsfreiheit bei Neubistritz), |
| Brosche Josef, Lebensmittelarbeiter, Betriebsvertrauensmann (Großpriesen), | Hofbauer Josef, Redakteur (Teplitz),                                |
| Brunner Josef, Tischler (Altrohla),  | Hofmann Franz, Schlosser (Dísek),                                   |
| Brunner Franziska, Tabakarbeiterin (Tachau),                               | Jirka Adolf (Zwittau i. M.),  |
| Burfert Alois, Arbeiter (Jägerndorf),                                      | Kleiner Johann, Arbeiter (B. Kamnitz),                              |
| Christoph Ernst, Glaskugler (Pihl bei Haida),                              | Klauer Marie, Vorsitzende der Frauenorganisation (Neu-Oderberg),    |
| Danzer Robert, Brettsägearbeiter (Elbogen),                                | Knorrek Rudolf, Kassenkontrollor (Postelberg),                      |
| Edelmann Berta, Bergarbeitersgattin (Görkau),                              | Kober August, Kassier (Neuforge),                                   |
| Ficker Wenzel, Arbeiter (Marschendorf),                                    | Kopp Franz, Arbeiter (Sternberg i. M.),                             |
| Förster Johann, Maurer (Plan),   | Krehan Franz, Metallarbeiter (Komotau),                             |
| Forster Oswald, Metallschleifer (Eger),                                    | Košch Alois, Arbeiter (Hannsdorf),                                  |
| Fuchs Roman, Konsumvereinsangestellter (Landskron),                        | Lang Rudolf, Arbeiter (Deutsch-Liebau i. M.),                       |
| Fritsch Johanna, Porzellanarbeiterin (Dallwitz),                           | Langer Rosa (Mährisch-Schönberg),                                   |
| Gilg Franz, Arbeiter (Přívoz),   | Lichtblau Mathilde (Zwittau in Mähren),                             |
| Görgner Anton, Eisenbahner (B. Leipa),                                     | Lienert Gustav, Schablonschneider (Schmiedeberg),                   |
| Glähsil Emil, Textilarbeiter (Aussig),                                     | Lufsch Erwin, Papierarbeiter Auhergefeld bei Winterberg),           |
| Günther Julius, Schmied (Neudek),  | Lustig Theodor (Znaim),   |
| Hala Wenzel, Arbeiter (Zuschkau),  | Mader Karl, Fabrikarbeiter (Wigstadt),                              |
| Haraster Anton, Schneidermeister (Feldsberg),                              | Marand Franz, Metallarbeiter (Goslicke bei Teplitz),                |



- Machold Wilhelm, Weber (Ben-  
 nisch bei Troppau),  
 Miesauer Friedrich, Bergarbei-  
 ter (Langugest bei Bilin),  
 Müller Rudolf, Metallarbeiter  
 (Görkau),  
 Otto Franz, Textilarbeiter (Ben-  
 sen),  
 Platšček Josef, Tischler (Neu-  
 Oberberg),  
 Prochaska Josef, Eisenbahner  
 (Kumburg),  
 Peyerl Andreas, Arbeiter (Neu-  
 berg bei Pframberg),  
 Reim Josef, Arbeiter (Warta bei  
 Kaaden),  
 Reilich Franz, Weber (Warns-  
 dorf),  
 Koch Jakob, Arbeiter (Lihn bei  
 Dobrzan),  
 Schmidt Peter, Handschuhmacher  
 (Aš),  
 Schneider Alois (Brünn),  
 Schreiber Anton, Textilarbeiter  
 (Neudek),  
 Schwarzmeyer Josef, Arbeiter  
 (Eisendorf bei Konsperg),  
 Schwab Johann, Fabrikarbeiter  
 (Grulich),  
 Schlegel Emil (Gablonz),  
 Schlesinger Philipp (Brünn),  
 Schober Klara, Arbeiterin  
 (Bärn i. M.),  
 Spiegel Anton, Chemische In-  
 dustrie, Betriebsvertrauensmann  
 (Schreckenstein),  
 Spielvogel Adam, Seiden-  
 weber (Zuckmantel i. Schl.),  
 Stefan Julie, Tabakarbeiterin  
 (Joachimsthal),  
 Stark Anton, Arbeiter (Graslitš),  
 Stadlmann Alois, Gatterfüh-  
 rer (Mies),  
 Stuß Anna, Hebamme (Eleono-  
 renheim bei Winterberg),  
 Tauber Franz (Poderfam),  
 Tich Josef, Arbeiter (Staab),  
 Tinkl Franz, Arbeiter (Nanigs-  
 dorf bei Mähr.-Trübau),  
 Tippelt Alois, Arbeiter (Lam-  
 persdorf),  
 Ullmann Emil, Glaschleifer  
 (Dessendorf bei Lannwald),  
 Ullver Marie, Textilarbeiterin  
 (Oberhanichen bei Reichenberg),  
 Wagner Artur, Weber (Arnau),  
 Wagner Franziska, Arbeiterin  
 (Probstau bei Teplitz),  
 Weicher Emanuel, Lehrer  
 (Grulich),  
 Winter Albin, Arbeiter (Gras-  
 litš),  
 Witatschek Johann, Elektro-  
 monteur (Hohenfurt),  
 Zapf Luzie (Weipert),  
 Zörkler Adolf, Kleinlandwirt  
 und Schlossermeister (Petschau).



# Inhaltsverzeichnis.

|  | Seite |
|--|-------|
| Arbeiter-Delegationen . . . . .  | 3     |
| Gäste des Wiener Proletariates . . . . .   | 12    |
| Eine arbeitsreiche Woche . . . . .   | 18    |
| Das neue Wien . . . . .  | 20    |
| Die Finanzpolitik. (Von Stadtrat Hugo Breitner.) . . . . .                               | 23    |
| Steuersabismus? . . . . .  | 26    |
| Soziale Fürsorge. (Mit Geleitwort von Prof. Dr. J. Fandler.) . . . . .                   | 31    |
| Das Wiener Wohnungsproblem. (Von Stadtrat Anton Weber.) . . . . .                        | 37    |
| Von der Zinskaserne zum Haus der Gemeinschaft . . . . .                                  | 39    |
| Die vorbildliche Schulreformstadt. (Von Stadtschulratspräsident Otto Glöckel.) . . . . . | 49    |
| Die neue Schule . . . . .  | 53    |
| Die Wiener Arbeiterbewegung . . . . .  | 60    |
| Die rote Ringstraße . . . . .  | 68    |
| Was können wir von den Wiener Arbeitern lernen? . . . . .                                | 71    |
| Das Programm der Studienreise . . . . .  | 75    |
| Die Reiset Teilnehmer . . . . .  | 76    |
| Inhaltsverzeichnis . . . . .   | 78    |
| Verzeichnis der Bilder . . . . .   | 79    |



## Verzeichnis der Bilder.

|  | Seite |
|--|-------|
| Dr. Otto Bauer . . . . .   | 7     |
| Karl Seis . . . . .  | 7     |
| Begrüßung der Reisetilnehmer durch den Wiener Parteivorstand . . . . .                           | 11    |
| Die Reisetilnehmer . . . . .   | 11    |
| Nationalrat Paul Richter . . . . .   | 13    |
| Nationalrat Albert Sever . . . . .   | 13    |
| Nationalrat Johann Pölzer . . . . .  | 13    |
| Stadtrat Anton Weber . . . . .   | 13    |
| Adelheid Popp . . . . .  | 14    |
| Gabriele Proft . . . . .   | 14    |
| Marie Boß . . . . .  | 14    |
| Leopoldine Glöckel . . . . .   | 14    |
| Stadtrat Prof. Dr. J. Zandler . . . . .  | 17    |
| Stadtrat Hugo Breitner . . . . .   | 17    |
| Nationalrat Dr. Robert Danneberg . . . . .   | 17    |
| Nationalrat Dr. Julius Deutsch . . . . .   | 19    |
| Nationalrat Otto Glöckel . . . . .   | 19    |
| Bezirksjugendamt in Floridsdorf . . . . .  | 33    |
| Kindergarten auf dem Waldmüllerplatz . . . . .   | 34    |
| Der Viktor-Adler-Hof . . . . .   | 37    |
| Der Fuchsenfeldhof . . . . .   | 40    |
| Plantschbeden im Fuchsenfeldhof . . . . .  | 43    |
| Wohnungspläne . . . . .  | 44    |
| Wohnküche . . . . .  | 45    |
| Waschküche im Fuchsenfeldhof . . . . .   | 45    |
| Eingang zur Siedlung Hermeswiese . . . . .   | 47    |
| Siedlung Hermeswiese . . . . .   | 47    |
| Maifeier vor dem Rathause . . . . .  | 59    |
| Genossin Stephan überreicht das Fahnenband . . . . .   | 63    |
| Genosse Sever übernimmt das Fahnenband . . . . .   | 63    |
| Am 1. Mai: Abmarsch der Delegation unter Führung der Ehrenkompanie des<br>Schutzbundes . . . . . | 67    |
| Am 1. Mai: Ansprache des Genossen Seis beim Arbeiterturnfest . . . . .                           | 69    |
| Am 1. Mai: Vorführungen der Arbeiterturner auf dem Rathausplatz . . . . .                        | 69    |
| Genosse Josef Hannich . . . . .  | 71    |



